

**Ausgabe 4 - August 2018**

16. Jahrgang, Nr. 91

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

## RÜSTUNGSINDUSTRIE

*Christoph Marischka* ~ Das Cyber Valley in Tübingen und die Transformation zum Rüstungsstandort – **1**

*Jacqueline Andres* ~ Rheinmetall - Gegenwind für ein Rüstungsunternehmen – **8**

*Marius Pletsch* ~ Heron TP für die Bundeswehr - Erstmal überwachen, töten später? – **11**

## DEUTSCHLAND UND DIE BUNDESWEHR

*Tobias Pflüger* ~ Drehscheibe Deutschland: NATO-Aufmarsch in Osteuropa – **14**

*Alexander Kleiß* ~ Verschärfung der Polizeigesetze. Militärische und nachrichtendienstliche Technologien gegen Zivilist\*innen – **17**

## EU-MILITARISIERUNG

*Jascha Rittmann* ~ Fragwürdige EU-Waffenexportpolitik. Das Beispiel Ägypten – **20**

*Jürgen Wagner* ~ Meseberger Erklärung: Deutsch-französische EU-Militarisierungsambitionen – **24**

## WEITERE ARTIKEL

*Bernhard Klaus* ~ Operation „Roundup“: Der IS steht vor der Niederlage, aber niemand redet darüber – **26**

*Jürgen Wagner* ~ NATO-Gipfel in Brüssel: Extrem kostspielige Eskalation – **32**



# Editorial:

Alle zwei Jahre führt die Informationsstelle Militarisierung ihre Mitgliederversammlung durch, so auch im nun vergangenen Juli. Das hier gezogene Resümee fiel nicht sehr optimistisch aus: Während in Deutschland und der EU die Militärausgaben massiv erhöht werden, fällt es der IMI zunehmend schwer, ausreichend Personal zu gewinnen und zu halten, um unsere Strukturen aufrecht zu erhalten. Deshalb werden wir in den nächsten Monaten u.a. eine Kampagne zur Stärkung des IMI-Fördervereins Analyse und Frieden durchführen und freuen uns dabei natürlich über Unterstützung durch unsere Mitglieder und Unterstützer\*innen.

Aber natürlich wollen wir auch inhaltlich der massiven Aufrüstung, die bevorsteht, etwas entgegensetzen. Deshalb arbeiten wir gerade unter dem Arbeitstitel „Deutschland im Rüstungswahn“ an der Konzeption unseres diesjährigen Kongresses, der am 8. und 9. Dezember, wie immer in Tübingen, stattfinden wird.

Auch in der aktuellen Ausgabe des AUSDRUCK geht es u.a. um den Ausbau der EU zur Rüstungs- und Militärunion und den Aufbau einer militärischen Logistik in Europa mit Deutschland als Drehscheibe. Hiermit soll vor allem das Säbelrasseln gegenüber Russland infrastrukturell stärker

unterfüttert werden, das beim jüngsten NATO-Gipfel in Brüssel am 11./12. Juli 2018 noch einmal an Schärfe zunahm.

Weitere Beiträge betreffen die Rüstungsexportpolitik der Europäischen Union, die Entscheidung zur Anschaffung der Heron TP Drohne für die Bundeswehr und die Situation im Krieg gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien.

Am Beispiel des Konzerns Rheinmetall und des Forschungsnetzwerks Cyber Valley zeigen wir jedoch auch, dass auch die Widerstände gegen Rüstung und Militarisierung zunehmen.

*Die Redaktion*

## Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Alexander Kleiß, Christoph Marischka, Jürgen Wagner.

**Erscheinungsweise:** Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Laupp & Göbel, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Tobias Pflüger, Drehscheibe, leicht erweiterte und aktualisierte Fassung eines Beitrages, der zuerst in der jungen Welt vom 15. Juni 2018 erschien.

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Jacqueline Andres, Christoph Marischka, Tobias Pflüger und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Alexander Kleiß und Marius Pletsch sind IMI-Beiräte. Jascha Rittmans Arbeit entstand im Rahmen eines Praktikums und Bernhard Klaus ist Journalist und lebt in Tübingen.

**Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe:** Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

### Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

### Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

**Hechinger Str. 203 (Sudhaus)**

**72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# Das Cyber Valley in Tübingen und die Transformation zum Rüstungsstandort

von Christoph Marischka

Am 14. Dezember 2016 fiel im Stuttgarter Neuen Schloss der Startschuss für das sog. „Cyber Valley“, ein gemeinsames Projekt der Max-Planck-Gesellschaft, der Universitäten Stuttgart und Tübingen, des Landes und der Industrie, darunter die Unternehmen Facebook, Bosch, Daimler, Porsche, BMW und das traditionsreiche Rüstungsunternehmen ZF Friedrichshafen. Ziel ist es, die Region zwischen Stuttgart und Tübingen zu einem „Ökosystem“ für die Forschung zu Künstlicher Intelligenz zu entwickeln.<sup>1</sup> Das Land Baden-Württemberg hat 50 Mio. Euro Unterstützung in den ersten Jahren zugesagt, eine vergleichbare Summe will die Industrie beisteuern. Gemeinsam finanzieren Land und Industrie zunächst neun Forschungsgruppen und mehrere Professuren, die Universitäten wollen ihrerseits „Brückenprofessuren“ zu den Max-Planck-Instituten einrichten, das heißt, deren Forscher\*innen Lehrstühle zur Verfügung stellen.<sup>2</sup> Politik und Wirtschaft greifen damit tief in die Ausrichtung von Forschung und Lehre ein. In einem zweiten Ausbauschnitt will die Landesregierung „mit einer Sonderfinanzierung ein gemeinsames Neubauvorhaben als physisches Zentrum von Cyber Valley unterstützen.“ Zuvor wurde bereits der Neubau des Max-Planck-Institutes für Intelligente Systeme in Tübingen mit 41 Mio. vom Land unterstützt.

## „Ökosystem“ für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz

In der Pressemitteilung des Staatsministeriums zur Gründung des Cyber Valleys heißt es, dieses solle „gleichzeitig als internationales Zentrum für Grundlagenforschung und als Gründerplattform für marktfähige Anwendungen aufgesetzt werden“. Auch die Max-Planck-Gesellschaft erklärte aus diesem Anlass, man wolle „Unternehmensgründungen in diesem Bereich fördern, um von der Grundlagenforschung möglichst rasch zu marktfähigen Anwendungen zu kommen“.<sup>3</sup> Auf der Homepage des Cyber Valley heißt es ergänzend: „... bei der Entwicklung intelligenter Systeme ist der Weg von der Grundlagenforschung bis zur Kommerzialisierung oft sehr kurz: Start-ups, die im Umfeld der Forschung entstehen, sind Motoren dieser Entwicklung. Cyber Valley bildet durch eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft die ideale Umgebung zur Förderung von Start-ups“. Einen ersten großen Coup landete das Projekt im Oktober 2017, als der Großkonzern Amazon bekanntgab, dass er ebenfalls in das Cyber Valley einsteigen will (Facebook hingegen wird aktuell nicht mehr als Mitglied genannt). Erste Mitarbeiter\*innen von Amazon sind bereits nach Tübingen gezogen und noch in diesem Jahr will der Konzern neben den Max-Planck-Instituten auf der Oberen Viehweide mit dem Bau eines Entwicklungszentrums für Künstliche Intelligenz beginnen, das im Erdgeschoss u.a. ein Café und einen „öffentlich zugänglichen Co-Working-Bereich“ umfassen soll.<sup>4</sup>

Neben den Unternehmen, die unmittelbar ins Cyber Valley-Projekt eingebunden sind, ist bereits jetzt eine verstärkte Ansiedelung von IT-Unternehmen in Tübingen zu bemerken. So hat

im Zentrum der Stadt an der sog. „Blauen Brücke“ das Unternehmen ITDesign ein mehrstöckiges Gebäude errichtet, wo für Unternehmen Kundendaten verwaltet werden. Neben dem Neubaugebiet am alten Güterbahnhof entstand ein neuer Sitz der Firma Syss, die für Penetrationstests

(simulierte Hackerangriffe, durch die Schwachstellen in IT-Systemen aufgedeckt und behoben werden können) bekannt ist und diese nach eigenen Angaben auch für die Bundeswehr durchführt. Durch die Übernahme des Tübinger Unternehmens Science + Computing im Juli 2016 hat sich auch der Großkonzern Atos einen Standort in der Stadt erschlossen. Zu den von hier aus angebotenen Produkten zählen u.a. High-Performance Computing und Messdatenmanagement. Darüber hinaus ist das Unternehmen aber auch in der Rüstung aktiv und bietet u.a. elektronische Grenzüberwachungssysteme und Checkpoints an, die Personen und Objekte auf der Basis von Mustererkennung eigenständig detektieren und ggf. als „Bedrohung“ oder „Ziel“ klassifizieren.<sup>5</sup>

Nach Angaben des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft wird das Projekt Cyber Valley bereits seit etwa zehn Jahren vorbereitet. Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren umfangreich Gelder von Bund und Land in die Universität Tübingen geflossen und haben dazu beigetragen, dass die zuvor eher für ihren geisteswissenschaftlichen Schwerpunkt bekannte Hochschule sich verstärkt auf die Informatik und Kognitionswissenschaften ausrichtete. Daneben wurden auch kommunalpolitische und bauliche Voraussetzungen geschaffen. Bereits 1999 hatten die Städte Reutlingen und Tübingen gemeinsam die Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH gegründet und einen Kooperationsvertrag mit der L-Bank zum Aufbau des Technologieparks Reutlingen Tübingen (TTR) abgeschlossen, der seit 2001 existiert und an den Standorten Reutlingen West und „Obere Viehweide“ in Tübingen Räumlichkeiten explizit für Start-up-Unternehmen bereitstellt. Die Obere Viehweide ist zugleich der Standort der Max-Planck-Institute, wo nun auch Amazon sein Entwicklungszentrum errichten will. Nach eigener Darstellung sei der Technologiepark „Deutschlands größtes Gründerzentrum für Biotechnologie“ und „durch seine unmittelbare Nähe zu Forschung und Wirtschaft eine bevorzugte Plattform für die Entwicklung neuer Technologien und Produkte. In Tübingen mit dem Schwerpunkt Biotechnologie, in Reutlingen in der Sensorik sowie Mikro- und Nanotechnologie“.<sup>6</sup> Tatsächlich ist es in der Vergangenheit mehrfach gelungen, dass sich Start-up-Unternehmen hier zunächst eingemietet und nach wenigen Jahren eigene Standorte gebaut haben – oder wieder verschwunden sind. Damit bietet der Technologiepark eben jene Bedingungen, um zukünftig auch in der KI-Forschung wie gewünscht „möglichst rasch von der Grundlagenforschung zu marktfähigen Anwendungen zu kommen“.

## Schnittstelle zur Rüstungsindustrie

Dass die KI-Forschung v.a. für die Rüstungsindustrie relevant ist, scheint auch in der Technologieförderung Reutlingen-Tübingen bekannt zu sein. Gemeinsam mit der Europäischen Weltraumagentur ESA weihte der TTR im April 2018 an seinem Reutlinger Standort einen „Business Incubation Centre“ (BIC) ein, der als „Nährboden für Gründerideen“ wirken und „jungen

Startups bei der Verwirklichung innovativer Geschäftsideen im Bereich Weltraumtechnologie, Materialforschung, Navigations- oder auch Kommunikationstechnik helfen“ soll. Das Landesministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau fördert das BIC mit 750.000 Euro. Geplant ist, „ausgewählten Startups“ Räume zur Verfügung zu stellen sowie „eine Starthilfe von insgesamt 50.000 Euro“ wobei je 25.000 vom Land und der ESA bzw. dem Deutschen Zentrum Luft- und Raumfahrt (DLR) bereitgestellt werden.<sup>7</sup>

Am BIC beteiligt sind neben der TTR GmbH, der ESA und dem DLR u.a. Bosch und Airbus Defence & Space. Das DLR ist eine der tragenden Säulen der deutschen Rüstungsforschung und betreibt gemeinsam mit Airbus Defence & Space die Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten der Bundeswehr. Airbus Defence & Space stellt außerdem u.a. in Afghanistan und Mali die Heron-1 Drohnen für die Bundeswehr zur Verfügung und wird zukünftig auch die erste bewaffnungsfähigen Drohnen der Bundeswehr – fünf unbemannte Flugzeuge vom Typ Heron-TP – von Israel aus für Einsätze der Bundeswehr bereitstellen. Gerade für die rasant zunehmende Zahl von Drohnen ist Forschung zu Künstlicher Intelligenz und maschinellem Sehen, wie sie im Cyber Valley den Schwerpunkt bilden soll, von zentraler Bedeutung. Das Cyber Valley wird also auch in militärischer Hinsicht ermöglichen, dass neue Forschungsergebnisse rasch in die Praxis umgesetzt werden. Gründer\*innen, die Starthilfe und Räume im TTR erhalten wollen, kommen quasi automatisch mit Airbus Defence & Space bzw. dem DLR und damit den wichtigsten deutschen Betreibern militärischer Luft- und Raumfahrt in Kontakt.

### Deutsch-französische Rüstungs- und Forschungskooperation

Gemeinsam mit dem französischen Rüstungskonzern Dassault Aviation arbeitet Airbus aktuell an der Entwicklung einer „europäischen“ bewaffnungsfähigen Drohne „European MALE RPAS“.<sup>8</sup> Das Projekt gilt damit neben der Fusion des deutschen Panzerbauers Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und seines französischen Pendant Nexter als Beispiel einer politisch vorangetriebenen Zusammenführung der deutschen und französischen Rüstungsindustrie. Analog hierzu haben sich Angela Merkel und der französische Präsident Macron bereits im vergangenen Jahr auf eine enge Forschungskooperation auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz geeinigt, die auch von der SPD unterstützt wird. Im Koalitionsvertrag vom

März 2018 wurde festgehalten: „Deutschland und Frankreich müssen insbesondere auch Innovationsmotor sein und werden dies in Vorhaben wie der Erforschung von künstlicher Intelligenz unter Beweis stellen“. Hierzu wolle man „gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein Zentrum für künstliche Intelligenz errichten“.<sup>9</sup> Zumindest wenn es nach der Baden-Württembergischen Landesregierung geht, soll dieses Zentrum in Baden-Württemberg entstehen. Dies begründet Wissenschaftsministerin Theresia Bauer v.a. mit der Existenz des Cyber Valley: „Baden-Württemberg ist durch seine Forschungslandschaft ein idealer Ankerplatz für das neue Zentrum. Mit unserem Cyber Valley, das das Wissenschaftsministerium gemeinsam mit der Max-Planck-Gesellschaft, den Universitäten Stuttgart und Tübingen und führenden Wirtschaftsunternehmen gegründet hat, haben wir die Weichen bereits gestellt. Mit Erfolg: Der Raum Tübingen/Stuttgart ist der nachweislich stärkste Forschungsstandort in Sachen Künstliche Intelligenz bundesweit“.<sup>10</sup>

Neben dem Cyber Valley verwies Bauer darüber hinaus auf einen weiteren Forschungscluster in Karlsruhe: den „Digital Hub Karlsruhe – Artificial Intelligence“, der in unmittelbarer Nachbarschaft zum dortigen Fraunhofer Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) aufgebaut wurde und insbesondere mit dieser Forschungseinrichtung für sich wirbt. Das Fraunhofer IOSB ging aus der Fusion einer anwendungsorientierten zivilen und einer eher auf Grundlagenforschung ausgerichteten militärischen Forschungseinrichtung hervor und forscht bis heute umfangreich für das Bundesverteidigungsministerium – u.a. zur automatisierten Bildauswertung von militärischen Drohnen.<sup>11</sup> Zugleich bemüht sich das Institut jedoch stets auch um zivile Anwendungen seiner militärischen Technologie und stellt jene Software zur „intelligenten Videoüberwachung“ zur Verfügung, die gegenwärtig in einem Pilotprojekt vor dem Mannheimer Bahnhof zur Anwendung kommt. Auch hier zeigt sich eine „rasche“ Umsetzung neuer Forschung in die Praxis.

### Eine neue Rüstungsforschungsagentur im IT-Bereich

Insgesamt spielen Informationstechnologie und KI-Forschung eine bemerkenswert große Rolle im Koalitionsvertrag und damit im aktuellen Regierungsprogramm. Unter anderem heißt es dort, man wolle „Deutschland zu einem weltweit führenden Standort bei der Erforschung von künstlicher



Das Cyber Valley auf der Oberen Viehweide in Tübingen. Quelle: IMI

Intelligenz machen.“ Unter der Überschrift „Für eine modern ausgerüstete Bundeswehr“ wird ein weiteres Vorhaben angekündigt, das u.a. der Umsetzung dieses Zieles dienen soll: „Zur Sicherstellung technologischer Innovationsführerschaft werden wir unter Federführung des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesministeriums des Innern eine ‚Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüsseltechnologien‘ (ADIC) sowie einen IT-Sicherheitsfonds zum Schutz sicherheitsrelevanter Schlüsseltechnologien einrichten“. Damit wird eine Behörde geschaffen, die relativ unabhängig von den jeweiligen Ministerien Forschungsprojekte fördern kann, die sie für militärisch relevant hält. Als Vorbild gilt die US-amerikanische DARPA (Defence Advanced Research Projects Agency), die Forschungsförderung des Pentagon.

Die gemeinsame Federführung des Verteidigungs- und des Innenministeriums verweist allerdings darauf, dass erwartet wird, dass die Ergebnisse solcher Projekte auch im Bereich der „Inneren Sicherheit“ zur Anwendung kommen können. Die Leitung des Aufbaustabes der neuen Agentur wurde jedoch an Oberst Frank Werner Trettin aus dem 2017 gegründeten Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr vergeben. Die Agentur soll etwa 70 Mitarbeiter\*innen umfassen und sich auf Informationstechnologien wie die Künstliche Intelligenz und maschinelles Sehen fokussieren: „Während die DARPA jedoch ein breites Forschungsspektrum abbildet, beschränkt sich die ADIC auf das Gebiet der Informationstechnologie. Das wird sich auch in der finanziellen Ausstattung widerspiegeln: Im Gegensatz zur DARPA, die über 2,5 Mrd USD pro Jahr verfüge, könne die ADIC womöglich mit einer halben Milliarde EUR ausgestattet werden“.<sup>12</sup>

An dieser Stelle ist es womöglich wichtig, auf den Begriff der „disruptiven“ Technologien und die dahinterstehende Ideologie einzugehen, die gegenwärtig häufig im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz zum Ausdruck kommt. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Martin Stratmann, sprach im Hinblick auf die ADIC noch während der Koalitionsverhandlungen von einer geplanten „Agentur für Sprunginnovationen“ und verwendete damit einen sehr ähnlichen Begriff. Die dahinterstehende Ideologie geht davon aus, dass in verschiedenen Technologiefeldern wie der Genetik, der Quantentechnologie und der Künstlichen Intelligenz Fortschritte möglich sind und bevorstehen, deren Folgen noch nicht absehbar sind, aber als umfassend betrachtet werden. Besonders hervorgehoben werden dabei die möglichen „Erschütterungen“ im internationalen Wettbewerb und in der Geopolitik, weshalb sich jede Nation und jeder geopolitische Machtblock bemühen müsse, diese Sprunginnovationen als erste zu entwickeln bzw. bei ihrer Erforschung „führend“ zu werden. In diesem Sinne definierte Stratmann, der als führender Kopf hinter der Idee des Cyber Valley gelten kann, als Ziel der neuen Agentur, „das Unerwartete zu identifizieren und im Sinne der Nutzung auch zu fördern“. Hinsichtlich der Forschung forderte er weiter: „Wir müssen den Mut haben, Dinge zu machen, die riskanter sind. Wir müssen den Mut haben, auch häufiger Dinge zu machen, die dann doch nicht funktionieren“.<sup>13</sup> Auch das erinnert stark an die Philosophie der US-amerikanischen DARPA.

## Die Verallgemeinerung militärischer Forschungsideologie

Wie sehr die Forschung zu Künstlicher Intelligenz als disruptive Technologie mittlerweile zum Thema der Außen- und

Militärpolitik geworden ist, bezeugt u.a. die Zeitschrift „Internationale Politik“ (IP), nach eigenen Angaben „Deutschlands führende außenpolitische Zeitschrift“, deren aktuelle Ausgabe dem Schwerpunktthema „Künstliche Intelligenz“ gewidmet ist. Im ersten Beitrag bringt Ludwig Siegele die Ideologie der disruptiven Technologie bereits im Titel auf den Punkt: „Eine Frage der Zeit - Künstliche Intelligenz wird die Weltpolitik durcheinanderwirbeln“. Darin wird Deutschland als „Nachzügler“ auf diesem Gebiet bezeichnet und behauptet: „Ein Land, das diese Entwicklung zu ignorieren versucht, wird an Relevanz verlieren“.<sup>14</sup> Das folgende Interview mit der ehemaligen Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Katrin Suder, die selbst über neuronale Netze promoviert hat, beginnt mit der Frage: „Was ist Künstliche Intelligenz und warum spielt das Thema auf einmal in der Sicherheitspolitik so eine große Rolle?“

Suder erklärt darin u.a., warum „Deutschland und insbesondere auch die Bundeswehr so stark in das Thema investieren“. Und sie zeigt sich als Anhängerin der Theorie der sog. „Revolution in Military Affairs“: Deren Kernthese ist es, dass diejenige Partei den nächsten Krieg gewinnen wird, die bei der Entwicklung der nächsten militärisch relevanten Technologie am weitesten fortgeschritten ist. In diesem Sinne äußert Suder hinsichtlich Künstlicher Intelligenz: „[W]ie bei jeder Technologie geht es um Vorherrschaft“. Nach der Theorie der Revolution in Military Affairs ist aktuell die Informationsverarbeitung die entsprechende Schlüsseltechnologie, die über Sieg und Niederlage entscheidet, wie offenbar auch Suder meint: „[W]er es schafft, die beste KI zu entwickeln, hat wiederum einen Verteidigungs- oder gar Angriffsvorteil [...] Es werden immer mehr Daten und Informationen gewonnen und ausgewertet. Und dadurch, durch die Digitalisierung der Erhebung, Verarbeitung und Präsentation all dieser Daten, kann man Wirkungsüberlegenheit erlangen. Wer bessere Informationen hat, wem es gelingt, all diese Informationen zusammenzufügen, der gewinnt“.

Genau diese Art von Informationsverarbeitung sei Kern und Aufgabe Künstlicher Intelligenz: „KI lebt von Daten, damit sie lernen kann. Denn das macht eine KI – Unmengen an Daten verarbeiten und abgleichen, immer besser werden, um ein spezifisches Problem zu lösen. Je mehr Daten, je schneller die Computer, desto besser die KI“.<sup>15</sup> Ganz ähnlich beschreibt auch Siegele den Prozess der KI-Entwicklung: „Neuronale Netze, ein statistisches, vom menschlichen Gehirn inspiriertes Verfahren, werden zunächst mit Unmengen von Daten gefüttert (etwa mit Bildern von Katzen), damit sie lernen, Muster zu erkennen (wie Katzen aussehen). In der zweiten Stufe werden ihnen dann neue Daten präsentiert, auf die sie das Gelernte anwenden. Vereinfacht ausgedrückt: KI-Code wird nicht, wie andere Software, von Programmierern geschrieben, sondern von Daten“.

Die Theorie der „Revolution in Military Affairs“ und auch ihre aktuelle Ausprägung, welche die Informationsverarbeitung in den Mittelpunkt stellt, ist deutlich älter als der aktuelle Hype um den Begriff der disruptiven Technologien. Dieser stellt jedoch eine Verallgemeinerung der militärischen Sichtweise auf Forschung dar und scheint zugleich geeignet, wahlweise mit militär- bzw. geopolitischen oder ökonomischen Begründungen umfangreiche öffentliche Mittel für riskante und militärisch relevante Forschung zu mobilisieren und mögliche ethische oder gesellschaftliche Diskussionen über die Zielsetzung und Ausrichtung von Forschung auszuschalten: Wenn nicht „wir in Deutschland“ diese Forschung in Schlüs-

selstechnologien vorantreiben, werden es andere tun und „wir in Deutschland“ werden „an Relevanz verlieren“. So auch der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft in seinem Interview zu Beginn des Jahres, das zunächst von einem eher nationalistischen Zungenschlag geprägt ist, später jedoch in Bezug auf die Förderung von „Sprunginnovationen“ dieselbe Argumentation für „Europa“ wiederholt: „Wir reden ja nicht nur von Deutschland, sondern wir reden auch von großen Forschungsräumen, die untereinander in Konkurrenz stehen. Das sind im Wesentlichen die USA, Asien und Europa, und unsere Heimat ist Europa. Wir müssen also dafür sorgen, dass Europa stark bleibt, stark wird“. Eine ganz ähnliche Begründung findet sich auch auf der Homepage des Cyber Valley: „Maschinelles Lernen sei das Herzstück einer technologischen und gesellschaftlichen Revolution der künstlichen Intelligenz, bei der Europa drohe abgehängt zu werden ... Um mit den USA und China mithalten zu können, bedarf es einer europäischen Anstrengung“. Gefordert wird deshalb aus dem Cyber Valley nun auch noch der „Aufbau eines Europäischen Labors für Lernende und Intelligente Systeme (ELLIS)“. Auch hier könnten Deutschland und Frankreich „den Anfang machen“.<sup>16</sup>

### Der Aufbau eines Rüstungsstandortes

Auch das Statement des Rektors der Tübinger Universität, Bernd Engler, zur Gründung des Cyber Valleys ist wesentlich von der Vorstellung internationalen Wettbewerbs geprägt: „Wenn wir erfolgreich sind, legen wir hiermit eine wesentliche Grundlage für die erfolgreiche ökonomische Entwicklung Deutschlands in den kommenden Jahrzehnten“.<sup>17</sup> Das ist beispielhaft, denn in Tübingen und in der Region dominiert die Argumentation, dass die KI zur internationalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts beitragen würde, während die Bezüge zu Militär und Rüstung – sicher teilweise auch bewusst – ausgeblendet werden. So behauptete der Direktor der Abteilung maschinelles Lernen von Amazon, Ralf Herbich, anlässlich seines „Antrittsbesuchs im [Tübinger] Technologiepark“ gegenüber dem Schwäbischen Tagblatt „dass die Mitglieder keine militärische Einsetzung von KI unterstützen“.<sup>18</sup> Das ist angesichts der Beteiligung von ZF Friedrichshafen am Cyber Valley und von Airbus und DLR am Business Incubation Centre bereits auf einer oberflächlichen Ebene unehrlich.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass einem KI-Forscher wie Ralf Herbich auch die Gründe bekannt sind, warum die KI-For-

schung von staatlicher Seite so umfangreich unterstützt wird und dass eine pauschale Aussage, wonach man keine „militärische Einsetzung von KI“ unterstütze, praktisch wertlos, da in der Umsetzung kaum machbar ist. So wird in Tübingen bereits seit Jahren (vermutlich tatsächlich primär aus wissenschaftlichem und kommerziellem Interesse) an einzelnen Komponenten der (Selbst-)Steuerung von Drohnen geforscht, wie sie auch von der Bundeswehr eingesetzt werden. Dass entsprechende Erkenntnisse zum autonomen Landen, Routenplanung und Schwarmverhalten von Drohnen<sup>19</sup> jedoch v.a. für das Militär relevant sind und hier als erstes umgesetzt werden, sollte den Beteiligten klar sein und es bedarf weit mehr als (vermeintlichen) Absichtserklärungen, um dies zu verhindern.

Dasselbe gilt für die vom Cyber Valley explizit geförderte Start-up-Kultur, an welche die Bundeswehr ebenfalls andocken möchte. Auf Initiative der (bereits zitierten) ehemaligen Staatssekretärin Suder richtete die Bundeswehr parallel zum Aufbau ihres Kommandos Cyber- und Informationsraum im Jahre 2017 einen Cyber Innovation Hub (CIH) ein, der im April 2018 seine Büros in Berlin-Moabit eröffnete und eine „Schnittstelle zwischen Startup-Szene und Bundeswehr“ darstellen soll: „Er hat den Auftrag, digitale Innovationen innerhalb der Bundeswehr voranzutreiben. Der Hub identifiziert innovative Technologien in der internationalen Startup-Szene und entwickelt und validiert diese für die Bundeswehr. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf disruptiven Technologien aus den Bereichen Cyber/Informationstechnik und digitalen Produkten und Services“.<sup>20</sup>

Während Verteidigungsministerium und Bundespolitik die Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologie zum Ausbau der militärischen und ökonomischen Stellung Deutschlands definiert haben, erklärt sich das Cyber Valley bereits jetzt zum „stärkste[n] Forschungsstandort in Sachen Künstliche Intelligenz bundesweit“. Aktuell führe das Cyber-Valley-Konsortium Aufnahmegespräche mit weiteren Firmen und es gäbe „über ein Dutzend weitere Anfragen“.<sup>21</sup> Jenseits der unmittelbaren Beteiligung am Cyber Valley soll das Projekt jedoch auch eine Sogwirkung entfalten und weitere Unternehmen anlocken, die neue Erkenntnisse oder gut ausgebildetes Personal abgreifen und – wie etwa Atos – als Zulieferer und Betreiber fungieren können.

Sollte das Cyber Valley – mit dem ja nicht nur die Obere Viehweide (auf einem Berg) in Tübingen, sondern das gesamte Neckartal zwischen Tübingen und Stuttgart gemeint ist – sich entsprechend den gegenwärtig noch etwas großspurig wirkenden Ziele entwickeln,

ist absehbar, dass sich die Region zu einem neuen Rüstungsstandort entwickeln wird – ganz unabhängig von den Intentionen der Beteiligten. Dass dies öffentlich nicht als Ziel oder auch nur Möglichkeit thematisiert, sondern eher mit der Wettbewerbsfähigkeit und Standortlogik argumentiert wird, ist auch deshalb nachvollziehbar, weil bereits jetzt auch negative Folgen des Projekts auf Wohnungs- und Baukosten sowie auf die Vielfalt und Selbstbe-



Der Reutlinger Standort des Technologieparks. Quelle: IMI

stimmung in Forschung und Lehre erkennbar erscheinen. So berichtete etwa das Schwäbische Tagblatt jüngst unter dem Titel „Die Angst der Orchideen“, dass sich viele ins Abseits gedrängte Disziplinen „Sorgen um ihre Zukunft machen“. In einem Interview zu diesem Thema offenbarte Theresia Bauer, wie sehr auch eine (grüne) Wissenschaftsministerin auf Landesebene den Wert der Wissenschaft v.a. geopolitisch definiert. Auf die Frage, warum man „Fächer, für die sich offenbar nur wenige Menschen interessieren, eigentlich erhalten sollte“, antwortete sie: „Man weiß nie, wann solches Wissen plötzlich sehr wichtig wird. Nehmen wir mal als Beispiel Ukrainistik (Fachbereich Slavistik) im Zusammenhang mit der Annektierung der Krim durch Russland“.<sup>22</sup>

Nachdem zunächst zwar viel individuelles Unbehagen, aber lange kein Widerstand gegen die Entwicklung des Neckartals zum Cyber Valley sichtbar wurde, ist für Freitag, den 6. Juli 2017 eine erste Kundgebung zum Thema unter dem Motto „Gegen den Ausverkauf der Stadt, der Universität und des Wissens!“ angekündigt. Im Aufruf heißt es u.a.: „Eine von der Industrie und militärischen Interessen angetriebene KI-Forschung wird uns einer Lösung der drängenden Menschheitsfragen nicht näher bringen, sondern die aktuellen Krisen und die internationale Konkurrenz bei der Entwicklung ‚disruptiver Technologien‘ nur weiter verschärfen. Das von den Universitäten, der Politik und der Industrie im Stillen vorbereitete Cyber Valley zersetzt die Freiheit der Wissenschaft, die letzten Reste einer demokratisch strukturierten Hochschule und jede Ansätze einer Stadtentwicklung von unten“.<sup>23</sup>

## Anmerkungen

- 1 So die aktuelle Selbstdarstellung unter <https://cyber-valley.de/de>. Unter den beteiligten Firmen wird hier nicht mehr Facebook, nun aber Amazon genannt.
- 2 „Cyber Valley: Startschuss für eine der größten Forschungskoperationen“, Pressemitteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg vom 15.12.2016. Hier wird noch Facebook als beteiligter Partner genannt.
- 3 „Startschuss für das Cyber Valley“, Mitteilung der Max-Planck-Gesellschaft vom 15.12.2016.

- 4 Vorlage 107/2018 der Fachabteilung Projektentwicklung der Universitätsstadt Tübingen.
- 5 vgl. u.a. „VIGIA border monitoring“ und „CENTINELA Checkpoint“ unter [www.atos.net](http://www.atos.net).
- 6 „Technologiepark“, [www.tuebingen.de](http://www.tuebingen.de), sowie „Zwei Standorte – Ein Konzept“, [ttr-gmbh.de](http://ttr-gmbh.de).
- 7 „Neuer Raumfahrt-Hotspot für Hessen und Baden-Württemberg“, Mitteilung der ESA (Deutschland) vom 14.4.2018.
- 8 Marius Pletsch: Eine EU-Drohne für Europas Kriege, IMI-Analyse 2017/19.
- 9 „Ein neuer Aufbruch für Europa - Eine neue Dynamik für Deutschland - Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode.
- 10 „Zentrum für Künstliche Intelligenz soll in Baden-Württemberg entstehen“, Pressemitteilung des Landesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg vom 28.3.2018.
- 11 Christoph Marischka: Fraunhofer IOSB - Dual Use als Strategie, IMI-Studie 2017/02.
- 12 „BMVg und BMI wollen Mini-DARPA gründen“, [hartpunkt.de](http://hartpunkt.de) vom 12.4.2018.
- 13 „Glaubwürdigkeitskrise der gesellschaftlichen Eliten“, Martin Stratmann im Gespräch mit Ralf Krauter, [deutschlandfunk.de](http://deutschlandfunk.de) vom 24.1.2018.
- 14 Ludwig Siegele: Eine Frage der Zeit - Künstliche Intelligenz wird die Weltpolitik durcheinanderwirbeln, in: Internationale Politik 4, Juli-August 2018, S. 8 – 13.
- 15 Katrin Suder: „Es geht um den Kern von Sicherheit“ - Die frühere Staatssekretärin Katrin Suder über Künstliche Intelligenz, in: Internationale Politik 4, Juli-August 2018, S. 14 – 19.
- 16 „Warnung vor der Konkurrenz aus USA und China“, [cyber-valley.de](http://cyber-valley.de) vom 24.4.2018.
- 17 „Das Cyber Valley – Statements der Partner“, [uni-tuebingen.de](http://uni-tuebingen.de).
- 18 „Läden werden wichtig bleiben“, Schwäbisches Tagblatt vom 23.5.2018.
- 19 Informationsstelle Militarisierung (2013): Drohnenforschungsatlas.
- 20 „Cyber Innovation Hub“, [bmv.de](http://bmv.de).
- 21 „Start-up-Firmen haben Vorrang“, Schwäbisches Tagblatt vom 2.5.2018.
- 22 „Die Angst der Orchideen“ und „Mithelfen, damit das in Gang kommt“, Schwäbisches Tagblatt vom 4.7.2018.
- 23 „Cyber Valley: Gegen den Ausverkauf der Stadt, der Universität und des Wissens“, [tueinfo.org](http://tueinfo.org) vom 1.7.2018.



Schwäbisches Tagblatt  
tagblatt.de

Nachrichten | Sport | Bilder | Videos | Kino | Veranstaltungen  
Tübingen | Nottensburg | Mössingen | Kreis Tübingen | Kreis Reutlingen | Kultur | Hochschule

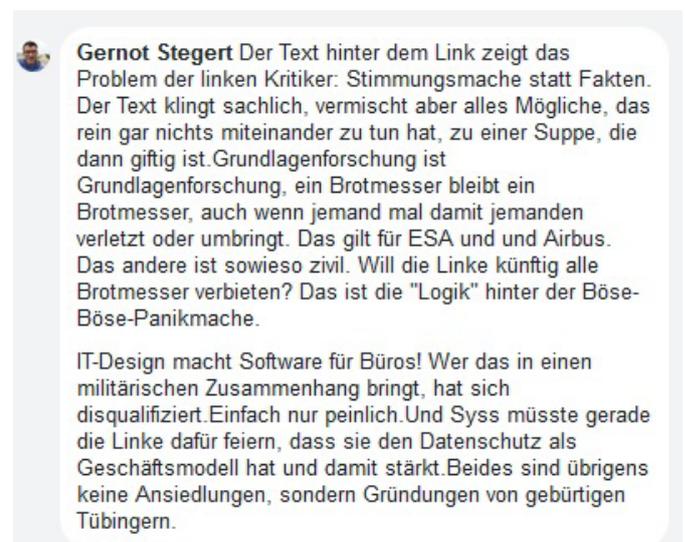
Startseite > Nachrichten > Tübingen

Der Roboter Apollo ist der Star des MPI für Intelligente Systeme. Bei der Eröffnung des Neubaus vor einem Jahr hielt er das rote Band, das Ministerpräsident Winfried Kretschmann überhohlt. Bild: Marc G.

Zivile Grundlagenforschung an Künstlicher Intelligenz  
**Cyber-Valley-Initiative in Tübingen weist Vorwürfe der Militarisierung und des Ausverkaufs zurück**

Über die Ansiedlungen auf der Oberen Viehweide in Tübingen und die regionale Cyber Valley Initiative zur Künstlichen Intelligenz kursieren in Tübingen viele Gerüchte. Am 6. Juli hatte beispielsweise ein Bündnis Aktiver aus der Friedensbewegung, der Informationsstelle Militarisierung, der Linken und dem Friedensplenum auf einer Kundgebung in Tübingen den „Ausverkauf der Stadt“, das Entstehen einer „Kontrollgesellschaft“ durch Künstliche Intelligenz (KI) und die Militarisierung beklagt.

18.07.2018 GERNOT STEGERT



**Gernot Stegert** Der Text hinter dem Link zeigt das Problem der linken Kritiker: Stimmungsmache statt Fakten. Der Text klingt sachlich, vermischt aber alles Mögliche, das rein gar nichts miteinander zu tun hat, zu einer Suppe, die dann giftig ist. Grundlagenforschung ist Grundlagenforschung, ein Brotmesser bleibt ein Brotmesser, auch wenn jemand mal damit jemanden verletzt oder umbringt. Das gilt für ESA und und Airbus. Das andere ist sowieso zivil. Will die Linke künftig alle Brotmesser verbieten? Das ist die "Logik" hinter der Böse-Böse-Panikmache.

IT-Design macht Software für Büros! Wer das in einen militärischen Zusammenhang bringt, hat sich disqualifiziert. Einfach nur peinlich. Und Syss müsste gerade die Linke dafür feiern, dass sie den Datenschutz als Geschäftsmodell hat und damit stärkt. Beides sind übrigens keine Ansiedlungen, sondern Gründungen von gebürtigen Tübingern.

Die „Bearbeitung“ des Themas in der Tübinger Lokalpresse: Ein Gefälligkeitsinterview mit Cyber Valley-Akteuren sowie eine Facebook-Kritik von Redaktionsleiter Gernot Stegert am hier auf Seite 1 bis 5 abgedruckten IMI-Artikel, die eine ganze Ecke unter den üblichen journalistischen Standards liegt. Siehe dazu wiederum den umseitigen offenen Brief.

# Offener Brief an Tagblatt-Redaktionsleiter Gernot Stegert

Christoph Marischka

Bezugnehmend auf die Berichterstattung im Schwäbischen Tagblatt vom 18. Juli 2018 und den dazugehörigen Facebook-Eintrag (siehe vorherige Seite).

Sehr geehrter Gernot Stegert,

*Natürlich habe ich nichts gegen Brotmesser und ich vermute, auch „die Linke“ nicht. Wenn ich aber im Koalitionsvertrag lese, dass „für eine modern ausgerüstete Bundeswehr“ eine „Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen im Besteckwesen“ gegründet wird und die Bundeswehr kurz zuvor ein „Amt zur Beobachtung und Koordination der Brotschneidindustrie“ gegründet hat, dann werde ich als Antimilitarist nun einmal skeptisch, wenn in der Stadt, in der ich lebe, plötzlich eine riesige Fabrik für Brotmesser gebaut wird und dafür sorgt, dass die Universität sich massiv auf die Entwicklung von Brotmessern ausrichtet. Wenn dann noch die lokale Zeitung in Form ihres Chefredakteurs versucht, die Kritik an der Brotmesserfirma durch verdrehte Aussagen zu delegitimieren und gleich schwadroniert, „die Linke“ wolle „künftig alle Brotmesser verbieten“ (die Forderungen der Kundgebung können Sie ja hier noch einmal nachlesen: <http://www.tueinfo.org/cms/node/24597>), werde ich wütend. Wenn zugleich der Segen der Brotmesserforschung damit begründet wird, dass man die Entwicklung von Brotmessern nicht „den Chinesen“ überlassen sollte, dann frage ich mich, ob ich nicht lieber auf Baguette oder Fladenbrot umsteige.*

Im Schwäbischen Tagblatt vom 19. Juli 2018 anlässlich der Kundgebung „Gegen den Ausverkauf der Stadt, der Universität und des Wissens“ zum Cyber Valley zitieren Sie mich zutreffend mit meiner Befürchtung: „Ich glaube, dass das Cyber Valley die Stadt und Region in einen Rüstungsstandort verwandeln wird“. Darüber hinaus behaupten Sie: „Über die Ansiedlungen auf der Oberen Viehweide in Tübingen und die regionale Cyber-Valley-Initiative zur Künstlichen Intelligenz kursieren in Tübingen viele Gerüchte“. Einige Positionen der Kritiker\*innen werden in Zwischenüberschriften aufgegriffen, denen dann Aussagen der Cyber-Valley-Koordinatorin Tamara Almeyda und Matthias Tröndles, Forschungs koordinator des Max-Planck-Instituts (MPI) für Intelligente Systeme, entgegengehalten werden - so weit, so seriös. Das Problem jedoch ist, dass Sie die Aussagen der Vertreter\*innen des Cyber Valley unhinterfragt als Fakten präsentieren und allem Anschein nach den „Gerüchten“ entgegenhalten zu meinen – die Sie im Übrigen in als Fragen formulierten Zwischenüberschriften sinnentstellend überspitzen. So lautet etwa eine der ersten Zwischenüberschriften: „Woher kommt der Verdacht, dass hier etwas geheim gehalten würde?“ Im Aufruf zur o.g. Kundgebung jedoch heißt es lediglich: „Ohne jede öffentliche Diskussion wurde das Neckartal zwischen Stuttgart und Tübingen zum Cyber Valley erklärt“. Das ist ein Unterschied. Dass einer Kooperation zwischen dem Land, bundesweiten Forschungsorganisationen,

Universitäten und international tätigen Konzernen nicht-öffentliche Verhandlungen vorausgehen, hat mit „Geheimhaltung“ ähnlich viel zu tun, wie eine Phalanx von Pressemitteilungen der beteiligten Institutionen zur feierlichen Unterzeichnung des Vertragswerkes im Neuen

Schloss mit „Transparenz“. Wurde der Cyber-Valley-Initiative tatsächlich Geheimhaltung vorgeworfen, oder handelt es sich hier um ein Mittel, aus Kritik „Gerüchte“ zu machen? Ich bitte Sie um entsprechende Quellen.

Rhetorisch sehr klug gewählt ist auch die indirekt zitierte Aussage: „Cyber Valley sei nicht das Technologiezentrum Tübingen-Reutlingen (TTR) oder einzelne Firmen“. Das ist natürlich klar, denn kein Netzwerk ist mit einem seiner Knoten identisch. Es sagt jedoch nichts über Form und Intensität der Zusammenarbeit des Cyber Valley mit dem TTR aus, das mit dem Business Incubation Centre (BIC) eine Schnittstelle des Deutschen Zentrums Luft- und Raumfahrt (DLR, eine tragende Säule der Ressortforschung des Bundesverteidigungsministeriums) und der Rüstungsindustrie zur regionalen Start-up-Szene im IT-Bereich beherbergt. Die geradezu tautologische Feststellung, dass das Cyber Valley nicht identisch ist mit den beteiligten Institutionen, schirmt hervorragend ab gegen jede Kritik, denn betont wird zugleich, die beteiligten Unternehmen fällten ihre Entscheidungen unabhängig. Die Reichweite des Netzwerks und die darin geregelten Beziehungen sind bislang undurchsichtig. Eine Forderung der Kundgebung war entsprechend die „Offenlegung aller Pläne und Strukturen des Cyber Valley“. Sichtbar wird diese Problematik an dem Text unter der Zwischenüberschrift „Lässt sich die KI-Forschung in Tübingen für militärische Zwecke missbrauchen?“. „Wir haben keinerlei Projekte, die in diese Richtung gehen“. Abgesehen davon, dass dies keine Antwort auf die genannte Frage ist, bleibt hier völlig unklar, was in dieser Aussage genau unter „dieser Richtung“ zu verstehen und wer im weit verzweigten Netzwerk eigentlich mit „wir“ gemeint ist. Wie sehr Sie sich trotzdem diese Aussage zu Eigen machen, unterstreicht der Titel Ihres Beitrages, der ohne jede Zitationszeichen „Zivile Grundlagenforschung“ lautet.

Nun halte ich eine öffentliche Berichterstattung über einen Konflikt, die sich die Behauptungen einer der Konfliktparteien zu Eigen macht, vielleicht für nicht besonders engagiert, denke aber, dass man diese durchaus ertragen muss und kann. Ihre Äußerungen auf Facebook hingegen zwingen mich zu einer öffentlichen Stellungnahme, da sie meiner Meinung nach darauf abzielen, meine Glaubwürdigkeit zu untergraben. Sie beziehen sich hier auf eine von der Informationsstelle Militarisierung veröffentlichte Analyse von mir mit dem Titel: „Das Cyber Valley in Tübingen und die Transformation zum Rüstungsstandort“. Hier begründe ich ausführlich meine oben zitierte Befürchtung: Ich stelle einerseits dar, dass die Bundesregierung und die Bundeswehr aus militärischen und geopolitischen Gründen massiv an der KI-Forschung, ihrem Ausbau und ihrer Förderung interessiert sind und hierzu mit der Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüsseltechnologien (ADIC, unter Federführung des Verteidigungs- und des Innenministeriums) und dem Cyber Innovation Hub als Schnittstelle der Bundeswehr zur Start-up-Szene entsprechende Strukturen aufbaut. Auf der anderen Seite rekonstruiere ich anhand von Zitaten der Cyber-Valley-Initiative, dass

diese als charakteristischen Wesenskern das Ziel formuliert, durch die „Förderung von Start-ups“, „von der Grundlagenforschung möglichst rasch zu marktfähigen Anwendungen zu kommen“. Am Beispiel der Tübinger Unternehmen Science & Computing, das mittlerweile vom auch in der Rüstung tätigen ATOS-Konzern aufgekauft wurde, und von Syss, das die Bundeswehr als Kunden benennt, zeige ich, dass IT-Unternehmen attraktiv für die Rüstung und das Militär sind und eine entsprechende Indienstnahme schnell selbstverständlich erscheint (Syss) bzw. kaum zu verhindern ist (ATOS). Auf dieser Grundlage schlussfolgere ich, es sei „absehbar, dass sich die Region zu einem neuen Rüstungsstandort entwickeln wird – ganz unabhängig von den Intentionen der Beteiligten“. Anders als die Protagonist\*innen des Cyber Valley, deren vage Sprechblasen mit dem Duktus unumstößlicher Tatsachen daherkommen, formuliere ich hier eine Prognose, die natürlich stets mit Unsicherheiten behaftet ist. In Ihrem Artikel „Zivile Grundlagenforschung“ greifen Sie diese Befürchtung auf, ohne jedoch ansatzweise auf die Begründung einzugehen.

Ich räume ein, dass die Analyse als Ergebnis ausführlicher, unabhängiger Recherche zum Cyber Valley und jahrelanger Beschäftigung mit der Forschungspolitik des Bundesverteidigungsministeriums und anderer Armeen auch grundsätzlichere Entwicklungen einbezieht und die o.g., dreistufige Argumentation vielleicht nicht in der notwendigen Klarheit für jedermann ersichtlich wird. Insofern könnte dieser offene Brief und die Zusammenfassung meiner Argumentation vielleicht zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Ihre Stellungnahme auf Facebook gibt allerdings wenig Anlass zu dieser Hoffnung. Sie schreiben: „Stimmungsmache statt Fakten. Der Text klingt sachlich, vermischt aber alles Mögliche, das rein gar nichts miteinander zu tun hat, zu einer Suppe, die dann giftig ist“. Auch hier zeigt sich ein Hang zu absoluten Bewertungen („rein gar nichts miteinander zu tun“), der auf Seiten der Befürworter\*innen des Cyber Valley offenbar chronisch ist – ein Zusammenhang zwischen KI-Forschung und dem Militär jedenfalls ist z.B. historisch kaum seriös zu leugnen. Dann schreiben Sie sich offenbar in Rage:

„IT-Design macht Software für Büros! Wer das in einen militärischen Zusammenhang bringt, hat sich disqualifiziert. Einfach nur peinlich. Und Syss müsste gerade die Linke dafür feiern, dass sie den Datenschutz als Geschäftsmodell hat und damit stärkt. Beides sind übrigens keine Ansiedlungen, sondern Gründungen von gebürtigen Tübingern.“

Auch hier vermitteln Sie sehr offensiv, meine Darstellungen wären inhaltlich falsch. Über ITDesign schreibe ich lediglich, dass das Unternehmen „im Zentrum der Stadt an der sog. ‚Blauen Brücke‘ ... ein mehrstöckiges Gebäude errichtet [hat], wo für Unternehmen Kundendaten verwaltet werden“. Zu Syss schreibe ich, dass die Firma „für Penetrationstests (simulierte Hackerangriffe, durch die Schwachstellen in IT-Systemen aufgedeckt und behoben werden können) bekannt ist und diese nach eigenen Angaben auch für die Bundeswehr durchführt.“ Dass die Firma Syss einen guten Ruf hat, habe ich an anderer Stelle erwähnt, ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sie die Bundeswehr zu ihren Referenzen zählt. In gewisser Weise stützt dies sogar meine Annahme einer vermeintlichen Selbstverständlichkeit und Unvermeidbarkeit einer militärischen Indienstnahme. Welche Relevanz der Geburtsort der Firmengründer – über den ich nichts Gegenteiliges schreibe – hat, ist mir völlig schleierhaft. Da wissen Sie etwas, das ich nicht weiß, und Sie nutzen es, um mir Fehler zu unterstellen.

Zuletzt möchte ich noch auf Ihre Brotmesser-Analogie ein-

gehen, die vielleicht nur auf den ersten Blick geeignet ist, Kritiker\*innen zu desavouieren, sondern vielleicht tatsächlich das Problem verdeutlichen kann. Sie schreiben auf Facebook:

„Grundlagenforschung ist Grundlagenforschung, ein Brotmesser bleibt ein Brotmesser, auch wenn jemand mal damit jemanden verletzt oder umbringt. Das gilt für ESA und Airbus. Das andere ist sowieso zivil. Will die Linke künftig alle Brotmesser verbieten? Das ist die ‚Logik‘ hinter der Böse-Böse-Panikmache.“

Natürlich unterscheidet sich Grundlagenforschung danach, ob sie an umfangreich grundfinanzierten Instituten stattfindet und ihre Themen selbst definieren kann, oder ob sie in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen stattfindet und auf kommerzielle Nutzung abzielt. Es gibt im übrigen auch sog. wehrwissenschaftliche Grundlagenforschung, die vom Verteidigungsministerium organisiert und finanziert wird. Auch mit der Aussage „Grundlagenforschung ist Grundlagenforschung“ behaupten Sie, das Eine (der Kontext) hätte nichts mit dem Anderen (dem Inhalt, Ergebnis) zu tun – im Bereich der Technologieentwicklung eine hanebüchene Vorstellung. V.a. ist Grundlagenforschung nicht automatisch Grundlagenforschung, nur weil die Betreibenden sie so bezeichnen. Wer in der Rede der „anwendungsorientierten Grundlagenforschung“ nicht zumindest den Hauch eines Widerspruchs erkennt, hat schlicht Tomaten auf den Augen.

Es gibt einen Konflikt um das Cyber Valley in Tübingen und wie immer handelt es sich dabei um mehrere, sich überlagernde Konflikte. Ich erwarte vom Schwäbischen Tagblatt und seinem Redaktionsleiter keine neutrale Berichterstattung – im Gegenteil vertrete ich den Standpunkt, dass eine Zeitung durchaus einen Standpunkt vertreten sollte. Dass dies global betrachtet meist der Standpunkt der Herrschenden und gerne auch der Anzeigenkunden ist, ist sozusagen selbsterklärend (zu ersterem gibt es im Schwäbischen Tagblatt durchaus löbliche Ausnahmen). Was ich mir verbitte, sind jedoch verfälschende Darstellungen des von mir Gesagten und der auf der Kundgebung erhobenen Forderungen. Was ich mir wünschen und erwarten würde, ist eine Berichterstattung über das Cyber Valley, die nicht quasi ausschließlich auf den Pressemitteilungen der beteiligten Institutionen und den Aussagen der jeweiligen Leiter\*innen und Pressestellen basiert und „Wissenschaftskommunikation“ nicht als wissenschaftlich missversteht. Dann könnte das Schwäbische Tagblatt z.B. am Beispiel der Firma Body Labs konkretisieren, wie die „marktüblichen Bedingungen“ bei der Lizenzierung und Vermarktung öffentlich geförderter Forschung sind und wo sog. Grundlagenforschung zum „maschinellen Sehen“ in „intelligenter Videoüberwachung“ umgesetzt wird, wie sie gegenwärtig in Pilotprojekten am Mannheimer Hauptbahnhof und am Berliner Südkreuz erprobt wird. Dass Alles nichts mit dem Anderen zu tun hat, ist eine Behauptung, die auch erst einmal untermauert werden muss – und vielleicht auch werden kann? Wenn eine Zivilklausel für das Cyber Valley als „gut gemeint“ gilt, und zugleich wegen „praktische[r] und rechtliche[r] Probleme“ abgelehnt wird, wäre zu nachzufragen, welche anderen Konzepte eine militärische Nutzung der hiesigen KI-Forschung ernsthaft verhindern könnten.

# Rheinmetall

## Gegenwind für ein Rüstungsunternehmen

von Jacqueline Andres

Seit geraumer Zeit rückt Rheinmetall vermehrt in den Fokus zahlreicher friedenspolitischer Kampagnen – und zwar nicht nur in der BRD, sondern auch in der Schweiz und in Italien.

Rheinmetall ist das größte in Deutschland ansässige Rüstungsunternehmen und steht an 26. Stelle der größten Rüstungsunternehmen weltweit.<sup>1</sup> An 117 auf allen Kontinenten verteilten Standorten arbeiten insgesamt rund 12.000 in der Automobil- und weitere 11.000 in der Defence-Sparte des Unternehmens.<sup>2</sup> Die Rüstungssparte befindet sich in einem stetigen Ausbau und die Gewinnspanne steigt: Bereits 2017 übertraf die Rüstungssparte mit einem Umsatz von 3,036 Milliarden Euro den der Automobilsparte (2,86 Milliarden Euro). Laut dem Geschäftsbericht 2017 rechnet das zu einem der weltweit größten Munitionshersteller avancierte Unternehmen mit einem Umsatzzuwachs der Rüstungssparte von 12% bis 14% für 2018.<sup>3</sup> Die Rüstungssparte selbst setzt sich aus der Produktion von Fahrzeugsystemen (u.a. Rad-, Schützen- und Kampfpanzer sowie militärische LKWs), Waffen und Muniton sowie Systemen für Aufklärung und Sensorik, Radarsysteme, Gefechtsübungszentren und Vernetzungstechnik, zusammen.<sup>4</sup>

### Von Munition für das Kaiserreich...

Gegründet wurde das Unternehmen im Jahr 1889 unter dem Namen „Rheinische Metalwaaren- und Maschinenfabrik“ in Düsseldorf, wo bis heute der Hauptsitz der Firma ist. Zunächst produzierte das Unternehmen Munition,<sup>5</sup> Minenwerfer, Zünder und Maschinenpistolen.<sup>6</sup> Im Laufe des Ersten Weltkrieges entwickelte sich das Unternehmen zum größten Rüstungshersteller im deutschen Kaiserreich. Erst der Versailler Vertrag zwang Rheinmetall offiziell zu einer Umstellung auf zivile Produktion.<sup>7</sup> Dennoch stellte Rheinmetall die militärische Produktion nicht komplett ein: Schon damals fand Rheinmetall in Zusammenarbeit mit der Reichswehr Wege, die Rüstungsbeschränkungen zu umgehen.<sup>8</sup>

### ... zu Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg

1933 kaufte Rheinmetall den vor dem Konkurs stehenden Lokomotivhersteller Borsig auf und die Fusion drei Jahre später brachte die Umbenennung in Rheinmetall-Borsig AG mit sich. Mit den kriegsvorbereitenden Aufträgen des Reichskriegsministeriums nahm die Waffen- und Munitionsproduktion wieder Fahrt auf und ebnete den Weg zu Rheinmetalls Aufstieg als bedeutsames Rüstungsunternehmen auf Kosten zahlreicher Menschenleben im Zweiten Weltkrieg. Im Jahr 1938 wurde die AG in die staatlichen „Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring“ eingegliedert.<sup>9</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges setzte Rheinmetall Zwangsarbeiter\_innen ein. Im Hauptsitz bei Düsseldorf wurden nach Kriegsende 5.000 osteuropäische Zwangsarbeiter\_innen befreit.<sup>10</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte Rheinmetall infolge der Entwaffnung Deutschlands zwangsläufig die Produktion

erneut auf zivile Güter um – lange dauerte diese Konversion jedoch nicht an. Mit der Wiederbewaffnung Deutschlands in den 50er Jahren nahm Rheinmetall wieder verstärkt militärische Güter in die Produktionspalette auf.

### ... und zu heutigen Profiten in weltweiten Kriegen

Zuletzt sorgte der Einsatz von Leopard-Panzern durch die türkische Armee im Rahmen der völkerrechtswidrigen Invasion Afrins für Empörung. Rheinmetall arbeitet darüber hinaus an Plänen, einen Fuß in die Panzerproduktion in der Türkei zu bekommen. Durch ein deutsch-türkisches Joint Venture hofft Rheinmetall, den Auftrag für die Produktion von 1.000 Panzern zu erhalten.<sup>11</sup> In Algerien passiert dies bereits: Hier hat Rheinmetall Algérie in einer von Rheinmetall errichteten Fabrik angefangen rund 980 Fuchs-Panzer für „Terrorismusbekämpfung“, Schutz von Öl- und Gasanlagen und Grenzüberwachung zu produzieren - ungestört von deutschen Exportrichtlinien.<sup>12</sup>

Tatsächlich baut Rheinmetall seit geraumer Zeit an der Internationalisierung seiner Produktion durch Tochter- und Gemeinschaftsgesellschaften, um Exportrichtlinien besser umgehen zu können und gleichzeitig durch ein weites Logistiknetzwerk internationale Kunden besser bedienen zu können. Bereits in den 70er Jahren machte Rheinmetall falsche Export-Deklarationen gegenüber den Behörden und behauptete, eine komplette Munitionsfüllanlage an eine nicht existierende Firma in Paraguay liefern zu wollen, während diese schlussendlich entgegen dem UN-Waffenembargo an den Apartheidstaat in Südafrika geschifft wurde.<sup>13</sup>

Insgesamt hat der Konzern Rheinmetall Denel Munition (RDM), ein Joint Venture von Rheinmetall und der südafrikanischen Denel Ltd, bereits 39 Munitionsfabriken geliefert. Die Bundesregierung fühlt sich nicht zuständig, obwohl RDM zu 51% Rheinmetall gehört.<sup>14</sup> Zu diesen Fabriken zählt eine im Jahr 2008 im Emirat Abu Dhabi errichtete Munitionsanlage. Die nun Burkan Munition Systems genannte Anlage erhält bis heute technische Unterstützung von Rheinmetall Waffe Munition Italia S.p.A. und RDM.<sup>15</sup> Im Jahr 2016 erhielt Saudi Arabien vom RDM ebenfalls eine Munitionsabfüllanlage - zu diesem Zeitpunkt bombardierte die von Saudi Arabien geführte Militärkoalition, an der sich auch die Vereinigte Arabische Emirate beteiligen, bereits seit einem Jahr Jemen und erste Berichte von Amnesty International über Kriegsverbrechen Saudi-Arabiens lagen vor. Im Januar 2018 verkündete Rheinmetall, eine weitere Munitionsabfüllanlage über RDM nach Ägypten geliefert zu haben. Rheinmetall beliefert somit nicht nur die Militärdiktatur in Ägypten, unter der die Menschenrechtslage fatal ist, sondern auch einen dritten am Jemenkrieg beteiligten Staat.

In Jemen wird nicht nur die Munition aus den drei genannten Munitionsabfüllanlagen verwendet, sondern auch aus Sardinien. Dort stellt das Tochterunternehmen RWM Italia S.p.A Gefechtsköpfe und elektronische Zündsysteme her, die auch an Saudi Arabien geliefert werden.<sup>16</sup> Abgesehen davon erhielt Saudi Arabien von der Rheinmetall-Tochter Nico Pyrotechnik Blend- und Knallgranaten und von der österreichischen RWM-Arges GmbH hochexplosive Splittergranaten, die 2014 zur blutigen Niederschlagung von Protesten gegen das Könighaus

in Al Awamija eingesetzt wurden.<sup>17</sup>

Abseits jeglicher medialen Aufmerksamkeit gründete Rheinmetall im Jahr 2015 mit dem kasachischen Waffenproduzenten Kasachstan Engineering die Rheinmetall KE. Vorgesehen ist u.a. der Aufbau eines staatlichen militärischen Trainingszentrums, obwohl zahlreiche Berichte über die menschenverachtende Vorgehensweise kasachischer Sicherheitskräfte gegen regimekritische Stimmen vorliegen.<sup>18</sup>

Die Produkte des Unternehmens Rheinmetalls sind nicht nur weltweit an den klassischen Kriegsschauplätzen im Einsatz, sondern auch u.a. in der militarisierten Grenzüberwachung. So werden z.B. die Marder-Panzer, an denen sich Rheinmetall beteiligt, entlang der syrisch-jordanischen Grenze eingesetzt. Dort patrouilliert das jordanische Militär mit aus Bundeswehrbeständen gelieferten Marder-Panzern am Niemandland Rukban, für das sich weder Syrien noch Jordanien verantwortlich erklären. Es ist zu einem Zufluchtsort für rund 50.000<sup>19</sup> Flüchtlinge geworden, die nun unter schwierigsten Bedingungen an der Grenze ausharren. Rheinmetall stellt auch für die Grenzüberwachung geeignete Nachtsichtgeräte her<sup>20</sup> sowie das Infrarot-Überwachungssystem FIRS<sup>21</sup> und das aus elektrooptischem Sensor und optionalem Radar bestehende Persistent Surveillance System – PSS.<sup>22</sup>

Bereits seit den 90er Jahren entwickelt der Konzern Abhörtechnologie für Satellitenkommunikation und aktuell befinden sich 50 Aufklärungssysteme weltweit im Einsatz von Militärapparaten und Geheimdiensten.

Rheinmetall trat als einer der Sponsoren der Überwachungsmesse ISS im März 2018 auf. Während der Messe hielt André Reichow-Prehn, der Programmleiter Cyber der Rheinmetall Electronics GmbH, einen Vortrag über digitale Einbruchswerkzeuge, mit denen Zugang zu Betriebssystemen erlangt werden kann.<sup>23</sup> Besonders angesichts der repressiven Nutzung solcher Software gegen Regierungskritiker\_innen in zahlreichen Staaten im Arabischen Osten sind die Entwicklung und der Verkauf solcher Software ein Dolch im Rücken all jener mutigen Personen, die sich weltweit für demokratische Prozesse einsetzen.

## Gegenwind...

Seit Jahren erfährt Rheinmetall Gegenwind von Kriegsgegner\_innen. So richteten sich die vergangenen jährlichen War Starts Here Camps von 2012 bis 2017 gegen das von Rheinmetall betriebene Gefechtsübungszentrum bei Magdeburg. In den vergangenen Jahren verstärkten sich die Proteste gegen Rheinmetall. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die Profite des Unternehmens durch den Krieg in Jemen, die zunehmend dreiste und rechtlich fragwürdige Auslagerung der Produktion, um deutschen Exportrichtlinien auszuweichen und der Einsatz der Leopard 2 Panzer der türkischen Armee in Afrin.

## ... in der Schweiz

So erfolgten innerhalb der vergangenen Monate unterschiedliche kleine Aktionen in der Schweiz gegen Rheinmetall. Anfang April 2018 sperrten Aktivist\_innen eine Filiale der Rheinmetall AG in Ittigen bei Bern ab.<sup>24</sup> Am gleichen Tag fanden kleine Aktionen vor der Rheinmetall Air Defence AG in Zürich statt, nach denen drei Personen kurzzeitig festgenommen wurden.<sup>25</sup> In ihren Flyern erklärten die Aktivist\_innen, Rheinmetall gehöre zu den wichtigsten Rüstungsbetrieben in der Schweiz. Rheinmetall nehme eine strategisch wichtige

Rolle für die Schweizer Rüstungsindustrie, indem die Firma Rheinmetall „[d]ank ihrer internationalen Verstrickung [...] einheimischen Produzenten einen besseren Zugang zu europäischen Rüstungsprogrammen“ gewähre.<sup>26</sup>

## ... in Italien

Auch auf der Mittelmeerinsel Sardinien regt sich seit Jahren Widerstand gegen die dortige RWM S.p.A. Italia. Bereits im Jahr 2016 fand zeitgleich mit den Protesten gegen die Hauptaktionärsversammlung von Rheinmetall in Berlin eine Demonstration vor den Werktoeren der RWM S.p.A. auf Sardinien statt. Hunderte Menschen blockierten zunächst kurzzeitig die Zufahrtsstraße der Fabrik und brachten anschließend Protestschilder und Banner an der Umzäunung des Geländes an. Den Aktivist\_innen gelang es dadurch, den Fabrikablauf zu stören, wodurch an diesem Nachmittag der Betrieb früher geschlossen wurde.<sup>27</sup>

Weitere Proteste folgten: Am 29. Juli 2016 versuchten Aktivist\_innen erneut, die Fabrik mit einem Sit-In zu blockieren.<sup>28</sup> Am 3. April 2017 erfolgte eine weitere Kundgebung mit anschließender Demonstration gegen Rheinmetall in der südsardischen Kleinstadt Domusnovas.<sup>29</sup> Dieses Jahr organisierten Antimilitarist\_innen vom 7. bis zum 8. April 2018 Diskussionstage, um weitere Strategien des Widerstands gegen Rheinmetall auf der Insel zu entwickeln.

Erst Anfang Juni 2018 fand ein Flash Mob mit einem weißen Sarg vor der Regionalverwaltung in Domusnovas statt, der für die im Jemenkrieg gestorbenen Kinder stehen sollte. Das Cagliari Social Forum und der Verband der Kriegsversehrten und -opfer forderte mit dieser Aktion eine offizielle Stellungnahme der Regionalregierung zum Jemenkrieg und der Präsenz von Rheinmetall auf der Insel.<sup>30</sup> Aktivist\_innen aus Sardinien begaben sich im Juli 2018 auf eine Mobilisierungstour durch unterschiedliche deutsche Städte, um gemeinsam mit in Deutschland Aktiven auf das War Starts Here Camp aufmerksam zu machen und die politischen Kämpfe gegen Rheinmetall auf Sardinien und in Deutschland zu verknüpfen.

## ... und in Deutschland

Es ist nicht verwunderlich, dass sich unterschiedliche Kampagnen und Initiativen mit dem Rüstungsunternehmen auseinandersetzen. Dies kann bereits von einer Person ausgehen: So rief der Kriegsgegner Theisen im Februar 2018 mit Flugblättern die Rheinmetall-Mitarbeiter\_innen öffentlich zum Whistleblowing auf: „Informieren Sie die Öffentlichkeit umfassend und rückhaltlos über die Hintergründe der in Rede stehenden in Teilen illegalen Exportpraxis Ihres Arbeitgebers“. Zudem schickte er rund 33 Briefe an Mitarbeiter\_innen der Gemeinde Südheide, in denen er diese aufforderte, keine Rüstungsproduktion in ihrer Gemeinde zuzulassen.<sup>31</sup>

Große Medienaufmerksamkeit erreichte hingegen die Verleihung des internationalen ethecon Black Planet Award im November 2017 an den Rheinmetall-Vorstandsvorsitzenden Armin Papperger, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Ulrich Grillo, sowie weitere Großaktionäre. Andere Gruppen versuchten, Sand im Getriebe des Rüstungskonzerns zu sein. Junepa (Jugendnetzwerk für politische Aktionen) blockierte am 15. Mai 2016 mit rund 60 Personen zwei Rheinmetall-Fabriken in Unterlüß, die der Produktion von Munition und Panzerfahrzeugen dienen. Begleitet wurde die Aktion von einem Vorbereitungscamp vor Ort. Auch aus der Kunstszene erhe-



Ohne die Notwendigkeit leben, Waffen herzustellen. Wir lassen diejenigen, die von Krieg leben, nicht in Frieden.  
Quelle: il minatore rosso

ben sich kritische Stimmen gegen Rheinmetall: Eine Gruppe von Künstler\_innen zog ihre Beteiligung an der Ausstellung „Deutschland8: German Art in China“ in Beijing zurück, nachdem sie erfuhren, dass Rheinmetall zu den Sponsoren der Kunstveranstaltung zählt. In einem Protestbrief an den Kurator Walter Smerling und die in Bonn sitzende Stiftung für Kunst und Kultur e.V. kritisierten sie die Instrumentalisierung von Kunst und Kultur zur Normalisierung von Rüstungsunternehmen.<sup>32</sup> Dieses Jahr fanden pünktlich zur Rheinmetall-Hauptversammlung in Berlin dezentral unterschiedliche Proteste statt. Am Abend vor Beginn der Hauptversammlung demonstrierten rund 300 Menschen auf der von der Interventionistischen Linken organisierten Demonstration, an der sich auch der kurdische Dachverband Nav-Dem beteiligte. Die Gruppen „Legt den Leo an die Kette“ und die „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“ riefen für den 8. Mai zu Protesten vor dem Maritim Hotel auf, an dem sich etwa 150 Menschen mit einem ausgemusterten Rheinmetall-Panzer beteiligten. Zeitgleich blockierte die Gruppe Sigmar (Solidarische Interventionen gegen menschenrechtswidrige Angriffskriege und Rüstungsexport) den Zufahrtsweg der Firma Rheinmetall in Unterlüß mit einem Metallgerüst.<sup>33</sup>

Es bleibt abzuwarten, ob die aktuellen Aktionen zu einer verstärkten Vernetzung der unterschiedlichen Initiativen und Einzelpersonen führen wird. Vielversprechend ist bereits die Strafanzeige, die am 17. April 2018 gegen die Geschäftsführer\_innen von RWM Italia S.p.A. sowie gegen ranghohe Beamte\_innen der italienischen Behörde für Waffenexporte bei der Staatsanwaltschaft in Rom eingereicht wurde. Kläger\_innen sind das European Center for Constitutional and Human Rights aus Berlin, die Mwatana Organization for Human Rights aus Jemen sowie die Permanente Beobachtungsstelle von leichten Waffen und der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (O.P.A.L.) und das italienische Netzwerk für Abrüstung (Rete Italiana per Il Disarmo).<sup>34</sup>

Das War Starts Here Camp, das vom 29. August bis zum 4. September in niedersächsischen Unterlüß stattfinden wird, kann und soll einen weiteren wichtigen Meilenstein in der Vernetzung des Gegenwinds für das Rüstungsunternehmen Rheinmetall darstellen.

## Anmerkungen

- 1 Defense News Top 100 Global Defense Companies (2017), artillerymarketing.com
- 2 Rheinmetall Group: Geschäftsbericht 2017, [ir.rheinmetall.com](http://ir.rheinmetall.com)
- 3 Ebd.
- 4 Ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie: Internationaler ethecon Black Planet Award 2017 an Larry Fink und Palu Manduca (Großaktionäre) sowie Armin Papperger (Vorstand) und Ulrich Grillo (Aufsichtsrat) vom Rüstungskonzern RHEINMETALL (Deutschland), ethecon Dossier, März 2018, S.12
- 5 Otfried Nassauer: Hemmungslos in alle Welt. Die Munitionsexporte der Rheinmetall AG, BITS-Research Report 16.01, [bits.de](http://bits.de), Oktober 2016, S.7
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Ethecon Stiftung, S.15
- 9 Borsig. Unternehmenschronik 1837-2010, [borsig.de](http://borsig.de)
- 10 Barbara Kasper und Lothar Schuster: Fremde Arbeit – Zwangsarbeiter bei Rheinmetall-Borsig, Berlin (1983). Dokumentarfilm.
- 11 Philipp Grill: Umstrittene Panzernachrüstung. Rheinmetall treibt Türkei-Deal voran, [tagesschau.de](http://tagesschau.de), 13.02.2018
- 12 Sofian Philip Naceur: Algeriens beispiellose Bewaffnung, [jungewelt.de](http://jungewelt.de), 04.05.2018, ethecon S.26
- 13 Hintergrundinformationen zur Klage von Apartheidopfern gegen internationale Konzerne, [info.kosa.org](http://info.kosa.org), Im Jahr 2002 klagten verschiedene Organisationen u.a. gegen Daimler und Rheinmetall vor einem US-Gericht für ihre Mitverantwortung bei Gräueltaten des südafrikanischen Apartheid-Regimes. Im Jahr 2013 wies die Bezirksrichterin Shira Scheindlin die Klagen gegen die beiden deutschen Konzerne ab – das Verfahren gegen US-amerikanische Unternehmen läuft noch.
- 14 Rheinmetall liefert Munitionsfabrik an Ägypten, [br.de](http://br.de), Stand: 16.01.2018
- 15 Ethecon S.26
- 16 Liefern Rheinmetall-Tochterunternehmen Bomben und Munition in den Jemen-Krieg?, [ohne-ruerstung-leben.de](http://ohne-ruerstung-leben.de), 21.02.2018
- 17 Ethecon S.50, Nassauer: Oktober 2016, S.13
- 18 Kasachstan. Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, bicc \ Länderinformation 12 \ 2017, [ruerstungsexport.info](http://ruerstungsexport.info)
- 19 UN delivers 'exceptional' assistance to Rukban refugees as access renewed, [jordantimes.com](http://jordantimes.com), 10.01.2018
- 20 Rheinmetall: Optimum effectiveness and comprehensive protection, Pressemitteilung, [dmkn.de](http://dmkn.de), 23.03.2012
- 21 Fast InfraRed Search and Track, [rheinmetall-defence.com](http://rheinmetall-defence.com)
- 22 Persistent Surveillance System – PSS, [rheinmetall-defence.com](http://rheinmetall-defence.com)
- 23 ISS World MEA Exhibits Schedule, [issworldtraining.com](http://issworldtraining.com)
- 24 Die Türkei bombardiert, Rheinmetall profitiert, [anfdeutsch.com](http://anfdeutsch.com), 05.04.2018
- 25 Besuch bei Rheinmetall in Zürich und Bern, [barrikade.info](http://barrikade.info), 05.04.2018
- 26 Ebd.
- 27 Luca Fiore: Domusnovas: corteo blindato "chiude" la fabbrica di morte, [contropiano.org](http://contropiano.org), 11.05.2016, 10 maggio 2016 manifestazione contro la fabbrica delle bombe, RWM Domusnovas, [noblogs.org](http://noblogs.org), 30.04.2016
- 28 29 luglio 2016 SIT IN contro la fabbrica delle bombe di Domusnovas, [noblogs.org](http://noblogs.org), 29.07.2016
- 29 3 aprile 2017 STOP RWM! Presidio e Corteo a Domusnovas, [noblogs.org](http://noblogs.org), 18.03.2017
- 30 Flash mob a Cagliari Una bara bianca contro la fabbrica delle armi, [rainews.it](http://rainews.it), 05.06.2018
- 31 Christian Link: Staatsanwaltschaft beschlagnahmt Protest-Briefe gegen Rheinmetall, [cellesche-zeitung.de](http://cellesche-zeitung.de), 20.07.2018
- 32 Henri Neuendorf: Germany to Bring International Contemporary Art to Beijing's Forbidden City for the First Time, [news.artnet.com](http://news.artnet.com), 31.08.2017
- 33 Sebastian Bähr: »Der Krieg beginnt hier«, [neues-deutschland.de](http://neues-deutschland.de), 08.05.2018
- 34 Europas Verantwortung für Kriegsverbrechen im Jemen, [ecchr.eu](http://ecchr.eu)

# Heron TP für die Bundeswehr Erstmal überwachen, töten später?

von Marius Pletsch

Es hat deutlich länger gedauert, als das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) eingeplant hatte, doch seit dem 13. Juni 2018 ist klar: die Bundeswehr wird ab 2020 erstmals Drohnen einsetzen können, die grundsätzlich auch bewaffnet werden können.<sup>1</sup> Dieser Entscheidung geht eine mindestens vierjährige Geschichte voraus, die zu diesem Punkt geführt hat. Und eine entscheidende Frage bleibt vorläufig ungeklärt: die der Bewaffnung.

## Wie es zu der Entscheidung kam – Ein Rückblick

Die grundsätzliche Entscheidung wurde bereits vor vier Jahren gefällt. Am 2. Juli 2014 hatte sich die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung zum einen für die Entwicklung einer eigenen europäischen (Kampf)Drohne und zum anderen für das Leasing einer neuen Drohne als Überbrückungslösung ausgesprochen. Da keine unbewaffneten Drohnen marktverfügbar wären, so von der Leyen, stünde also auch die Option der Bewaffnung für Bundeswehreinätze im Raum.<sup>2</sup> Zwar existieren durchaus auch MALE-Drohnen, die sich in mittlerer Flughöhe mit weiter Reichweite bewegen können und nicht bewaffnungsfähig sind, diese wurden allerdings vom BMVg nie in die nähere Auswahl genommen. Die Bewaffnungsfähigkeit war also stets das gewünschte Feature und kein nebensächliches Beiwerk der seitdem im Raum stehenden geplanten und nun beschlossenen Beschaffung.

An diesem Punkt macht es Sinn, den Unterschied zwischen unbewaffneten und bewaffneten Drohnen zu erläutern. Dieser besteht darin, dass erstere als Plattform für verschiedene Sensoren dienen. Je nach installierter Technik kann eine Drohne dann z.B. zur Bild-, Radar- oder Signalaufklärung eingesetzt werden. Diese Aufklärungsergebnisse fließen dann in militärische Entscheidungen ein. Z.B. können mit Hilfe der gesammelten Informationen definierte Ziele von dritten Systemen aus angegriffen werden, also von Kampfflugzeugen, Helikoptern, Schiffen, Artilleriegeschützen. Bewaffnete Drohnen jedoch sind nicht nur Plattform für die Sensoren, sondern auch für die Waffen selbst, also meist Raketen und Bomben. Sowohl unbewaffnete wie auch bewaffnete Drohnen können also letzt-

lich zum gleichen Resultat – toten Menschen – führen, bei bewaffneten Drohnen geschieht dies aber unmittelbarer und von derselben Plattform aus. Beim Einsatz einer bewaffneten Aufklärungsdrohne steht die Option des Waffeneinsatzes grundsätzlich und unabhängig

von weiteren verfügbaren Wirkmitteln zur Verfügung, was Handlungsdruck erzeugt und Entscheidungswege tendenziell verkürzt.

Der Koalitionsvertrag von 2013 hatte dabei noch festgehalten, dass „[v]or einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme [...] alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig“<sup>3</sup> geprüft werden sollten. Ob die Bedingung der sorgfältigen Prüfung der Fragen durch eine Sachverständigenanhörung im Verteidigungsausschuss ausreichend erfüllt wurde, darf bezweifelt werden. Im Januar 2016 legte sich das BMVg auf das Leasing der israelischen Drohne Heron TP fest. Das amerikanische Rüstungsunternehmen General Atomics, welches das Konkurrenzprodukt Certifiable Predator B (CPB) herstellt, sah sich in der Vergabe benachteiligt und ging zunächst den Weg über die Vergabekammer des Bundes und später über das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf. Das OLG untersagte eine Vertragsunterzeichnung für das Leasing der Heron TP, bis das Gericht über die Sache entscheiden hätte. Der Rechtsweg endete (vorläufig) mit der Entscheidung, die Vergabeentscheidung sei gerechtfertigt gewesen, da - neben anderen Gründen - auch eine zeitnahe Integration des präferierten Waffensystems in das amerikanische System nicht möglich sei. Doch nach der Entscheidung des Gerichts entzündete sich ein politischer Streit zwischen den Koalitionären. Die SPD wollte (kurz vor der anstehenden Bundestagswahl) dem Kauf von 60 Raketen vermutlich zu Zulassungs- und Übungszwecken nicht zustimmen. Die Vorlage wurde von der Tagesordnung gestrichen und somit war das Vorhaben in der vergangenen Legislaturperiode vom Tisch.<sup>4</sup>

Im Koalitionsvertrag 2018 entschieden sich CDU/CSU und SPD für folgenden faulen Kompromiss: Die Heron TP wird geleast, bis die europäische Drohne verfügbar ist, die man gemeinsam mit Frankreich, Italien und Spanien entwickeln möchte. Ob es zu einer Bewaffnung kommt oder nicht, soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.<sup>5</sup> Das bedeutet, bevor geklärt ist, ob die Bundeswehr überhaupt über bewaffnete Drohnen verfügen soll, werden Drohnen beschafft, die dazu grundsätzlich fähig sind. Und diese Befähigung kostet bereits 50 Mio. €.<sup>6</sup> Haushaltspolitisch macht dies wenig Sinn. Denn



Eine Drohne des Typs KZO auf der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) 2018 in Berlin. Quelle: Claudia Haydt

sollte das Ergebnis der Debatte nicht schon längst feststehen, sondern offen sein, ist ja auch die Entscheidung noch denkbar, dass Deutschland den Schritt der Bewaffnung von Drohnen nicht mitgeht. Anders als die Bundesverteidigungsministerin stets behauptet hat, werden MALE-Drohnen, die nicht bewaffnungsfähig sind, hergestellt, auch zu einem niedrigeren Preis als jener, der jetzt für die Heron Drohnen gezahlt wird. Fällt die SPD also in dieser Frage nicht um und schließt die CDU/CSU keine Allianz, um mit AfD und FDP für eine Bewaffnung zu stimmen, was auch ein Bruch des Koalitionsvertrags bedeuten würde, dann hätte man Geld unnötig ausgegeben.

### Die Verträge

Eigentlich war geplant, bis zum 31. Mai 2018 den Vertrag zu unterzeichnen, doch die lange Regierungsbildung verzögerte dies. Für diesen Tag galt eigentlich eine Angebotsfrist der Industrie, sie wurde aber aufgrund der verzögerten Regierungsbildung kurzerhand bis zum 15. Juni 2018 verlängert. Am 13. Juni 2018, dem Tag, an dem sich der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages mit der Vorlage befasste, wurde der Vertrag letztlich unterzeichnet. Die Vorlage musste auch vom Haushaltsausschuss angenommen werden, da es sich um ein Auftragsvolumen über 25 Mio. € handelt. Das Leasing der Drohnen und deren Stationierung in Israel wird 897 Mio. € kosten. Werden sie in ein Einsatzgebiet verlegt, kostet das je Gebiet 30 Mio. € pro Jahr. Wären die Drohnen also von 2020-2027 durchgehend in zwei Gebieten im Einsatz, würde das zusätzlich 480 Mio. € kosten. Insgesamt könnten sich also die Kosten auf ca. 1,380 Mrd. € belaufen. Der Kauf von Raketen und auch die Waffenausbildung von Bundeswehrpersonal sind aus dem Vertrag gestrichen worden. Die Koalitionsfraktionen stimmten für die Vorlage. Abgelehnt wurde sie von der Linksfraktion und den Grünen. FDP und AfD enthielten sich.

Eigentlich geht es um zwei Verträge. Zum einen wäre da der Industrievertrag mit Airbus Defense & Space. Airbus kauft von dem Rüstungsunternehmen Israel Aerospace Industries (IAI) fünf Drohnen (plus optional zwei weitere), vier Bodenkontrollstationen und zwei Trainingssimulatoren, je einer soll in Israel und Deutschland stehen. Außerdem ist Airbus mit der Sicherstellung der Datenverbindung und -verteilung beauftragt.<sup>7</sup> Keine leichte Aufgabe, wie ein Bericht der Online-Publikation The Intercept zeigte: Geheimdiensten der USA und des Vereinigten Königreichs war es gelungen, sich in den Videofeed einer Heron Drohne einzuschalten.<sup>8</sup> Die Sensorik, also z.B. die Kameras, soll von dem israelischen Unternehmen Elbit geliefert werden.<sup>9</sup> Des Weiteren soll sich Airbus, wie auch schon bei der bereits seit 2010 in Afghanistan und seit 2016 in Mali eingesetzten Drohne Heron 1, um die Wartung, Instandhaltung und auch um Start und Landung der Drohnen kümmern. Der zweite Vertrag ist eine Vereinbarung der Regierungen von Deutschland und Israel. Dieser umfasst die Stationierung auf der israelischen Luftwaffenbasis Tel Nof und das Training, beides wird vom israelischen Staat bereitgestellt. Für die Stationierung außerhalb Deutschlands gibt es mehrere Gründe, u.a. die weiterhin bestehenden Unsicherheiten über die Zulassung der Drohnen für den zivilen Luftraum in der EU. Geplant ist bislang, die Drohnen bis zum Jahr 2027 zu leasen. Spätestens dann sollen die Heron TP Drohnen mit der europäischen Eigenentwicklung ersetzt werden. Ein erster Entwurf wurde bereits auf der diesjährigen Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) von den drei Unternehmen präsentiert, die mit der

Definitionsstudie beauftragt sind: Airbus Defence and Space, Dassault und Leonardo. Bis Ende des Jahres soll die Phase der Definitionsstudie abgeschlossen sein. Geplant ist, die Drohne auch mit EU-Geldern zu finanzieren. Bislang ist das Projekt das einzige von insgesamt 46, das Chancen hat durch den neu geschaffenen europäischen Rüstungsfond bewilligt zu werden.<sup>10</sup> Noch ist unklar, wie viele europäische Staaten sich den Kauf der europäischen Drohne vorstellen könnten. Um wirtschaftlich zu sein, wird man auch dieses Rüstungsgut voraussichtlich exportieren müssen.

### Warum Heron TP? Eine industriepolitische Zukunftsinvestition

Einer der Hauptgründe für die Entscheidung für die Heron TP war, dass die beteiligten Rüstungsunternehmen Erfahrung und Wissen aufbauen können. Dieses soll dann in das Eurodrohnenprojekt einfließen. Dies wäre so bei der Entscheidung für das amerikanische Konkurrenzprodukt nicht möglich gewesen, da hier die Dokumentation deutlich restriktiver gehandhabt wird. Ein weiterer Grund war, wie bereits erwähnt, die vom BMVg präferierte Bewaffnung. Dabei soll es sich laut netzpolitik um „Whip-Shot“-Raketen der Firma Israel-Military-Industries (IMI) handeln.<sup>11</sup> Aus der Entscheidung des OLG-Düsseldorf geht hervor: „Heron TP kann im Gegensatz zu CPB mit [...] skalierbarer und abstandsfähiger Präzisionsmunition ausgestattet werden und entspricht damit eher dem Bewaffnungskonzept der Luftwaffe [...]. Die mögliche Bewaffnung mit geringer Wirkkraft ermöglicht [...] ‚chirurgische‘ Angriffe unter weitest gehendem Schutz nicht beteiligter Dritter [...]. Sie ist daher auch im urbanen Gebiet einsetzbar“.<sup>12</sup> Also wird bereits ein Einsatz dieser Waffen in dicht besiedeltem Gebiet angedacht. Selbst wenn die Raketen wie beworben funktionieren sollten, ist das Risiko, Zivilist\_innen zu töten, keineswegs geringer, da man den Waffeneinsatz nicht mehr länger in der Peripherie, sondern auch in Städten einplant.

Deutschland ist nur noch eine Entscheidung des Bundestages vom Eintritt in den Club von Staaten entfernt, der über bewaffnete Drohnen verfügt. Laut dem US-Think Tank NewAmerica gehören bereits mindestens 28 Staaten dieser Gruppe an.<sup>13</sup> Und diese Gruppe wächst schnell. Elf Staaten haben Drohnen bereits mit tödlichen Konsequenzen eingesetzt, auch zu sogenannten extralegalen Tötungen oder zur Aufstandsbekämpfung. Die Bundesregierung wiederholt im Koalitionsvertrag von 2018 zwar: „Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch ab, auch durch Drohnen“,<sup>14</sup> und ein eigenes Programm für „gezielte Tötungen“ scheint (derzeit) nicht politisch gewollt. Trotzdem muss sich die Bundesregierung hier Kritik gefallen lassen, da sie solche Praktiken bei Partnern duldet und womöglich durch die Weitergabe von Daten unterstützt. Amnesty International veröffentlichte kürzlich einen Bericht, in dem die Rolle einiger europäischer Staaten im amerikanischen Drohnenkrieg scharf kritisiert wird.<sup>15</sup>

Ob die Heron TP und die Eurodrohne auch bewaffnet von der Bundeswehr eingesetzt werden, hängt sehr davon ab, wie die angekündigte Debatte verläuft. Hier nochmal vermehrt zu mobilisieren, Kampagnen zu starten, Abgeordnete zu kontaktieren und Petitionen zu starten, kann einen Einfluss auf den Verlauf haben. Noch 2013 lehnten in einer Befragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) 50 Prozent der Befragten bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr ab, 26 Prozent hatten noch keine Meinung zu dem Thema oder wollten nicht antworten. Seit-

dem wurde diese Frage in keiner weiteren Umfrage des ZMSBw gestellt - auf Anweisung des BMVg.<sup>16</sup> Leider sind die meisten Umfragen zu dieser Fragestellung aus dem Zeitraum um 2013, sodass sich ein verlässliches Bild über die aktuelle Stimmung in der Bevölkerung nicht zeichnen lässt. Die Frage der „gezielten Tötungen“ und die Praxis der USA sollten dabei nicht zu sehr mit der Frage der deutschen Bewaffnung von Drohnen vermischt werden. Vielmehr sollten der Effekt der Präsenz solcher Waffensysteme in den betroffenen Gebieten, die Auswirkung auf die Psyche der auf den Bildschirmen erfassten Personen wie auch derer, die am Joystick sitzen und eine zunehmende Automatisierung der Datenverarbeitung problematisiert werden. Zu erörtern wäre auch, ob nicht alleine die Verfügbarkeit (bewaffneter) Drohnen Handlungsdruck erzeugt und zu einer weiteren Zunahme von Auslandseinsätzen der Bundeswehr führt bzw. führen kann. Für eine Kritik sind vielfältige Ansätze denkbar: antimilitaristische, kapitalismuskritische, neokoloniale, antirassistische, feministische oder gendertheoretische. Und sollte die Entscheidung doch für die Bewaffnung fallen, bleibt die Aufgabe, sich für möglichst strenge Einsatzregeln, Kontrolle und größtmögliche Transparenz einzusetzen und einen Export dieser Systeme zu unterbinden.

Die Bundeswehr plant nicht nur die Beschaffung von Heron TP Drohnen. Eine Übersicht über derzeit eingesetzte Drohnen und geplante Anschaffungen findet sich hier:

| 2018 | Beschaffung/<br>Geplant | Drohntyp                    |
|------|-------------------------|-----------------------------|
| 145  |                         | MIKADO                      |
| 290  |                         | ALADIN                      |
| 84   |                         | LUNA                        |
| 44   |                         | KZO                         |
| 6    |                         | Heron 1                     |
| (1)  |                         | EURO HAWK                   |
| 30   |                         | PD-100 Black Hornet         |
| 6    |                         | DJI Phantom IV              |
|      | 20                      | LUNA NG/B                   |
|      | 2                       | Helikopterdrohne für Marine |
|      | 6                       | PUMA AE                     |
|      | 5 (+2)                  | German Heron TP             |
|      | 3                       | PEGASUS                     |

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Michel Brandt u. a. sowie der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/1082 (6.3.2018): Antwort auf Frage 14, S. 7 f.



Eine Heron TP auf der ILA 2018. Quelle: Claudia Haydt

## Anmerkungen

- Zu der Entscheidung vom 13.6. siehe: Wiegold, Thomas ([augengeradeaus.net](http://augengeradeaus.net), 13.6.2018): Bundestag billigt neue Bundeswehr-Drohnen – und setzt neue Hürden für Bewaffnung (neu: Vertrag); Thiels, Christian ([tagesschau.de](http://tagesschau.de), 13.6.2018): Bundeswehr bekommt waffenfähige Drohnen.
- Nico Fried, Christoph Hickmann (Süddeutsche Zeitung, 2.7.2014): „Das Gefühl von Sicherheit ist eine Momentaufnahme“, S. 6.
- Bundesregierung ([bundesregierung.de](http://bundesregierung.de), 17.12.2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 178.
- Siehe dazu: Pletsch, Marius (IMI-Standpunkt 2017/17b, 8.8.2017): Heron TP: Diese Legislatur nicht mehr.
- Bundesregierung ([bundesregierung.de](http://bundesregierung.de), 14.3.2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 159.
- Thiels, Christian ([tagesschau.de](http://tagesschau.de), 13.6.2018): Bundeswehr bekommt waffenfähige Drohnen.
- Wiegold, Thomas ([augengeradeaus.net](http://augengeradeaus.net), 13.6.2018): Bundestag billigt neue Bundeswehr-Drohnen – und setzt neue Hürden für Bewaffnung (neu: Vertrag).
- Currier, Cora/Moltke, Henrik ([theintercept.com](http://theintercept.com), 29.1.2016): Spies in the sky.
- Monroy, Matthias ([netzpolitik.org](http://netzpolitik.org), 14.4.2018): Eine Milliarde für bewaffnungsfähige Drohnen: Vertragsschluss steht bevor.
- Riedel, Donata/Hoppe, Till ([Handelsblatt.de](http://Handelsblatt.de), 13.6.2018): Das EU-Zukunftsprojekt Verteidigungsfond ist in Gefahr.
- Monroy, Matthias ([netzpolitik.org](http://netzpolitik.org), 5.9.2017): Wunderwaffe für Drohnen der Bundeswehr kommt aus Israel.
- OLG Düsseldorf ([justiz.nrw.de](http://justiz.nrw.de), 31.5.2017): VII-Verg 36/16.
- New America ([newamerica.org](http://newamerica.org), laufend aktualisiert): The World of Drones.
- Bundesregierung ([bundesregierung.de](http://bundesregierung.de), 14.3.2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 159.
- Amnesty International (2018): Deadly assistance: The role of European states in US drone strikes.
- Wiegold, Thomas ([augengeradeaus.net](http://augengeradeaus.net), 15.11.2015): Mehr internationales Engagement Deutschlands gewünscht - aber vor allem Diplomatie.

# Drehscheibe Deutschland

## NATO-Aufmarsch in Osteuropa

von Tobias Pflüger

NATO und EU rüsten auf und überprüfen die Infrastruktur für mögliche militärische Nutzungen. Die Bundesrepublik spielt dabei eine zentrale Rolle – wie die Verlegung von US-Truppen nach Osteuropa zeigt.

Seit dem 18. Mai 2018 liefen – wie bereits im Vorjahr – große Truppenverlegungen der NATO über Deutschland nach Osteuropa. Sie dauerten bis Ende Juni an. Im Rahmen der Operation „Atlantic Resolve III“ wurden 3.500 US-Soldaten und rund 1.400 Fahrzeuge samt Material nach Polen und ins Baltikum gebracht. Der Transport wurde dieses Mal nicht wie bisher über Bremerhaven, sondern über den Hafen in Antwerpen durchgeführt. Drei Schiffe legten dort zwischen dem 18. und 26. Mai an. Von Belgien aus ging es über Straßen und Schienen durch Deutschland bis in den Osten. 85 Prozent des Materials wurden auf dem Schienenweg, der Rest in Konvois mit je 15 bis 20 Fahrzeugen auf der Straße bewegt. Bei der Truppenverlegung wurden bisher stationierte Streitkräfte abgelöst. Alle neun Monate soll die gesamte Kampfbrigade durch eine gleichstarke neue Brigade ersetzt werden.

Warum diese Rotation? Offiziell hat sie militärische Gründe, doch dahinter steckt auch, dass die NATO-Russland-Grundakte von 1997 explizit ausschließt, dass in Osteuropa „substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert“ werden. Genau dies geschieht aber bereits seit längerem, die Rotation ist nur Trickserie. Die NATO hat mit der Operation „Enhanced Forward Presence“ (etwa: Verstärkte Vorwärtspräsenz) bereits jeweils ein Bataillon mit ca. 1.000 Soldaten in Polen, Litauen, Lettland und Estland stationiert. Deutschland führt den NATO-Verband in Litauen an.

„Atlantic Resolve III“ ist jedoch nicht die einzige Verlegung von NATO-Truppen nach Osteuropa. Wegen der alljährlich stattfindenden multinationalen Großübung „Saber Strike 18“ (Säbelhieb), die vom 3. bis zum 15. Juni 2018 im Baltikum und in Polen stattfand, wurden seit dem 28. Mai insgesamt 2.050 Fahrzeuge in 102 Konvois auf Straßen in Richtung Osten verlegt. Dabei machten die Truppen Zwischenstopps in der Fläming-Kaserne am Truppenübungsplatz Lehnin (Potsdam-Mittelmark), der Kurmark-Kaserne in Storkow (Oder-Spree) sowie an Autobahnraststätten vor allem in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die Haupttrouten waren die A2 und die A9. Von dort führten die Transporte über mehrere Strecken rund um Berlin nach Polen. Zudem wurden Panzer und anderes schweres Gerät, insgesamt 3.000 Fahrzeuge, auf Zügen transportiert. Das US-amerikanische Kontingent umfasst ungefähr 12.500 Soldaten. Das Manöver fand auf Übungsplätzen in Estland, Litauen, Lettland und Polen statt. An ihm nahmen insgesamt 20.000 Soldaten aus 19 Ländern, darunter zahlreiche NATO-Staaten, teil.

An der litauischen Übungsserie „Iron Wolf“ (Eiserner Wolf) beteiligt sich die Bundeswehr regelmäßig unter Einbindung des dort im Rahmen von Enhanced Forward Presence befindlichen Gefechtsverbandes mit etwa 500 Soldaten. Der Name der Übungsserie „Eiserner Wolf“ geht auf einen faschistischen Kampfbund im Litauen der 1920er Jahre zurück. Auf

eine Kleine Anfrage dazu von mir im Bundestag antwortete die Bundesregierung, sie sehe dies keineswegs kritisch. Die Namensgebung liege im Verantwortungsbereich Litauens und bedürfe keiner Zustimmung durch die NATO oder die Bundesregierung. Dass die Bundes-

regierung faschistische Bezüge im Rahmen ihrer militärischen Präsenz in Osteuropa in keiner Weise kritisch sieht, ist skandalös.

### BRD – „Host Nation“

Aktiv unterstützt werden die NATO-Streitkräfte bei ihrer Präsenz in Osteuropa von der Bundeswehr auch dadurch, dass sie unter anderem Kasernen und logistische Hilfe bereitstellt. Diese logistische Hilfe soll in Zukunft noch weiter ausgebaut werden. Die Bundesregierung ist sich der Funktion Deutschlands durchaus bewusst. So schreibt das Verteidigungsministerium im aktuellen Entwurf zur Konzeption der Bundeswehr: „Deutschland ist aufgrund seiner geographischen Lage eine strategische Drehscheibe im Zentrum Europas und gleichzeitig ein wesentliches Element kollektiver Verteidigung. Die Handlungsfähigkeit des NATO-Bündnisses und der EU beruht auch auf Deutschlands Aufgabenerfüllung als Host Nation (Gastgebernation, jW), als Transitland für die Verlegung von Kräften an die Grenzen des Bündnisgebietes und im rückwärtigen Einsatzgebiet.“<sup>1</sup> Bereits im Mai 2017 hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) die Bundesrepublik als „zentral gelegenes strategisches Transitland und logistische Drehscheibe für unsere Verbündeten bei der Stärkung der NATO-Ostflanke“ bezeichnet. Deutschland müsse seine Verbündeten „bei Anlandung und geordnetem Weitermarsch in die Übungs- und Einsatzgebiete in vielfältiger Weise unterstützen – nicht nur bei der logistischen Versorgung, sondern auch beim Schutz und bei der Zusammenarbeit mit zivilen Behörden und der gewerblichen Wirtschaft“. Die Unterstützungsleistungen möchte die Bundesregierung zukünftig noch weiter „ausbauen und multinational abstimmen“.<sup>2</sup>

Die Friedensbewegung kritisiert schon seit langem, dass Deutschland seine Funktion als militärische Drehscheibe im Herzen Europas allzu bereitwillig erfüllt. Ohne dessen Mitwirkung wäre der NATO-Aufmarsch in Osteuropa nicht ohne weiteres möglich. Die BRD nimmt derzeit bei der Eskalationsstrategie gegen Russland eine zentrale Rolle ein.

Deutschland soll künftig nicht nur am Hindukusch und in der Sahelzone, sondern auch wieder im Baltikum und in Osteuropa „verteidigt“ werden. Nichts anderes ist gemeint, wenn von einer „gleichrangigen“ Fokussierung auf Auslandseinsätze sowie Landes- und sogenannte Bündnisverteidigung die Rede ist. Peter Tauber (CDU), Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bezeichnet die Landes- und Bündnisverteidigung als „die anspruchsvollste Aufgabe mit dem höchsten Nachholbedarf“. Dementsprechend wird sie auch im Entwurf zur neuen „Konzeption der Bundeswehr“ als deren erste Aufgabe noch vor den Auslandseinsätzen genannt. Mit anderen Worten: Die Kapazitäten für Auslandseinsätze sollen nicht reduziert, aber gegen Russland soll gleichzeitig aufgerüstet werden. Moskau wird zwar nicht ausdrücklich erwähnt, aber immer häufiger ist die Rede davon, dass aufgrund „der sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre (...) die Bündnisverteidi-

gung wieder in den Fokus der strategischen Überlegungen der NATO gerückt sei. Hierbei könnte die Bündnissolidarität“ der Bundeswehr „absehbar zusätzliche Leistungen und Fähigkeiten, besonders in den Randgebieten der Bündnisse, aber auch aufgrund der besonderen Lage Deutschlands als Transitland in der Mitte Europas und als Host Nation abverlangen“. Zudem sollen sich aufgrund der „Relevanz der Landes- und Bündnisverteidigung“ alle Angehörigen der Bundeswehr ihrer Rolle bewusst sein und ihre Anstrengungen auch in der Ausbildung wieder verstärkt auf diese Aufgabe ausrichten. „Abschreckung und Verteidigung auf Grundlage einer geeigneten Mischung aus konventionellen, nuklearen und Raketenabwehrfähigkeiten“ seien weiterhin ein Kernelement der Gesamtstrategie. Landes- und Bündnisverteidigung sei außerdem „der bestimmende Parameter für die Grundaufstellung der Bundeswehr“.

## Neue Kommandostäbe

Die NATO-Verteidigungsminister haben zudem einen Ausbau der Führungsstruktur des Bündnisses beschlossen: Zwei neue Kommandostäbe sollen die Logistik innerhalb Europas sowie möglichen Nachschub über den Atlantik organisieren. Einer dieser Stäbe – das „Joint Support and Enabling Command“ (JSEC) – soll die Bewegung von Truppen und Kriegsgerät an die NATO-Ostflanke besser und schneller organisieren. Außerdem soll es den Schutz von Soldaten und Waffen sicherstellen und für die Absicherung von Straßen und Häfen sorgen. Auch für die Durchführung von Militärübungen wäre das JSEC zuständig, wie eine Kleine Anfrage von mir im Bundestag ergab.<sup>3</sup> Das Kommando soll künftig im Krisen- und Konfliktfall alle Truppenteile im durch den Oberbefehlshaber der NATO in Europa (SACEUR) zugewiesenen Raum führen, so die Bundesregierung. Es würde dann alles steuern, was nach Europa kommt, in Europa bewegt oder in ein Einsatzgebiet außerhalb Europas verlegt werden soll. Das Kommando soll auch „der NATO zugeordnete Streitkräfte“ anderer Nationen befehligen. Das JSEC soll von der Bundeswehr betrieben und nur bei Bedarf dem Bündnis unterstellt werden. Angesiedelt wird es in Ulm, wo die Streitkräftebasis mit dem „Multinationalen Kommando Operative Führung“ bereits über eine für diese Aufgabe geeignete Dienststelle verfügt, die bei Bedarf innerhalb kürzester Zeit Personal und Material zur Planung und Führung multinationaler (Kampf-)Einsätze der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der EU und der NATO stellen kann. Seit dem 1. Juli 2018 steht dieses multinationale Kommando in Ulm ohnehin ein Jahr lang in Bereitschaft. Ruft die NATO in dieser Zeit zu einem Einsatz und stimmt die Bundesregierung zu, wird sich dort das Hauptquartier befinden, von dem aus bis zu 60.000 Soldaten gesteuert werden. Das Verteidigungsministerium hofft auf sogenannte Synergieeffekte zwischen den beiden sich am selben Ort befindenden Kommandos und eine erhöhte Reaktionsfähigkeit im Fall eines Krieges gegen Russland.

Die Reaktionsfähigkeit deutlich stärken will die NATO auch mit der Vorgabe, künftig innerhalb von 30 Tagen jeweils 30 „schwere oder mittlere Infanteriebataillone“, 30 größere Kriegsschiffe sowie 30 Kampfflugzeugstaffeln mobilisieren zu können. Sie sollen aus bestehenden Verbänden kommen. Dies war ein Ergebnis des NATO-Gipfels Anfang Juli 2018 in Brüssel.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte am 8. November 2017 auf der Pressekonferenz im Rahmen des Treffens der Verteidigungsminister des Bündnisses in Brüssel: „Bei



Quelle: tueinfo.org

militärischer Mobilität geht es nicht nur um neue Kommandozentren. Es geht auch um die Fähigkeit, Kräfte und Militärgüter schnell, mit den richtigen Transportmitteln und der richtigen Infrastruktur zu bewegen. (...) Wir benötigen genug Transportkapazität (...), und wir müssen die Infrastruktur verbessern, zum Beispiel Straßen, Brücken, Schienen, Start- und Landebahnen und Häfen. (...) Daher ist es wichtig, dass unsere Verteidigungsminister unseren Innen-, Finanz- und Verkehrsministern die militärischen Anforderungen vermitteln.“<sup>4</sup> Außerdem sollen bürokratische Hürden bei der Überquerung von Grenzen für das Militär abgebaut werden. Stoltenberg bedankte sich bei der EU für die sehr enge Kooperation und die Finanzierung eines Teils dieser Maßnahmen. Auch die deutsche Verteidigungsministerin treibt diese Pläne aktiv voran. Ziel sei es, künftig „ohne große Bürokratie mit großer Geschwindigkeit“ Truppen zu verlegen, sagte von der Leyen. Entstehen solle dabei eine Art „militärisches Schengen“.<sup>5</sup>

Das Militär erhält Reisefreiheit und gleichzeitig werden die Ausgaben „zum Schutz der europäischen Außengrenzen“, sprich für die Abschottung gegen Flüchtlinge, nahezu verdreifacht. So sehen es die Pläne der EU-Kommission für das nächste Jahrzehnt vor. Für die Jahre 2021 bis 2027 sind dagegen nach Angaben von EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos rund 35 Milliarden Euro vorgesehen. Im aktuellen Finanzrahmen sind es 13 Milliarden Euro. Allein 21,3 Milliarden Euro sollen künftig für den „Außengrenzschutz“ zur Verfügung stehen. Mit dem Geld soll etwa die Aufstockung des Personals der EU-Grenzschutzbehörde Frontex auf rund 10.000 Beamte bezahlt werden. Zudem soll ein neuer Grenzmanagementfonds geschaffen werden, der mit knapp zehn Milliarden Euro ausgestattet sein soll. Viel Geld für die Abschottung.

## »Weltpolitikfähigkeit«

Die EU will eine wirksame imperiale Macht werden. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker meinte dazu im Februar auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“: „Wir waren lange Zeit nicht weltpolitikfähig. Und die Umstände bringen es mit sich, dass wir uns um Weltpolitikfähigkeit bemühen müssen. (...) Jetzt gibt es Fortschritte, und diese Fortschritte sind auch notwendig, und die Zahlen sprechen für sich. (...) Wir müssen also das Beschaffungswesen deutlich vereinfachen und verbessern. Wir haben bis jetzt in Sachen Forschung 90 Millionen Euro für die Jahre 2018 und 2019 in Aufstellung gebracht. Wir werden diese Summe deutlich nach oben korrigieren – bis 2020 werden wir 590 Millionen Euro aufstellen.“<sup>7</sup> Zudem äußerte Juncker, die EU müsse sich vom Einstimmigkeitszwang im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik „befreien“ und zu Mehrheitsentscheidungen kommen, um handlungsfähiger zu werden.

Im neuen Haushalt hat sich die EU einen eigenen Rüstungsfonds geschaffen, der das Kernstück der Finanzierung militärischer Projekte auf EU-Ebene sein soll. Die vertragliche Grundlage, Artikel 41, Absatz 2 des geltenden EU-Vertrages wird dabei trickreich umgangen, indem die Gelder als Industrieförderung deklariert werden. Insgesamt kommen so Finanzmittel von ca. 50 Milliarden Euro für die Jahre 2022 bis 2027 zusammen (siehe *jW-Thema* vom 8.5.2018). Von zentraler Bedeutung für die fortschreitende Militarisierung der EU ist auch die Schaffung der sogenannten Permanent Structured Cooperation (PESCO, Ständige strukturierte Zusammenarbeit). Eines der insgesamt 17 Projekte von PESCO ist der Ausbau der militärischen Mobilität. Deutschland ist für vier Projekte verantwortlich: Eines davon ist der Aufbau eines Netzwerkes „von logistischen Drehscheiben“. Bei dem Projekt „Military Mobility“, das von den Niederlanden koordiniert wird, tritt die Bundesrepublik zudem als „Kosponsor“ auf, wie das Verteidigungsministerium mitteilt.<sup>8</sup>

Die EU-Kommission hat sich vorgenommen, Straßen, Schienen und Brücken in Europa bis 2019 auf ihre militärische Tauglichkeit zu überprüfen. Anschließend soll eine Liste mit den aus Sicht des Militärs renovierungsbedürftigsten Streckenteilen erstellt werden. Für die Ausbaurbeiten sollen im künftigen Haushalt der EU ab 2020 zusätzliche Gelder unter dem Titel „Connecting Europe Facility – Military Mobility“ bereitstehen. Für den Zeitraum von 2021 bis 2027 sind hierfür 6,5 Milliarden Euro eingeplant. Bei künftigen Infrastrukturvorhaben sollen zudem militärische Verwendungsmöglichkeiten immer mit bedacht werden. „Unser Ziel ist, unsere Transportwege besser zu nutzen und sicherzustellen, dass militärische Anforderungen bei der Planung von Infrastrukturprojekten berücksichtigt werden“, sagte EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc. Außerdem will die EU-Kommission Vorschriften – etwa für den Transport von Gefahrgut zwischen EU-Ländern – angleichen. Aus ihrer Sicht bestehen dabei zwischen den einzelnen Staaten zu viele zeitraubende regulatorische Unterschiede und Hindernisse. Der Aktionsplan geht auch auf eine

gemeinsame Erklärung der EU-Mitgliedsstaaten unter Ägide der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini im November 2017 zurück, bis März 2018 Maßnahmen für eine sogenannte „Union, die schützt“ vorzuschlagen. Die Erklärung steht im Einklang mit den Bemühungen, die militärische Zusammenarbeit – vor allem im Rahmen von PESCO – zu intensivieren. Laut Jean-Claude Juncker soll sich die EU bis 2025 zu einer „vollumfänglichen Verteidigungsunion“ entwickelt haben.

Soldaten der Bundeswehr werden nicht nur in den baltischen Staaten stationiert, die Bundesrepublik trägt auch die Hauptverantwortung für die NATO-Logistik in Westeuropa. Mit dem Ausbau der militärischen Infrastruktur und der Bereitstellung ziviler Infrastruktur für militärische Zwecke, ermöglicht sie, dass de facto permanent Truppen direkt an der russischen Grenze stationiert werden können. Das sollte neben der kostspieligen Aufrüstung der Bundeswehr in den nächsten Jahren sowie den Rüstungsexporten ein Schwerpunkt der Mobilisierungen der Friedensbewegung sein. Es ist erfreulich, dass es immer wieder Aktionen gegen Truppentransporte gibt. Sie sind bitter nötig.

## Anmerkungen

- 1 Verteidigungsministerium: Entwurf zur Konzeption der Bundeswehr, April 2018, S. 60
- 2 Verteidigungsministerium: Tagesbefehl, Mai 2018, <http://t1p.de/kpw2>
- 3 Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Tobias Pflüger u.a. „Ausbau der Kommandostruktur der NATO“ (Drucksache 19/2585)
- 4 Pressekonferenz, 8.11.2017
- 5 „NATO beschließt neue Kommandozentren zur schnelleren Truppenverlegung innerhalb Europas“, *Die Welt*, 14.2.2018
- 6 *dpa*, 12.6.2018
- 7 Rede von Präsident Jean-Claude Juncker anlässlich der 54. Münchner Sicherheitskonferenz, 17.2.2018, <http://t1p.de/tds9>
- 8 Verteidigungsministerium: PESCO: Schritt in die richtige Richtung, <https://www.bmvg.de>, 30.05.2018
- 9 *EU Budget for the future*, S. 29 u. European Peacebuilding Liaison Office, <http://t1p.de/szfu>

## Demonstration gegen NATO-Logistik-Kommando in Ulm

Am 21. Juli 2018 demonstrierten 150 Friedensbewegte in Ulm gegen das geplante NATO-Logistik-Kommando. Die Demonstration startete an der Wilhelmsburgkaserne, in der das Kommando später untergebracht werden soll und zog dann in die Innenstadt zum Hans-und-Sophie-Scholl-Platz.

„Das ist das alt bekannte Säbelraseln gegen Russland aus den Zeiten des Kalten Kriegs“, erklärte Rainer Schmid vom Bündnis Friedensbewegt Ulm, das die Demo organisiert hatte. „Aber statt Aufrüstung muss die Politik auf Dialog setzen und das Geld besser in Völkerverständnis investieren.“ Unterstützt wurden die Ulmer von Friedensaktivisten aus Stuttgart, Tübingen, Reutlingen, Geislingen und vom Bodensee. „Es darf in Ulm keine neue Logistik für Krieg geben“, betonte Heike Hänsel, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag. Aufgabe des

NATO-Kommandos „Joint Support Enabling Command“ (JSEC) soll es sein, das Verlegen von Truppen schnell zu organisieren – und zwar in Richtung Osten. „Diese Drehscheibe hat eine ganz neue Dimension, die von einer massiven Aufrüstungspolitik begleitet wird.“

Aktuell habe Deutschland den höchsten Rüstungsetat seiner Geschichte. Dieter Lachenmayer vom Friedensnetz Baden-Württemberg forderte, die Aufrüstung zu stoppen und das Geld stattdessen für bessere Pflege, zur Armutsbekämpfung oder für Geflüchtete einzusetzen.



# Verschärfung der Polizeigesetze

## Militärische und nachrichtendienstliche Technologien gegen Zivilist\*innen

von Alexander Kleiß

Während das neue bereits in Kraft getretene Polizeiaufgabengesetz in Bayern medial sehr hohe Wellen schlug und Zehntausende gegen das Gesetz auf die Straße gingen, bleibt weitgehend unbeachtet, dass zahlreiche weitere Bundesländer ihre Polizeigesetze ebenfalls verschärft haben oder dies in naher Zukunft anstreben. Der folgende Text soll eine Übersicht bieten über geplante und durchgeführte Gesetzesverschärfungen und die Rolle der Forschung, insbesondere der Fraunhofer-Gesellschaft, bei der Implementierung militärischer Dual-Use-Technologien<sup>1</sup> für den Einsatz gegen Zivilist\*innen.

**Mecklenburg-Vorpommern:** Im März 2018 verschärfte Mecklenburg-Vorpommern sein Polizeigesetz. Seitdem sind Fußfesseln und Aufenthaltsanordnungen und -verbote (max. drei Monate) für sogenannte Gefährder\*innen möglich. Zudem darf die Polizei in einem Pilotprojekt bei Einsätzen und in Fahrzeugen Bodycams einsetzen, die dauerhaft am Körper getragen werden.

**Baden-Württemberg:** In Baden-Württemberg wurde das Polizeigesetz bereits im November 2017 verschärft.<sup>2</sup> Dabei wurde u.a. der Einsatz von „Staatstrojanern“ zum Auslesen von laufender Kommunikation, die Ermöglichung des Einsatzes von Handgranaten, Granatwerfern und Sprengstoff, die Einführung von intelligenter Videoüberwachung zum automatisierten Erkennen von Mustern, die auf eine Straftat hindeuten, und Aufenthalts- und Kontaktverbote für sogenannte Gefährder\*innen sowie der Einsatz elektronischer Fußfesseln zur Überwachung dieser Maßnahmen beschlossen.

Bei der Entwicklung von intelligenter Videoüberwachung arbeitet das Land Baden-Württemberg eng mit dem rüstungs- und militärnahen Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) zusammen. Es ist explizit Teil der Strategie des Fraunhofer IOSB,<sup>3</sup> nicht nur zu militärisch relevanten Themenfeldern zu forschen, sondern auch durch vermeintlich zivile Dual-Use-Forschung „wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und zu identifizieren, die wehrtechnisch relevant sind, diese aufzugreifen und auf mögliche militärische Nutzungen zu prüfen.“<sup>4</sup> Gleichzeitig war und ist es umgekehrt explizites Ziel der Dual-Use-Strategie des Fraunhofer IOSB, „'zivile' Märkte für militärische Technologien zu erschließen“.<sup>5</sup> Diese Strategie wurde unter der Federführung des Verteidigungsministeriums bei der Fusion des wehrtechnischen FGAN-Instituts FOM und des sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich forschenden Fraunhofer-Institut für Informations- und Datenverarbeitung (IITB), aus der dann das Fraunhofer IOSB entstand, erarbeitet.<sup>6</sup> Militärische Technologien halten dadurch Einzug in die alltägliche Überwachung. Von der Entwicklung der Technik zur intelligenten Videoüberwachung in Baden-Württemberg profitiert umgekehrt auch das Militär. Vor allem an der Zielerkennung und -erfassung von Drohnen forscht das Fraunhofer IOSB intensiv. Vom baden-württembergischen Modellprojekt profitieren dann wiederum andere Bundesländer, die ähnliche Technologien einsetzen

möchten, z.B. Bayern.

Durch die Legalisierung des Einsatzes von sogenannten Staatstrojanern werden nachrichtendienstliche Methoden in das Repertoire der Polizei aufgenommen. Die Ausforschung von Chats soll nicht durch eine Brechung der Verschlüsselung

der einzelnen Nachrichten erreicht werden, sondern durch sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ). Das heißt, dass die Nachrichten nicht unterwegs abgefangen und entschlüsselt werden, sondern dass sie durch den Einsatz eines „Staatstrojaners“, der den Betroffenen ohne ihr Wissen auf ihr Gerät gespielt wird, bereits auf dem Smartphone oder Computer selbst mitgelesen werden können. Um die Staatstrojaner auf die jeweiligen Geräte zu spielen, werden jedoch unbedingt mittlere bis schwere Sicherheitslücken benötigt. Der Chaos Computer Club schreibt hierzu:

„Für jeden Einsatz von Schadsoftware im Rahmen der Quellen-TKÜ oder Online-Durchsuchung wird [...] ein Angriffspunkt auf diesem System benötigt, der zur Infektion genutzt werden kann. [...] Eine Infektion durch Dritte ist grundsätzlich nur [...] durch Ausnutzung einer Software-Schwachstelle möglich. [...] Um eine fortwährende Ausnutzung der Schwachstelle sicherzustellen, muss diese geheim gehalten werden, da sonst mit ihrer Beseitigung zu rechnen wäre. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Schwachstelle ausnahmslos auf allen betroffenen Geräten weltweit vorhanden sein muss. Damit geht zwingend das Risiko einher, dass die Schwachstelle von anderen interessierten Gruppen, insbesondere von Kriminellen oder anderen staatlichen Akteuren ebenfalls entdeckt und ausgenutzt wird.“<sup>7</sup>

Das Ausnutzen von Software-Schwachstellen ist eine bisher vor allem bei Geheimdiensten und militärischen Cyber-Kommandos vieler Staaten gängige Praxis. Dieses Vorgehen führt keineswegs zu mehr Sicherheit, sondern verhindert vielmehr die Schließung von Sicherheitslücken.

**Rheinland-Pfalz:** Auch in Rheinland-Pfalz wurde das Polizeigesetz bereits im vergangenen Jahr verschärft. Damit ist es jetzt möglich, dass bei Verkehrskontrollen alle Insass\*innen eines Fahrzeugs auf Waffen oder Bomben kontrolliert werden können. Zudem wurde die Möglichkeit einer automatisierten Erfassung von Kfz-Kennzeichen eingeführt, wodurch Bewegungsprofile erstellt werden können und neue Möglichkeiten im Sinne der Rasterfahndung geschaffen werden.

Anbieter für diese Überwachungstechnologie ist z.B. die Firma Messtechnik Mehl aus Hessen, die die das automatische Kennzeichen-Lese-System Signum II anbietet. Das Fundament für diese Innovation seien „Kontakte mit dem Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK)“<sup>8</sup> in Berlin, das ebenfalls an Möglichkeiten zur Überwachung von Kfz-Kennzeichen forscht. Auch das Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau (IRB) forscht bereits seit 1996 zur Erfassung von Kennzeichen. Damals diente die Erstellung eines Parkraumkonzepts der Fraunhofer-Gesellschaft als willkommenes Feigenblatt, um die Forschung in diesem Bereich voranzutreiben.<sup>9</sup>

Nordrhein-Westfalen: Auch Nordrhein-Westfalen plant die Verschärfung seines Polizeigesetzes. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause soll das Gesetz ohne große Diskussion verabschiedet werden. Danach wäre es möglich, Personen

ohne konkreten Verdacht anzuhalten und zu durchsuchen. Zudem soll ähnlich wie in Bayern eine Regelung geschaffen werden, die es ermöglicht, sogenannte Gefährder\*innen bis zu einem Monat (in Bayern: drei Monate) in Unterbindungsgewahrsam zu nehmen. Falls Menschen Angaben zur ihrer Identität verweigern, sollen sie nach richterlichem Beschluss bis zu sieben Tagen in Gewahrsam genommen werden können. Auf richterliche Anordnung sollen zudem künftig Telefongespräche und (auch verschlüsselte) Kommunikationsdaten, z.B. von Messenger-Diensten, abgehört und überwacht werden, wobei die Eingriffsschwelle relativ niedrig gehalten wird. Kern des neuen Polizeigesetzes ist ähnlich wie in Bayern die Einführung des Rechtsbegriffes der „drohenden Gefahr“ anstelle von konkreter, nicht nur vermuteter Gefahr. Durch die „drohende Gefahr“, also die bloße Vermutung einer Gefahr, wird die Polizeitätigkeit vorverlagert in einen Bereich, in dem noch gar keine konkrete Straftat abzusehen ist. Dies kann alltägliches, grundrechtlich geschütztes Handeln in den Bereich des Verdächtigen heben und die Unschuldsvermutung bedrohen. Zudem sollen Gefährder\*innen auch in Nordrhein-Westfalen mit Fußfesseln überwacht werden. Außerdem sollen Distanzlektroimpulsgeräte, sogenannte Elektro-Taser, in den Wafenkatalog der Landespolizei aufgenommen werden – eine enorme Aufrüstung mit schwer absehbaren Folgen.

Am 7.7.2018 – kurz vor der geplanten Verabschiedung des Gesetzes – ist eine Großdemonstration in Düsseldorf geplant.

**Niedersachsen:** Die schwarz-rote Koalition in Niedersachsen hat im Mai 2018 ebenfalls Eckpunkte für ein neues Polizeigesetz vorgestellt. Beim Verdacht auf Anschlagpläne sollen Gefährder\*innen unter Richtervorbehalt bis zu 74 Tage in Gewahrsam genommen werden. Außerdem könnte Gefährder\*innen, wie in den meisten anderen Bundesländern ebenfalls geplant, eine elektronische Fußfessel angelegt werden. Zudem dürfen Wohnungen von Gefährder\*innen überwacht werden. Außerdem ist der Einsatz eines Staatstrojaners geplant, der nicht nur – wie z.B. in Baden-Württemberg – die laufende Kommunikation, sondern auch sämtliche auf den betreffenden Geräten gespeicherte Daten auslesen darf. Auch hierbei ist die Eingriffsschwelle sehr niedrig. Außerdem ist eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum geplant.

**Sachsen:** Die sächsische CDU/SPD-Landesregierung hat Ende April den Entwurf eines neuen Polizeigesetzes vorgestellt. Das Gesetz soll nach der Sommerpause in den Landtag eingebracht werden. Spezialeinheiten der Polizei sollen dann mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet werden. Dies ist besonders pikant angesichts der Tatsache, dass die sächsische Polizei bereits jetzt äußerst militarisiert auftritt, Granatwerfer gegen Demonstrierende einsetzt und über zwei Panzer Survior R von Rheinmetall verfügt, die z.B. auch beim G20-Gipfel im Demonstrationsgeschehen eingesetzt wurden.<sup>10</sup> Auch Gummigeschosse und Schrotgewehre mit Spezialmunition zum Öffnen von Türen setzt die sächsische Polizei bereits zur Aufstandsbekämpfung ein. Die beiden Panzer sollen nun im Zuge des neuen Polizeigesetzes mit Maschinengewehren aufgerüstet werden. Bisher verfügte der Gefechtsturm des Panzers „nur“ über eine Vorrichtung für den Abschuss von Tränengas. Zusätzlich sollen, wie in vielen anderen Bundesländern, sogenannte Gefährder\*innen mit Aufenthalts- und Kontaktverboten und einer Fußfessel belegt werden können, ohne jemals eine Straftat begangen zu haben. Außerdem ist das Abhören

und Unterbrechen von Handyverbindungen geplant.

Besonders eingreifend wäre die folgende Neuerung: Innerhalb eines 30-Kilometer-Korridors entlang der Grenze zu Tschechien und Polen soll es möglich sein, Schwerverbrecher\*innen mittels Gesichtserkennung über stationäre Anlagen zu ermitteln. Die Einrichtung stationärer Systeme zur Kennzeichenerfassung ist ebenfalls Teil des Entwurfs.

An der Forschung zur automatisierten biometrischen Erfassung ist ebenfalls maßgeblich die Fraunhofer-Gesellschaft beteiligt. Neben mehreren anderen Forschungsprojekten stehen in diesem Zusammenhang vor allem drei hervor:

1. Das Projekt GES-3D (Multi-Biometrische Gesichtserkennung), das von 2012-2014 lief, wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Beteiligt waren L1 Identity Solutions, ein Rüstungsunternehmen aus den USA, das auf biometrische Technologien und Grenzüberwachung spezialisiert ist, die auf Gesichtserkennungssoftware spezialisierte Cognitec Systems GmbH aus Dresden, das Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung (IGD), die Hochschule Darmstadt, das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, die Polygon Technology GmbH und von polizeilicher Seite das BKA Wiesbaden. Ziel des Projektes GES-3D war es, ein leicht zu nutzendes multi-biometrisches System für die Identifizierung von Personen aus Foto- bzw. Videodaten durch dreidimensionale Gesichtsbildern zu erarbeiten.

2. Das von 2012-2015 durchgeführte MisPel-Projekt (Multi-Biometrisierte Forensische Personensuche in Lichtbild- und Videomassendaten) stand unter der Leitung von L1 Identity Solutions. Aus der Wissenschaft beteiligten sich das Fraunhofer IOSB, die Universität Passau, die Universität der Künste Berlin und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) an dem Projekt. Auch die Polizei war in Form des Bundespolizeipräsidiums, der Polizei Hamburg und des Regierungspräsidiums Karlsruhe beteiligt. Die Ziele von MisPel waren die Suche nach einer Person in Videomassendaten auf Grundlage eines vorgegebenen Fahndungsfotos, Extraktion eines Gesichts aus Videodaten zwecks Abgleich mit Lichtbilddatenbanken, Vergleich von Personendaten aus unterschiedlichen Videoquellen und die Nutzung sogenannter softbiometrischer Beschreibungen wie Kleidung, Gang etc. für die Personensuche. Auch dieses wurde vom BMBF gefördert.<sup>11</sup>

3. Aktuell läuft noch das Projekt PERFORMANCE (Kooperative Systemplattform für Videoupload, Bewertung, teilautomatisierte Analyse und Archivierung), das im Mai 2016 startete und bis April 2019 abgeschlossen sein soll. Geleitet wird das Projekt vom Fraunhofer IOSB. Es wird mit 2 Millionen Euro vom BMBF bezuschusst. Beteiligt sind erneut das KIT und mehrere Polizeistellen aus Bund und Ländern, u.a. aus Hamburg, zudem die Universität Kassel, die private Hochschule Fresenius für Management, Wirtschaft und Medien GmbH in Berlin, die digivod GmbH in Meerbusch, die Sopra Steria GmbH in Hamburg und die Videmo Intelligente Videoanalyse GmbH & Co. KG in Karlsruhe.<sup>12</sup> Hervor sticht die Einbindung der Sonderkommission „Schwarzer Block“ der Hamburger Polizei, welche für die Strafverfolgung und Repression nach dem G20-Gipfel zuständig ist. Hierbei ist der Antwort des Hamburger Senats auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei zufolge „eine technische Unterstützung der SoKo ‚Schwarzer Block‘ bei der Auswertung ausgewählter Bild- und Videomaterialien hinsichtlich der Ähnlichkeit von Merkmalen beabsichtigt“. Es sei derzeit jedoch nicht vorgesehen, die Fotos mit Datenbanken abzugleichen, so der Hamburger Senat.<sup>13</sup>

**Brandenburg:** Im rot-rot regierten Brandenburg ist noch schwer absehbar, welche Formen das neue Polizeigesetz annehmen könnte, da sich die Koalitionspartner uneinig sind. Im Gespräch sind eine Ausweitung der Videoüberwachung, der Einsatz von Bodycams durch die Polizei und elektronische Fußfesseln für Gefährder\*innen. Umstritten, aber keineswegs ausgeschlossen, ist der Einsatz eines Staatstrojaners für Onlinedurchsuchungen oder die Überwachung laufender Kommunikation. Ähnlich verhält es sich mit dem Wunsch der Polizei, wie in Sachsen Gesichtserkennungssoftware einsetzen zu dürfen.

**Schleswig-Holstein:** Hier verhält es sich ähnlich wie in Brandenburg. Die „Jamaika-Koalition“ hat im Koalitionsvertrag eine Überprüfung des Polizeigesetzes beschlossen. Das Innenministerium wird von der CDU geleitet und wird voraussichtlich sehr repressive, militarisierende Forderungen aufstellen, die dann von den Grünen und der FDP eventuell wiederum etwas entschärft werden. Dass es sich lohnen kann, Druck auf die Fraktionen von Linkspartei und Grünen in Regierungsverantwortung auszuüben, zeigen die letzten beiden Fälle.

**Bremen:** In Bremen war die Einbringung eines neuen Polizeigesetzes, das eine Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung und der Videoüberwachung sowie elektronische Fußfesseln für Gefährder\*innen vorsah, ursprünglich noch vor der parlamentarischen Sommerpause geplant. Die Grünen hatten das Gesetz jedoch nach heftigem Druck zunächst gestoppt, da es (berechtigterweise) grundsätzliche Bedenken gab.

**Hessen:** Das schwarz-grün regierte Hessen plant, das Polizeigesetz zu aktualisieren und die EU-Datenschutzrichtlinie, die viele Bundesländer als Legitimation zur Änderung des Polizeirechts benutzen, einzuarbeiten – jedoch ohne die polizeilichen Befugnisse zu erweitern. Allerdings soll dem hessischen Verfassungsschutz der Einsatz eines Trojaners gestattet werden.

## Fazit

Im Großteil der Bundesländer ist somit momentan ein Prozess im Gange, im Zuge dessen individuelle Freiheitsrechte abgebaut werden, die Polizei enorm militarisiert wird und nachrichtendienstliche Methoden für die Polizei legalisiert werden. Dieser Prozess ist Ausdruck einer autoritären Formierung der Gesellschaft und des Staates, der plötzlich alle als potenzielle Feinde im Inneren betrachtet. Der Staat ist auch bereit, gegen diese inneren Feinde Methoden anzuwenden, die bisher nur gegen „äußere“ Feinde angewandt wurden.

Inhaltlich begründet werden die neuen Polizeigesetze mit der Abwehr terroristischer Bedrohungen. Doch Polizei und Staat haben schon mehrmals bewiesen, dass sie bereit sind, Anti-Terror-Methoden auch gegen politische Gegner\*innen einzusetzen; man denke an den SEK-Einsatz beim G20-Gipfel in Hamburg oder die Repression gegen die kurdische Solidaritätsbewegung, die bereits seit Jahren ohne jegliche Differenzierung wie ein Sammelbecken von Terrorist\*innen behandelt wird.

Udenkbar wäre die autoritären Formierung in dieser Intensität ohne die größtenteils staatlich geförderte Forschung, welche Überwachungsmethoden, die vor wenigen Jahren noch schwer vorstellbar waren, langsam zur Realität werden lässt.

Eine bedeutende Rolle nimmt hierbei neben der Fraunhofer-Gesellschaft und dem KIT zukünftig vermutlich auch das gerade entstehende „Cyber Valley“ im Raum Tübingen/Stuttgart ein.<sup>14</sup> Die zugrundeliegende Kooperation wurde am 16. Dezember 2016 von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft feierlich begründet: Neben den Universitäten Stuttgart und Tübingen beteiligen sich die (z.T. Rüstungs-)Unternehmen Bosch, Daimler, Porsche, BMW, ZF Friedrichshafen und Facebook, später ist noch Amazon hinzugekommen. Auch die SCHUFA ist Teil des Projekts. Ziel ist es, „die Forschungsaktivitäten von internationalen Key-Playern aus Wissenschaft und Industrie auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz“ zu bündeln: „Erklärtes Ziel von Cyber Valley ist es, die Ergebnisse der Grundlagenforschung rasch zur Anwendung zu bringen“.<sup>15</sup>

Ausgangspunkt der Gesetzesverschärfungen war die Verschärfung des BKA-Gesetzes im Sommer 2017, in der bereits zahlreiche vergleichbare Maßnahmen vorgesehen waren. Dieses sollte dann als Muster für die Landespolizeigesetze dienen. Manche Länder, z.B. Bayern, schießen jedoch noch über die im neuen BKA-Gesetz verankerten Maßnahmen hinaus. Dass nun – ginge es nach dem Heimat- und Innenminister Seehofer – ausgerechnet das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) wiederum als Muster für andere Bundesländer dienen soll, illustriert eindrücklich, wie momentan eine autoritäre Spirale in Gang gesetzt wird. Im Zuge dieses Prozesses werden permanent zunehmend autoritäre Gesetze verabschiedet, die dann wiederum als Muster für andere Bundesländer dienen sollen.

## Anmerkungen

- 1 Dual Use: Technologien, für die eine zivile und militärische Nutzung infrage kommt.
- 2 Weiterführende Informationen: [IMI-Analyse 2017/47](#). Alexander Kleiß: Neues Polizeigesetz in Baden-Württemberg.
- 3 Für ausführlichere Informationen zum Fraunhofer IOSB: vgl. [IMI-Studie 2017/2](#). Christoph Marischka: Fraunhofer IOSB: Dual Use als Strategie.
- 4 Wissenschaftsrat: [Stellungnahme zur Neustrukturierung der Forschungsgemeinschaft für Angewandte Naturwissenschaften e.V. \(FGAN\)](#). 2007.
- 5 [IMI-Studie 2017/2](#). Christoph Marischka: Fraunhofer IOSB: Dual Use als Strategie.
- 6 Ebd.
- 7 Chaos Computer Club: [Risiken für die innere Sicherheit beim Einsatz von Schadsoftware in der Strafverfolgung](#). 31.5.2017.
- 8 [Homepage der Messtechnik Mehl GmbH](#).
- 9 [Homepage des Fraunhofer IRB: Parkraumkonzept Köln-Nippes](#).
- 10 vgl. [IMI-Analyse 2018/04](#). Martin Kirsch: Polizeiaufrüstung nach sächsischer Art?
- 11 Kleine Anfrage: Gesichtsscanner in Fußballstadien und Datenabgleich mit der Verbunddatei „Gewalttäter Sport“. Bundestagsdrucksache 17/9003.
- 12 Thomas-Gabriel Rüdiger, Petra Saskia Bayerl: [Digitale Polizeiarbeit: Herausforderungen und Chancen](#); [Bundesministerium für Bildung und Forschung: Projektumriss PERFORMANCE](#).
- 13 Kleine Anfrage: G20 – SoKo „Schwarzer Block“ setzt Gesichtserkennungssoftware ein. Bürgerschaft der freien und Hansestadt Hamburg. Drucksache 21/10573.
- 14 Vgl. [IMI-Analyse 2018/06](#). Christoph Marischka: Rüstung ohne Schwermetall.
- 15 Fraunhofer IOSB: [Öffentliche Sicherheit – intelligente Videoauswertung, visIT 3/2017](#).

# Fragwürdige EU-Waffenexportpolitik Das Beispiel Ägypten

von Jascha Rittmann

Fragwürdige EU-Waffenexportpolitik: Das Beispiel Ägypten  
Seit 2008 gibt es einen eigentlich rechtlich bindenden Gemeinsamen Standpunkt in der EU, welcher Mindeststandards für die Genehmigung von Waffenexporten setzt. Dies beinhaltet auch einen jährlichen Bericht vonseiten der Mitgliedsstaaten („COARM-Bericht“), in dem sie angeben, wie viele Rüstungsexportgenehmigungen sie erteilt haben, welchen Umfang diese Genehmigungen hatten, wohin sie exportierten und wie viele Genehmigungen verweigert wurden. Der diesjährige Bericht erschien am 14. Februar 2018 und bezieht sich auf die Exportzahlen des Jahres 2016. Der Gemeinsame Standpunkt hat jedoch gewisse Schwächen, welche von den Mitgliedsstaaten gnadenlos ausgenutzt werden, um Rüstungsexporte für die Waffenindustrie zu genehmigen. Diese Schwächen ermöglichen es den EU-Mitgliedsstaaten, sich nicht an die festgelegten Standards zu halten und Waffen in Länder zu verbringen, in die Rüstungsexporte laut dem Gemeinsamen Standpunkt nicht erlaubt sein sollten. Außerdem ist die Berichterstattungspraxis nicht einheitlich und lässt daher wenig Schlussfolgerungen auf tatsächliche Entwicklungen der Rüstungsexportpraxis in der EU zu. Nach einem Überblick über die europäische Rüstungsindustrie und die wichtigsten Elemente der EU-Rüstungsexportregeln sollen deren Schwächen beispielhaft am Falle Ägyptens dargestellt werden.

## Keine Exporte – Keine Rüstungsindustrie

Die Existenz einer schlagkräftigen und unabhängigen Rüstungsindustrie, die alle „nötigen“ Waffensysteme ohne Abhängigkeit von anderen Staaten bereitstellen kann, wird als wesentliche Bedingung für den Aufstieg in die Riege ernst zu nehmender Großmächte dargestellt. Aus diesem Grund steht dieses Interesse auch bei den Entscheidungsträger\*innen der Europäischen Union weit oben auf der Prioritätenliste, wenn es etwa in der EU-Globalstrategie vom Juni 2016 heißt: „Die Mitgliedstaaten [benötigen] bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren und die Sicherheit Europas aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung stehen muss. [...] Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).“<sup>1</sup>

Allerdings ist die heimische Auftragslage schlicht zu klein, um das Überleben einer Rüstungsbranche zu garantieren, die tatsächlich alle für wesentlich erachteten Komponenten herstellen kann. So stellte etwa eine von der EU-Industriekommissarin Elżbieta Bieńkowska einberufene „Group of Personalities“ (GoP) im Februar 2016 fest: „Die Steigerung der Exporte trägt wesentlich dazu bei, die kritische Masse europäischer Rüstungsunternehmen zu erhalten. [...] Ohne Exporte würden

viele EU-Unternehmen aktuell aufgrund der tiefen Einschnitte in die nationalen Rüstungsausgaben ums Überleben kämpfen.“<sup>2</sup> Besagte Gruppe, die sich zu großen Teilen aus Vertretern der Rüstungslobby zusammensetzte, präsentierte dann auch gleich Vorschläge, wie der

Rüstungsindustrie „besser“ unter die Arme gegriffen werden könnte, damit sie ihre Waffen künftig „erfolgreicher“ im Ausland absetzen kann. Im Kern wurde damals die Forderung erhoben, einen EU-Rüstungsforschungshaushalt im Umfang von 500 Mio. Euro jährlich aufzusetzen, um so die „Wettbewerbsfähigkeit“ und damit einhergehend auch die Exportfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie zu „verbessern“. Im Mai 2018 präsentierte die EU-Kommission ihren Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027. Dort wurde dieser Vorschlag tatsächlich aufgegriffen und - ergänzt um einen „Entwicklungstopf“ - um ein Vielfaches multipliziert: Demzufolge wären in einem „Europäischen Verteidigungsfonds“ bis zu 48,6 Mrd. Euro für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern vorgesehen.<sup>3</sup>

Neben solchen aktiven Maßnahmen zur Exportförderung, um eine schlagkräftige Rüstungsindustrie zu erhalten, gibt es auch noch passive Optionen, die unter anderem darin bestehen, den Unternehmen in ihren Ausfuhrbemühungen so wenig Steine wie möglich in den Weg zu legen. Es gibt also durchaus auch eine machtpolitische Logik, die Rüstungsexportrichtlinien so löchrig wie möglich zu gestalten – und genau dies ist bei der Europäischen Union der Fall.

## EU-Rüstungsexportrichtlinien: Der Gemeinsame Standpunkt 2008/944/GASP

Ein Gemeinsamer Standpunkt ist Teil der verschiedenen Instrumente in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union und wird in der Regel einstimmig von den EU-Außenminister\*innen beschlossen. Er stellt ein verbindliches Konzept dar, weswegen nationalstaatliches Handeln damit im Einklang zu stehen hat.

Im Falle der Rüstungsexportkontrolle hat man sich für einen Gemeinsamen Standpunkt entschieden. Die offizielle Bezeichnung lautet: „Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“. Er beinhaltet acht relativ spezifische Kriterien, welche sogenannte Mindeststandards für die Genehmigung von Rüstungsexporten darstellen.

Die festgelegten acht Kriterien sind:

- (1) Einhaltung internationaler Verpflichtungen, wie EU- oder UN-Sanktionen und Waffenembargos
- (2) Achtung der Menschenrechte durch das Endbestimmungsland
- (3) Innere Lage im Endbestimmungsland
- (4) Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region
- (5) Nationale Sicherheit der Mitgliedsstaaten und befreundeter Staaten
- (6) Verhalten des Käuferlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft
- (7) Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder Wiederausfuhr

(8) Vereinbarkeit der Ausfuhr mit der Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes.<sup>4</sup>

Die Kriterien haben verschiedene Konsequenzen: Bei einer Verletzung der Kriterien eins bis vier vonseiten des Käuferlandes haben die Mitgliedsstaaten eine Genehmigung von Waffenexporten zu verweigern<sup>5</sup>. Die Kriterien fünf bis acht müssen lediglich beachtet werden, sind an sich aber kein zwingender Grund, um einen Export zu verwehren. Basis für die Bewertung von Rüstungsexportgütern ist die Gemeinsame Liste der Militärgüter<sup>6</sup>, die wiederum in 22 einzelne Militärgüterkategorien unterteilt ist und in regelmäßigen Abständen aktualisiert wird.

Hier wird eine der größten Schwächen des Gemeinsamen Standpunkts sehr deutlich: Es werden zwar für alle Ausfuhrgenehmigungen Einzelfallprüfungen vorgeschrieben, jedoch führt nur die Hälfte der Kriterien zwingend zu einer Verweigerung der Exportlizenz. Eine Kontrolle der Rechtmäßigkeit der erteilten Genehmigungen und der Art und Weise, wie diese zustande kamen, findet zumindest auf EU-Ebene nicht statt. Das liegt auch daran, dass die Entscheidungshoheit hierüber in den Händen der Nationalstaaten liegt. Die Staaten liefern der EU zwar Daten, welche diese wiederum in einer Arbeitsgruppe zum oben erwähnten jährlichen COARM-Bericht zusammenfügt. Aber da jedes Land seine eigene Art der Berichterstattung hat und beispielsweise Länder wie Deutschland oder Großbritannien keine Angaben zum Wert der realen Exporte machen, hat dieser nur eine begrenzte Aussagekraft. Darüber hinaus weist der Bericht zum Beispiel im Falle Deutschlands nur Einzelgenehmigungen aus. Da aber auch Sammelgenehmigungen eine wichtige Rolle spielen, sind die Gesamtvolumina für Deutschland in jedem Fall zu niedrig angesetzt.<sup>7</sup> Frankreich hingegen hat 2014 seine Genehmigungs- und Berichterstattungspraxis umgestellt und Genehmigungen in utopischer Höhe erteilt. Dies verfälscht die Aussagekraft des COARM-Berichts deutlich.

Man kann dennoch teils generelle Trends ablesen und nachvollziehen, wie viele Rüstungsexportgenehmigungen vergeben wurden und welchen Umfang diese Genehmigungen hatten. Dies erfordert mittlerweile jedoch eine sehr genaue Prüfung und stellt sich als extrem schwierig dar.

Ein weiterer Schwachpunkt ist, dass man diese mangelhafte Berichterstattung zwar kritisieren und anhand des Berichts auch feststellen kann, dass Exportgenehmigungen für Länder erfolgten, bei denen man allgemein sagen würde, dass die Lage dort kritisch ist und Waffenexporte dorthin nicht ratsam sind, bzw. dass Exporte in diese Länder nach den Kriterien 1 - 4 des Gemeinsamen Standpunkts eigentlich verboten sein sollten. Aber selbst wenn man einen klaren Verstoß eines Mitgliedsstaats feststellt, so fehlt doch ein Sanktionsmechanismus, der das jeweilige Land zu einem Umdenken anregen würde. Dies wurde vom Europäischen Parlament zwar schon angeprangert<sup>8</sup>, jedoch hat sich bis jetzt nichts daran geändert und der Gemeinsame Standpunkt setzt zwar Mindeststandards, kommt aber als zahloser Tiger daher und kann diese nicht durchsetzen.

## Waffenexporte der EU

Generell muss man festhalten, dass sich die Zahlen für die Genehmigungen von Rüstungsexporten in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben.<sup>9</sup> Das Gesamtvolumen der erteilten Genehmigungen war von 2007 bis 2013 mit Werten zwischen 40,3 Mrd. Euro (2009) und 31,7 Mrd. Euro (2010) relativ konstant. Ab 2014 ist aber ein rasanter Anstieg zu verzeichnen.

Der Rekordwert wurde dabei im Jahr 2015 erreicht mit einem genehmigten Gesamtexportvolumen von 196 Milliarden Euro - wovon 151,6 Milliarden Euro aufgrund der oben genannten Genehmigungspraxis Frankreich zuzurechnen sind.<sup>10</sup> Im Vergleich dazu ist die Anzahl der erteilten Exportlizenzen relativ konstant gewesen und schwankte zwischen 42.000 (2016) und 65.000 (2010).

Um die Zahlen wenigstens ansatzweise vergleichen zu können, muss Frankreich daher aus diesem Bereich herausgenommen werden. Der Trend, in den Jahren 2015 und 2016 deutlich mehr Waffenexporte zu genehmigen, zeigt sich aber auch ohne die verzerrende Berichterstattung Frankreichs. Das Rekordjahr ist demzufolge 2016, in welchem das genehmigte Exportvolumen von 49,1 Mrd. Euro fast doppelt so hoch liegt wie noch 2014, als die Genehmigungen einen Wert von 25,1 Mrd. Euro hatten.

Das European Network Against Arms Trade schlägt vor, dass man für eine bessere Vergleichbarkeit die realen Exportwerte zu Rate zieht. Dies hat aber einen gewaltigen Nachteil. Unter anderem stellen Belgien, Deutschland, Irland und das Vereinigte Königreich diese Zahlen nämlich nicht zur Verfügung. Deutschland und das Vereinigte Königreich sind jedoch nach Frankreich die beiden größten Waffenexporteure in der EU.

So gut die Absichten auch sein mögen, einen gemeinsamen Rüstungsexportbericht für die Europäische Union zu verfassen, so mangelhaft ist doch die Durchführung. Ein einheitlicher Berichterstattungsmechanismus wäre vonnöten, um diese Zahlen auch konstruktiv nutzen zu können.

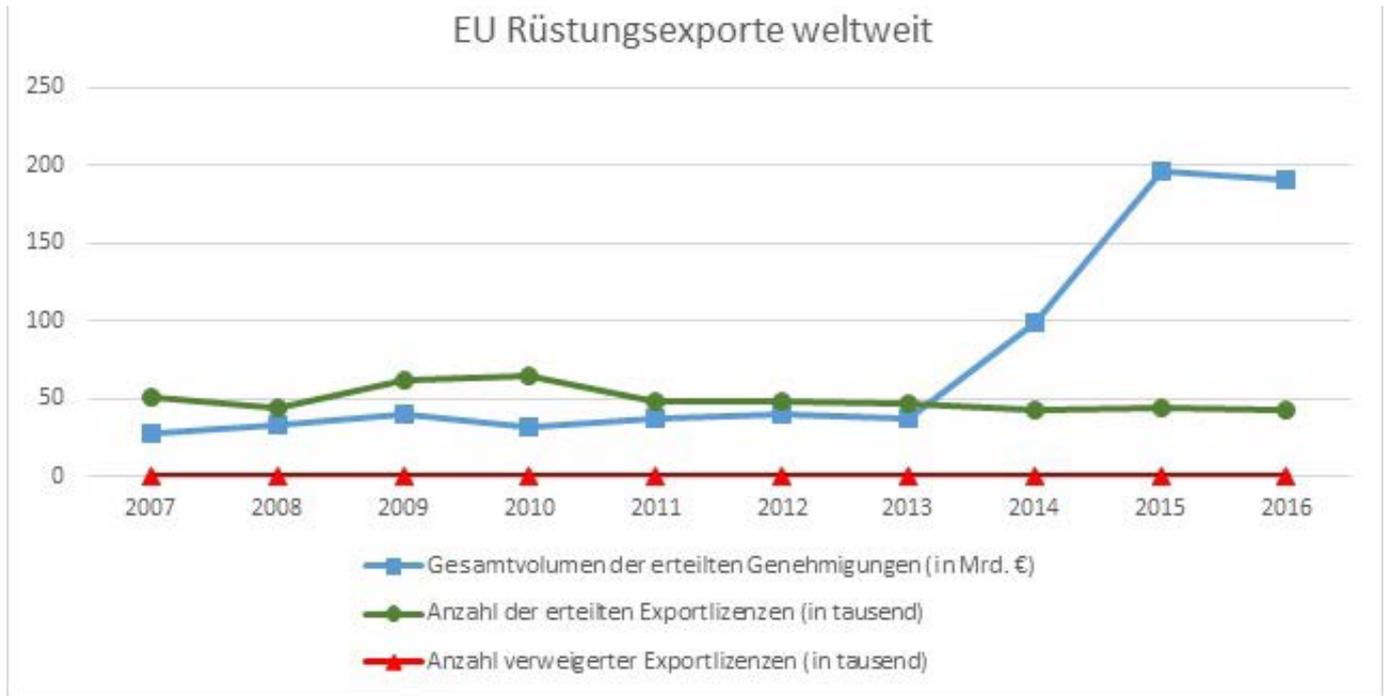
Die Anzahl der erteilten Exportlizenzen wird indes von allen Mitgliedstaaten dokumentiert und der Gemeinsame Standpunkt sieht für jede erteilte Lizenz eine Einzelfallprüfung vor. Schaut man sich aber alleine die Zahl der genehmigten Lizenzen in Deutschland an, so stellt man fest, dass 2016 insgesamt 12.780 Lizenzen genehmigt wurden. Das entspricht bei 366 Tagen im Jahr 2016 35 genehmigten Lizenzen am Tag!

Dass die relativ strengen Kriterien im Gemeinsamen Standpunkt nicht wirklich ernst genommen werden, zeigt sich an der Tatsache, dass Deutschland im gleichen Zeitraum nur 103 der insgesamt 12.883 Exportlizenzanträge verweigert hat. Man stellt sich daher die Frage, wie so eine Einzelfallprüfung denn aussieht und wie genau sie abläuft.<sup>11</sup> Im ganzen EU-Raum steht den genehmigten Lizenzen im oben genannten Bereich eine vergleichsweise geringe Anzahl an verweigerten Genehmigungsanträgen gegenüber, die zwischen 300 und 433 schwankt. Nimmt man alle Lizenzanträge von 2007 bis 2016 zusammen, so wurden insgesamt nur 0,74% der Anträge abgelehnt.

## EU-Rüstungsexportkontrolle: Das Beispiel Ägypten

Um sehr deutlich zu zeigen, dass die Rüstungsexportkontrolle krasse Schwächen hat, sollen nun die Exporte an das Land Ägypten genauer untersucht werden.

Ägypten ist spätestens seit den öffentlichen Protesten gegen die Regierung und dem folgenden Rücktritt Mubaraks 2011 alles andere als politisch stabil. Nach heftigen Konflikten in der Zeit danach, einer Wahl inklusive anschließender Amtsenthaltung des Präsidenten Morsi und einer Interims-Militärregierung wurde Abdelfattah al-Sisi 2014 schließlich zum Präsidenten gewählt und ist seitdem auch konstant im Amt. Im März 2018 erfolgte seine Wiederwahl mit 92% der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung war allerdings sehr niedrig, die Umstände der Wahl wurden von internationaler Seite kriti-



Quelle: Eigene Grafik auf Basis von COARM-Daten

siert und deren Rechtmäßigkeit in Frage gestellt.<sup>12</sup> Unter al-Sisis autoritärer Herrschaft sind Repressionen und Menschenrechtsverletzungen gegen oppositionelle Kräfte keine Seltenheit. Sie werden beschrieben als teilweise „schlimmer als unter Mubarak.“<sup>13</sup> Viele junge Aktivist\*innen, welche 2011 noch gegen Mubarak auf die Straße gingen, sind mittlerweile im Gefängnis. Laut einer Studie von Abdel Ghafar versucht das Regime die Kontrolle über die öffentliche Meinung zu erlangen, indem sie die Pressefreiheit einschränkt und Nichtregierungsorganisationen an ihrer Arbeit gehindert werden.<sup>14</sup> Neben Zensur, dem Blockieren von Websites und der falschen Anschuldigung illegaler Aktivitäten gegenüber der Presse werden Journalisten auch in Gefängnissen festgehalten. Laut Human Rights Watch kommt es ebenfalls zu spurlosem Verschwinden und zur Folter von Personen, welchen man unterstellt der Muslimbruderschaft - der einzigen wirklichen politischen Oppositionspartei von al-Sisi – nahezustehen.<sup>15</sup>

Das Bonn International Center for Conversion (BICC) erstellt eine Liste aller Länder und prüft diese auf die Einhaltung der acht Kriterien, wie sie im Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP festgehalten sind. Deren Untersuchungen zufolge muss man leider feststellen, dass die Lage in Ägypten bei sechs der acht definierten Kriterien als kritisch zu betrachten ist<sup>16</sup>. Lediglich Kriterium acht ist als „möglicherweise kritisch“ eingestuft, für Kriterium sieben gibt es keine Daten.

Da die Kriterien eins bis vier, wie oben bereits erwähnt, zwingend zur Verweigerung des Lizenzantrags führen müssten und definitiv als hochproblematisch zu betrachten sind, könnte man denken, dass Rüstungsexporte nach Ägypten nicht genehmigt werden sollten.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Während die EU-Exportgenehmigungen in den Jahren 2007 bis 2013 zwischen 174 und 490 Mio. Euro schwankten, so ist seit 2014 ein krasser Anstieg zu erkennen. Genehmigungen im Wert von 6,1 Mrd. Euro im Jahre 2014 bedeuten im Vergleich mit dem vorherigen Rekordjahr 2013 eine Steigerung um mehr als das Zwölfwache!

Hier wurde allerdings noch nicht die Reißleine gezogen, die Exportgenehmigungen zogen im Umfang sogar noch deutlich weiter an und verdreifachten sich von 2014 auf 2015 noch einmal um bei 19,5 Mrd. ihren vorläufigen Höhepunkt zu errei-

chen. Der Umfang ging 2016 zwar zurück, liegt mit 14,7 Mrd. Euro aber immer noch mehr als doppelt so hoch wie in 2014 und stellt nach 2015 trotzdem den zweithöchsten Wert seit Einführung des Gemeinsamen Standpunkts dar.

Jedoch zeigt sich auch hier wieder die Schwäche der Berichterstattung. Von den erteilten Exportgenehmigungen nach Ägypten ist Frankreich mit 19,09 Mrd. Euro (2015), bzw. 14,09 Mrd. Euro (2016) Hauptverantwortlicher für den krassen Anstieg. Nimmt man die französischen Genehmigungen jedoch aus der Auflistung, so zeigt sich von 2015 auf 2016 trotzdem ein Anstieg des Wertes der erteilten Exportgenehmigungen um 68,1%. In Zahlen: der Wert stieg von 389 Mio. Euro auf 654 Mio. Euro an.

Da Frankreich als größter Waffenexporteur der EU jedoch nicht außer Acht gelassen werden kann, lohnt sich ein Blick auf den Wert der tatsächlichen Exporte Frankreichs nach Ägypten. 2014 exportierte Frankreich noch Rüstungsgüter im Wert von 103 Millionen Euro nach Ägypten. 2015 stieg der Wert um das Zwölfwache auf 1,24 Mrd. Euro an und kletterte 2016 weiter auf 1,33 Mrd. Euro. Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) stellt fest, dass im Zeitraum 2012 bis 2017 25% aller französischen Rüstungsexporte an Ägypten gingen und Frankreich umgekehrt mit einem Anteil von 37% Hauptlieferant ägyptischer Waffenimporte ist.<sup>17</sup>

Ungeachtet der insgesamt schwierigen Datenlage lässt sich jedoch genau feststellen und kritisieren, dass trotz der oben dargestellten schwierigen Menschenrechtssituation in Ägypten und der Analyse des BICC, das Schwierigkeiten in sechs der acht Kriterien feststellte, 2016 97,4% (!) aller gestellten Exportlizenzanträge bewilligt wurden.

### Waffen der Kategorie ML11 a) - elektronische Überwachungssysteme

Um ganz konkret zu zeigen, welchen Effekt die exportierten Rüstungsgüter auf die Menschenrechtssituation in Ägypten haben, soll als Beispiel der Export von Waffen in der Kategorie ML11 a) dienen. Kategorie ML11 beinhaltet „Elektronische Ausrüstung“ im groben Sinne. Interessant ist hier vor allem ML11 a) Anmerkung c), denn sie beinhaltet „elektronische Systeme

oder Ausrüstung, konstruiert entweder für die Überwachung und Beobachtung des elektromagnetischen Spektrums für Zwecke des militärischen Nachrichtenwesens bzw. der militärischen Sicherheit oder um derartigen Überwachungs- und Beobachtungsmaßnahmen entgegenzuwirken.“<sup>18</sup>

Abdel Ghafar berichtet in seiner Studie, dass die 2011 stattgefundenen Proteste stark durch „Online-Aktivismus und -Organisation“ geprägt waren. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie im Januar 2018 wurden jedoch schon 424 Internetseiten unter der al-Sisi Präsidentschaft geblockt.<sup>19</sup> Die Regierung verspricht sich durch Investitionen in elektronische Ausrüstung zur Überwachung des elektromagnetischen Spektrums wohl eine bessere Kontrolle der öffentlichen Meinung und die Überwachung bzw. Identifizierung von Aktivist\*innen. Wie oben beschrieben, kann es im Falle der Identifizierung einer der Opposition zuzurechnenden Person zu einer Festnahme, einem plötzlichen Verschwinden und der Folterung der jeweiligen Personen kommen.

Kriterium zwei des Gemeinsamen Standpunkts ist in dieser Hinsicht sehr konkret und besagt, dass eine Ausfuhr zu verweigern ist, wenn „die Militärtechnologie oder die Militärgüter, die zur Ausfuhr bestimmt sind, zur internen Repression genutzt werden könnten“. Wichtig ist, dass in diesem rechtskräftigen Dokument das Wort „können“ steht und damit schon der Verdacht eine sehr genaue Prüfung und schlussendlich eine Exportverweigerung nach sich ziehen sollte.

Trotz dieser klaren Ausgangslage muss man leider feststellen, dass im Jahr 2016 alle (!) 54 Exportanträge in der Kategorie ML11 genehmigt wurden und mit einem Umfang von 5 Milliarden Euro mehr als ein Drittel des gesamten genehmigten Exportvolumens an Ägypten ausmachten.

Auch hier muss man wieder die französische Genehmigungspraxis hinterfragen. Sie verzerrt den Wert der genehmigten Lizenzen erneut. Trotzdem ist diese Kategorie ML11 von enormer Bedeutung bezüglich der „blutigen Repression“ in Ägypten. Rüstungsgüter dieser Kategorie helfen der Regierung eine „Orwell’sche Überwachungs- und Kontrollarchitektur“ aufzubauen und Frankreich ist als Hauptlieferant dieser Technologie an die ägyptische Regierung mitverantwortlich dafür, wie eine Studie mehrerer Menschenrechtsorganisationen zeigt.<sup>20</sup>

## Rüstungsexportkontrolle in der EU? Fehlanzeige!

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beweisen hiermit, dass sie ihre selbstgegebenen Regeln nicht ansatzweise ernst nehmen. Die Idee einer Union, welche Frieden weltweit propagiert, wird hier aufs deutlichste konterkariert.

Der Gemeinsame Standpunkt stellt zwar ein rechtskräftiges Dokument dar. Die Praxiserfahrung zeigt jedoch, dass dieses Dokument ohne einen verbindlichen Prüf- und Sanktionsmechanismus nichts bewirkt. Um eine Rolle als internationales Vorbild in Sachen Frieden für sich beanspruchen zu können und die moralische Integrität der Europäischen Union nicht komplett zu verspielen, müssen die Staaten diese Exportpraxis schnellstens ändern.

Außerdem muss die generelle Tendenz hin zu mehr Rüstungsexporten in Drittländer hinterfragt werden. Um eine Rüstungsexportkontrolle zu etablieren, die diesen Namen auch verdient hat, muss dringend etwas an den bisher geltenden Richtlinien geändert werden. Hierbei ist es wichtig, die angesprochenen Schwächen wie den fehlenden Sanktionsmechanismus, die nicht einheitliche Berichterstattung, die kaum vorhandene

Transparenz und die mangelhafte Vergleichbarkeit der Daten im COARM-Bericht zu adressieren. Vorschläge, wie diese Schwächen angegangen werden können, gibt es zur Genüge.<sup>21</sup> Nun liegt es an den politischen Akteuren, diese auch umzusetzen. Angesichts der oben beschriebenen machtpolitischen Interessenskonstellation ist allerdings zu befürchten, dass sie weiter untätig bleiben werden.

## Anmerkungen

- 1 „Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa“. [Rat der Europäischen Union](#), Juni 2016. (S.39f.)
- 2 “Report of the Group of Personalities on the Preparatory Action for CSDP-related Research”. Europäische Union - Institut für Sicherheitsstudien ([EUISS](#)), Februar 2016. (S.44f.)
- 3 Lösung, Sabine & Wagner, Jürgen: „Machtpolitisches (Rüstungs-) Budget. Der EU-Haushaltsentwurf 2021 - 2027“. [AUSDRUCK](#), Juni 2018.
- 4 Die Kriterien sind im [Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP](#) deutlich präziser definiert.
- 5 Eine Besonderheit ist hier zu erwähnen: Kriterium 2 b) ermahnt nur zu besonderer „Vorsicht und Wachsamkeit“ bei der Feststellung von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Empfängerland und schreibt eine „Einzelfallprüfung unter Berücksichtigung der Art der Militärtechnologie oder der Militärgüter“ vor.
- 6 Die [Gemeinsame Militärgüterliste der Europäischen Union](#) definiert die einzelnen Kategorien detailliert. Die offiziellen abgekürzten Bezeichnungen dieser Kategorien sind ML1 - ML22.
- 7 „Rüstungsexportbericht 2016“. [GKKE](#), Dezember 2016. (S.31)
- 8 Siehe unter anderem Erwägungsgrund H und Paragraph 34 im letzten [Bericht zur Überprüfung des Gemeinsamen Standpunkts](#) vom 18.07.2017.
- 9 Alle hier verwendeten Zahlen sind den „Jahresberichten gemäß Artikel 8 Absatz 2 des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP“ entnommen. Berücksichtigt wurden Zahlen seit dem 10. Jahresbericht über das Kalenderjahr 2007.
- 10 Siehe Notiz beim [European Network Against Arms Trade \(ENAAAT\)](#).
- 11 Grund zur weiteren Besorgnis gibt ein Bericht, in welchem von Korruptionsverdacht bei Heckler&Koch gesprochen wird. Anscheinend wurden insgesamt 20.000 Euro an verschiedene Stellen überwiesen, um eine Exportgenehmigung für Waffen nach Mexiko zu erwirken. [Zeit](#), 22.05.2018.
- 12 „Al-Sisi als Präsident von Ägypten bestätigt“. [Tagesspiegel](#), 29.03.2018. Nach ursprünglich nur 37% Wahlbeteiligung wurde ein dritter Wahltag angesetzt, welcher dazu beitrug, dass die Wahlbeteiligungsquote schlussendlich bei 47,5% lag.
- 13 „Worse than Mubarak“. [The Economist](#), 02.05.2015.
- 14 Abdel Ghafar, Adel: “A stable Egypt for a stable region: Socio-economic challenges and prospects”. [European Union](#), Januar 2018. (S.20f.)
- 15 “We do unreasonable things here”. [Human Rights Watch](#), 05.09.2017.
- 16 “Arms Export Evaluation Profile for Egypt”. [ruestungsexport.info](#). Letzter Aufruf: Juli 2018.
- 17 “SIPRI Fact Sheet - Trends in International Arms Transfers”. [SIPRI](#). März 2018. (S.2, S.6)
- 18 [Gemeinsame Militärgüterliste der Europäischen Union](#) (S.22)
- 19 Abdel Ghafar, Adel: “A stable Egypt for a stable region: Socio-economic challenges and prospects”. [European Union](#), Januar 2018. (S.21)
- 20 “Egypt: a repression made in France”. [Fédération internationale des droits de l’Homme \(FIDH\)](#). 02.07.2018.
- 21 Siehe beispielsweise die Vorschläge im Workshop „The implementation of the EU arms export control system“, [European Union](#), Mai 2017.

# Meseberger Erklärung

## Deutsch-französische EU-Militarisierungsambitionen

von Jürgen Wagner

Es ist wohl kaum übertrieben, die Ergebnisse des letzten deutsch-französischen Ministerrates am 13. Juli 2017 als „Meilenstein“ für den Ausbau des EU-Militärapparates einzustufen. Vor allem der Beschluss zum Bau mehrerer gemeinsamer Rüstungsprojekte und die Einigung auf die wichtigsten Kriterien für eine Aktivierung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (engl. PESCO) sind hier zu nennen. Ganz so spektakulär fielen die Ergebnisse des jüngsten Gipfeltreffens am 19. Juni 2018 nicht aus, dennoch enthält die abschließende „Meseberger Erklärung“ einige wichtige Passagen, die die EU-Außen- und Militärpolitik betreffen.

### Außenpolitik: Kein Konsens!

Auf Grundlage der Einigung beim deutsch-französischen Gipfeltreffen im Juli 2017 konnte mit der Aktivierung von PESCO Ende letzten Jahres das Konsensprinzip im EU-Militärbereich partiell ausgehebelt werden. Nun steht selbiges für den außenpolitischen Bereich auf der Agenda, da die Einführung von Mehrheitsentscheidungen zu massiven Einflussgewinnen der bevölkerungsreichsten EU-Staaten – und damit natürlich zuvorderst Deutschlands und Frankreichs – auf Kosten der kleinen und mittleren Mitgliedsländer führt. Etwas freundlicher formuliert eine Analyse der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) den Nutzen von Mehrheitsentscheidungen folgendermaßen: „Die qualifizierte Mehrheit im Rat mit ihren Anforderungen (55% der Mitgliedstaaten, die 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren) verleiht den großen Mitgliedstaaten erhebliches Gewicht. [...] Die Mehrheitsverfahren funktionieren dann am besten, wenn sie genutzt werden, um Mitgliedstaaten zu Kompromissen zu bewegen, die sie im Fall eines einzelstaatlichen Vetorechts abgelehnt hätten.“

In den letzten Monaten hat sich ein EU-Schwergewicht nach dem anderen hinter diese Forderung gestellt, angefangen von Wolfgang Ischinger, dem Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, über den EU-Granden Jean Asselborn bis hin zu Außenminister Heiko Maas und EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker (siehe [IMI-Aktuell](#) 2018/305). Nicht allzu überraschend will deshalb auch die „Meseberger Erklärung“ „Möglichkeiten der Nutzung von Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik prüfen.“

### Rüstungsprojekte

Aktuell befinden sich vor allem drei deutsch-französische Rüstungsprojekte in unterschiedlich frühen Realisierungsstadien. Sie sollen als künftige europaweite Referenzsysteme auch von allen anderen Mitgliedsländern erworben werden, ohne aber, dass diesen Mitspracherechte auf deren Ausgestaltung eingeräumt würden. Hiervon verspricht man sich deutlich höhere Stückzahlen und damit günstigere Stückpreise, so zumindest die Vorstellung in Paris und Berlin.

Am weitesten fortgeschritten ist der geplante Bau einer Eurodrohne (an dem auch noch Italien und Spanien beteiligt sind), für den bereits im September 2016 eine zweijährige Definitionsstudie in Auftrag gegeben wurde. Bei der diesjährigen „Internationalen Luftausstellung“ (ILA)

Ende April 2018 wurde der Öffentlichkeit erstmals ein 1:1 Modell der Drohne präsentiert: „Ein sichtbarer Beweis für den aktuellen Fortschritt im Projekt“, freut sich diesbezüglich etwa ein [Fact Sheet](#) der Bundeswehr.

Darüber hinaus verständigten sich Deutschland und Frankreich bereits beim letzten Treffen des Ministerrats im Juli 2017 auf den Bau eines gemeinsamen Kampfflugzeugs (FCAS) und eines Kampfpanzers (MGCS). Auch für das Kampfflugzeug wurden auf der ILA wichtige Weichen gestellt, indem dort ein Memorandum unterzeichnet wurde, in dem die grundsätzlichen militärischen Anforderungen an das neue Kampfsystem festgelegt wurden (siehe [IMI-Analyse](#) 2018/10). Ganz ähnlich geschah dies kurz darauf mit dem Kampfpanzer, für den die deutsch-französische Holding KNDS – bestehend aus Nexter und Krauss-Maffei Wegmann – bei der Eurosatory Anfang Juni 2018 einen Demonstrator präsentierte. Laut [Defensenews](#) wird damit gerechnet, dass sich Deutschland und Frankreich Anfang 2019 endgültig auf die Anforderungen an einen künftigen Kampfpanzer verständigen. Insofern überrascht es wenig, wenn die „Meseberger Erklärung“ erklärt, es gelte „die gemeinsamen Bemühungen um die Entwicklung militärischer Fähigkeiten weiterzuführen, insbesondere im Hinblick auf das Main Ground Combat System (MGCS) und das Future Combat Aerial System (FCAS).“

Unklar ist aktuell, ob beide Systeme im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ entwickelt und ob sie aus dem künftigen „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) finanziert werden sollen. [Spiegel Online](#) berichtete diesbezüglich Mitte Juni 2018, zwar würde eine lange Liste mit Kandidaten für eine EVF-Finanzierung kursieren, geeinigt hätten sich die Mitgliedsstaaten bislang aber lediglich auf die Finanzierung der Entwicklung der Eurodrohne. In diesem Zusammenhang ist davon auszugehen, dass Deutschland und Frankreich massiv darauf drängen werden, ihre beiden Prestigeprojekte über den EVF querfinanzieren zu lassen, um ihnen so eine Art „Starthilfe“ zu geben.

### Macrons Interventionsinitiative

Generell ist Paris – vorsichtig formuliert – nicht ganz glücklich mit der aktuellen Ausrichtung von PESCO, in der der militärische Kapazitätsaufbau im Vordergrund steht. Aus französischer Sicht kommt dabei die „operative Dimension“ – also Militäreinsätze – deutlich zu kurz und auch mit der Tatsache, dass PESCO mit 25 Staaten alles andere als ein exklusiver Klub der „Fähigsten“ und „Willigsten“ geworden ist, entspricht den deutschen und nicht den französischen Präferenzen.

Vor diesem Hintergrund schlug der französische Präsident Emmanuel Macron eine „Europäische Interventionsinitiative“ (E2I) vor, deren genaue Beweggründe in einer [Analyse](#) von Christian Mölling (DGAP) und Claudia Major (SWP) folgendermaßen zusammengefasst wurden: „Aus französischer Sicht haben sich die EU-Strukturen bislang als wenig hilfreich für schnelle Interventionen erwiesen. [...] Die seit 2016 lancier-



Das Gästehaus Schloss Meseberg der Bundesregierung, wo das deutsch-französische Treffen stattfand. Quelle: EU

ten EU-Verteidigungsinitiativen kommen nur langsam voran und decken vor allem die operative Dimension nicht ab. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (engl. PESCO) konzentriert sich auf militärische Fähigkeiten, die Koordinierte Jährliche Verteidigungsanalyse (engl. CARD) auf die Verteidigungsplanung und der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) auf die Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. [...] Tatsächlich zeigt die EI2 Charakteristika, die Frankreich auch schon für PESCO angestrebt hatte. In den Verhandlungen Ende 2017 hatte Paris ein exklusives PESCO-Format gefordert, das operative Elemente umfasst und ambitionierte Einsatzszenarien abdeckt. [...] Bezüglich der Einsatzszenarien betont Frankreich, dass die Operation in Mali für die EI2 Modell gestanden hat. Es geht also um zeitlich begrenzte, aber militärisch intensive Antiterror-Interventionen in Europas südlicher Nachbarschaft, genau genommen: Afrika.“

Aus französischer Sicht soll die Interventionsinitiative maximale Flexibilität mit größtmöglicher militärischer Schlagkraft kombinieren. Aus diesem Grund soll die E2I außerhalb formaler EU-Strukturen angesiedelt und die neun in Sachen Auslandseinsätze „erfahrensten“ Länder Europas ins Boot geholt werden – und dazu gehören mit Großbritannien und Dänemark auch zwei Staaten, die nicht Teil von PESCO sind. Unter anderem aus diesem Grund wurde der Vorschlag in Deutschland zunächst lauwarm aufgenommen, da Berlin die Initiative gern im PESCO-Rahmen gesehen hätte.

Um zu einem Kompromiss zu gelangen, scheint auch Frankreich seine E2I-Vorstellungen (etwas) angepasst zu haben: „Paris hat seine Erwartungen letztlich etwas zurückgeschraubt. Ging es anfangs noch um eine Interventionstruppe, liegt der Fokus nun zunächst auf Koordination. Frankreich erwartet Unterstützung – das muss aber nicht heißen, dass Partner von Anfang an in einen kurzfristig von Paris entschiedenen Kampfeinsatz gehen.“ (ebd.) Dies dürfte schlussendlich den Weg geebnet haben, dass es in der „Meseberger Erklärung“ schließlich heißt, die „Europäische Interventionsinitiative“ solle „so eng wie möglich mit der SSZ verknüpft“ werden. Damit war der Weg frei, das Vorhaben außerhalb von PESCO anzusiedeln, was dann in Form einer Absichtserklärung der von Frankreich eingeladenen Länder am 25. Juni 2018 auch geschah. Die Absichtserklärung bestätigte, dass die E2I zwar außerhalb von PESCO angesiedelt, aber eng mit ihr abgestimmt werden soll. Weiter sollen tatsächlich keine stehenden

Truppen aufgestellt, sondern auf vorhandene Kräfte zurückgegriffen werden. Diese sollen dann aber sowohl im Rahmen der NATO, der UN als auch der EU eingesetzt werden können. Im Vordergrund stehe allerdings tatsächlich die Herausbildung einer „strategischen Kultur“: „Die Initiative wird sich auf eine verbesserte Zusammenarbeit in vier großen Bereichen fokussieren: (i) strategische Vorausplanung und Austausch von Geheimdienstinformationen; (ii) Entwicklung und Planung von Szenarien; (iii) Unterstützung für Operationen; und (iv) Schlussfolgerungen und Doktrinentwicklung.“

## EU-Sicherheitsrat?

Eine letzte wichtige Frage, die von der „Meseberger Erklärung“ aufgeworfen wird, ist die, was sich hinter der Forderung nach einer „Debatte über neue Formate, zum Beispiel einen EU Sicherheitsrat“ verbirgt. Der Vorschlag war von Kanzlerin Angela Merkel Anfang Juni 2018 auch als Ergänzung und eigener Beitrag angesichts der französischen E2I-Pläne formuliert worden. Zur Struktur und Funktionsweise zitierte die FAZ die Kanzlerin mit den Worten: „Die Mitgliedschaft würde rotieren, der EU-Sicherheitsrat könnte schneller agieren, würde sich eng mit der Hohen EU-Beauftragten für die Außenpolitik abstimmen sowie mit unseren europäischen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat.“

Allerdings bleibt hier doch vieles im Unklaren: Soll es zum Beispiel ständige Mitglieder mit Vetorecht geben? Eigentlich ist es undenkbar, dass Deutschland oder Frankreich hierauf verzichten werden. Ebenso schwer vorstellbar ist aber, dass sich die anderen Länder hierauf einlassen werden. Offen ist außerdem, ob der Rat über Militäreinsätze entscheiden darf – und wenn ja, wie es dann aussieht, wenn ein Land, das aktuell nicht im EU-Sicherheitsrat sitzt, einem solchen Einsatz ablehnend gegenübersteht.

Die Liste offener Fragen ließe sich nahezu beliebig fortsetzen, was vor allem damit zusammenhängt, dass der deutsche Vorschlag doch reichlich unausgegoren daherkommt. Mit der „Meseberger Erklärung“ haben sich Deutschland und Frankreich nun aber darauf verständigt, die Frage künftig mit den anderen EU-Mitgliedern weiter diskutieren zu wollen, aller Wahrscheinlichkeit nach dann beim anstehenden EU-Gipfel Ende Juni 2018.

# Operation „Roundup“

## Der IS steht vor der Niederlage, aber niemand redet darüber

von Bernhard Klaus

*Der folgende Text schildert die Situation Anfang Juli 2018 und wurde daher am Ende mit einem kurzen Update zur Lage Ende Juli ergänzt.*

Am 1. Mai 2018 begann von der europäischen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt die Operation „Roundup“ der US-geführten internationalen Koalition gegen den sog. Islamischen Staat (IS) in Syrien. „Roundup“ bedeutet soviel wie „zusammentreiben“ und „ausheben“, wird jedoch auch als „Razzia“ übersetzt. Das erklärte Ziel der Mission besteht darin, die „Überreste des Islamischen Staates im Nordosten Syriens zu vernichten“.<sup>1</sup> Bereits Ende 2017 war aus dem US-Verteidigungsministerium mitgeteilt worden, dass der IS 98% des Territoriums verloren hätte, das er ursprünglich kontrollierte. Auf dem Höhepunkt seiner Macht lebten sieben bis zehn Millionen Menschen in den Gebieten des Kalifats, das Ölfelder und Raffinerien, ganze Produktions- und Logistikketten kontrollierte und damit, sowie durch Plünderungen, in den Jahren 2014 und 2015 jeweils fast zwei Mrd. US\$ Einnahmen erwirtschaften konnte. Während der IS vor Beginn der internationalen Intervention gegen das Kalifat täglich in den Medien war, wird seiner Bekämpfung spätestens seit der Rückeroberung Mossuls und der Vernichtung des IS im Irak recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Bemerkenswert selten wird die Frage gestellt, wann der IS wohl restlos besiegt sein wird und wie die USA und andere internationale Akteure, darunter Deutschland, ihre weitere Präsenz in der Region begründen werden. Selbst wenn in Syrien etwas Ruhe einkehren sollte, ist davon auszugehen, dass der Stellvertreterkonflikt zwischen der US-geführten Koalition und dem Iran weiter anhalten wird. Der im Kampf gegen den IS aufgebaute deutsche Luftwaffenstützpunkt in Jordanien jedenfalls scheint auf Dauer ausgelegt zu sein und hat mittlerweile auch die Führung der deutschen Truppen im Irak übernommen, deren Auftrag jenseits aller öffentlichen Aufmerksamkeit gegenwärtig neu definiert wird.

### Die internationale Intervention gegen den IS

Im September 2014 griffen die USA und ihre Verbündeten mit Luftschlägen gegen den IS ein und unterstützten v.a. kurdische Kräfte mit Ausbildung, Waffen und Spezialkräften. Die US-geführte Koalition gegen den IS wuchs zumindest auf dem Papier auf 74 Staaten an und soll bis März 2018 über 13.000 Luftangriffe im Irak und über 14.500 Luftangriffe in Syrien durchgeführt haben. Alleine in den drei Monaten zwischen November 2015 und Januar 2016 sollen über 6.400 IS-Mitglieder getötet worden sein, im Dezember 2016 gab der britische Verteidigungsminister Michael Fallon an, die Mission habe mehr als 25.000 IS-Kämpfern das Leben gekostet. Während sich die beteiligten Staaten ansonsten mit akkumulierten Zahlen zurückhalten, gaben sie bei einzelnen Angriffen regelrechte Erfolgsmeldungen aus, wonach eine bestimmte zwei- bis dreistellige Zahl von IS-Kämpfern oder auch führende Ideologen oder Propagandisten des IS getötet worden seien.

Eine klare Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten war bei diesen Luftschlägen und in der begleitenden Debatte nie erkennbar. Airwars jedoch schätzt die Zahl der von der Koalition bis Mai 2018 getöteten Zivilisten auf sechs bis zehn Tausend.<sup>2</sup>

Nach Beginn der US-geführten Intervention 2014 fanden in Europa, den USA, Nordafrika und weiteren an der Anti-IS-Koalition beteiligten Staaten terroristische Anschläge statt, die dem IS zugeordnet wurden. Ab Ende 2015 gelangen dem IS mehrere komplexe Anschläge in Frankreich und Belgien und ab 2017 auch in Großbritannien. Mittlerweile hat die Zahl dieser Anschläge deutlich abgenommen und gehen diese vorwiegend von Einzeltätern aus, die sich als IS-Sympathisanten bekannt haben oder zu solchen erklärt wurden.<sup>3</sup>

Im Januar 2015 beherrschte der IS weite Teile Nordsyriens und das gesamte Euphrat-Tal bis nach Falludscha im Irak. Im Irak kontrollierte er darüber hinaus ein großes Gebiet um Mossul, das im Süden bis 150km vor Bagdad und im Westen bis tief nach Syrien hineinreichte. Neben diesen zusammenhängenden Territorien beherrschte der IS ein großes Gebiet östlich von Homs zwischenzeitlich bis Palmyra sowie mehrere kleine Enklaven südlich und westlich von Damaskus. Heute hat er noch zwei größere Gebiete und einen entscheidenden Abschnitt des Euphrats im Westen Syriens und zwei kleine Gebiete im Süden des Landes unter seiner Kontrolle. Die irakische Regierung hatte den Kampf gegen den IS bereits im Dezember 2017 für beendet erklärt.

Die Gebiete im Norden Syriens, die vormals unter Kontrolle des IS standen, werden heute weitgehend von den kurdisch dominierten Syrian Democratic Forces (SDF) gemeinsam mit den USA kontrolliert, ein weiterer Teil ist von der Türkei besetzt. Die Gebiete bei Damaskus und östlich von Homs, die sich zwischenzeitlich bis nach Aleppo erstreckten, wurden von der syrischen Armee und ihren Verbündeten zurückerobert, zuletzt im Mai 2018 das Flüchtlingslager Yarmouk, das im April 2015 vom IS besetzt worden war. Aktuell greifen syrische Truppen eine IS-Enklave in der Provinz As-Suwayda an, nach deren absehbarer Eroberung dem IS im Süden nur noch eine kleine Enklave an der Grenze zu den von Israel besetzten Golan-Höhen bleiben wird, die von Gebieten umschlossen ist, die unter Kontrolle von Rebellen stehen.

### Aufteilung Syriens im Zuge der Bekämpfung des IS

Da absehbar war, dass die führenden Kräfte der Anti-IS-Allianz - die Türkei und die USA - die vom IS befreiten Gebiete nicht an das syrische Regime übergeben würden, entwickelte sich die Bekämpfung des IS zu einer Art Wettlauf um Geländegewinne. Die Türkei etwa, die zuvor gut mit dem IS jenseits seiner Grenze nach Syrien leben konnte und diesem auch Rückzugsraum bot und Geschäfte mit ihm machte,<sup>4</sup> begann im Oktober 2016 ihre Operation Euphrates Shield, bei der sie mit lokalen Verbündeten in das zuvor vom IS beherrschte Gebiet in Syrien eindrang. Zuvor hatten die USA in den von kurdischen Kräften vom IS eroberten Gebieten Stützpunkte errichtet und ihre Unterstützung für die kurdisch dominierten Syrian Democratic Forces (SDF) ausgebaut.<sup>5</sup> Die Türkei wollte mit Euphrates Shield ein zusammenhängendes, kurdisch dominiertes

Gebiet jenseits ihrer Grenze verhindern. Vor und in den vom IS eroberten Gebieten kam es mehrfach zu Gefechten zwischen dem türkischem Militär und dessen Verbündeten und den SDF, die zugleich von den USA unterstützt wurden.

Nach der Eroberung Aleppos im Dezember 2016 drangen auch syrische Kräfte von dort in die vom IS besetzten Gebiete nahe der türkischen Grenze vor. Um Al Bab und die Verbindungsstraße zwischen Aleppo und Manbidsch entfalteten sich Anfang 2017 heftige und komplexe Gefechte: Die türkischen Kräfte stießen unterstützt von US-amerikanischer Luftwaffe von Norden und Westen auf die Stadt vor, die syrische Armee mit ihren iranischen Verbündeten und russischer Luftunterstützung kamen aus dem Süden. Auch die SDF versuchten wiederholt, einen Korridor zu den kurdischen Gebieten im Westen oder zumindest zu den vom syrischen Regime kontrollierten Gebieten offen zu halten und wurden dabei von der Türkei angegriffen. Nachdem der IS seine Positionen im Norden verloren hatte, zog er sich in die Wüstengebiete östlich von Homs zurück und wurde dort anschließend in harten und zähen Gefechten von der syrischen Armee zurückgeschlagen. Bereits in dieser Zeit erfolgten (zwischen dem 18. Mai und dem 20. Juni 2017) mehrere US-amerikanische Luftschläge, die ein Vordringen der syrischen Armee auf die gemeinsame Grenze mit dem Irak und Jordanien verhindern sollten.<sup>6</sup> Seit der IS nördlich der Grenze zu Jordanien weitgehend besiegt ist, kontrolliert das syrische Regime wieder ein großes zusammenhängendes Gebiet mit den wichtigsten Städten, das etwa zwei Drittel des syrischen Territoriums umfasst. Neben den Gebieten im Norden Syriens, die von den USA, den SDF und der Türkei kontrolliert werden, wird die Provinz Idlib weiterhin von der Türkei nahestehenden Rebellen kontrolliert und das Gebiet nördlich der Golan-Höhen von Rebellen, die von Israel zumindest geduldet werden. Ein weiteres Gebiet, das sich nicht unter der Kontrolle des Regimes befindet, liegt dort, wo sich die Grenzen von Jordanien, dem Irak und Syrien treffen. Formal steht es unter Kontrolle von Rebellen, auch hier haben allerdings die USA einen Stützpunkt errichtet und mehrfach mit Waffengewalt klargestellt, dass sie eine Rückeroberung durch die syrische Armee nicht tolerieren werden. In der Wüste nördlich von diesem Stützpunkt hält der IS eine weitere Enklave und trägt damit letztlich zu dem bei, was immer wieder als wichtigstes strategisches Ziel der USA und Israels in Syrien genannt wird: einen zusammenhängenden „Korridor“ vom Iran über den Irak und Syrien nach Libanon zu verhindern. Eine weitere, kleine aber entscheidende Enklave des IS befindet sich im Euphrat-Tal an der Grenze zum Irak.

### **Tolerierung des IS und Angriffe gegen die syrische Armee**

Diese Enklave erstreckt sich etwa 30km entlang des Euphrats von der irakischen Grenze Richtung Deir ez-Zor. Die Gebiete nördlich des kleinen IS-Gebietes werden von den SDF, die südlich angrenzenden Gebiete von den syrischen Streitkräften kontrolliert. Es ist offensichtlich, dass der IS hier bislang zumindest von den USA und damit den SDF toleriert wird, denn seine Präsenz im Euphrat-Tal an der Grenze zum Irak wird vonseiten der USA einer Kontrolle durch das syrische Regime klar vorgezogen. Anstatt – womöglich sogar gemeinsam mit der syrischen Armee – gegen den IS vorzugehen, kommt es westlich der IS-Enklave immer wieder zu Gefechten zwischen den SDF bzw. US-Kräften und der syrischen Armee. Ein großer Teil der relativ seltenen direkten Angriffe der US-

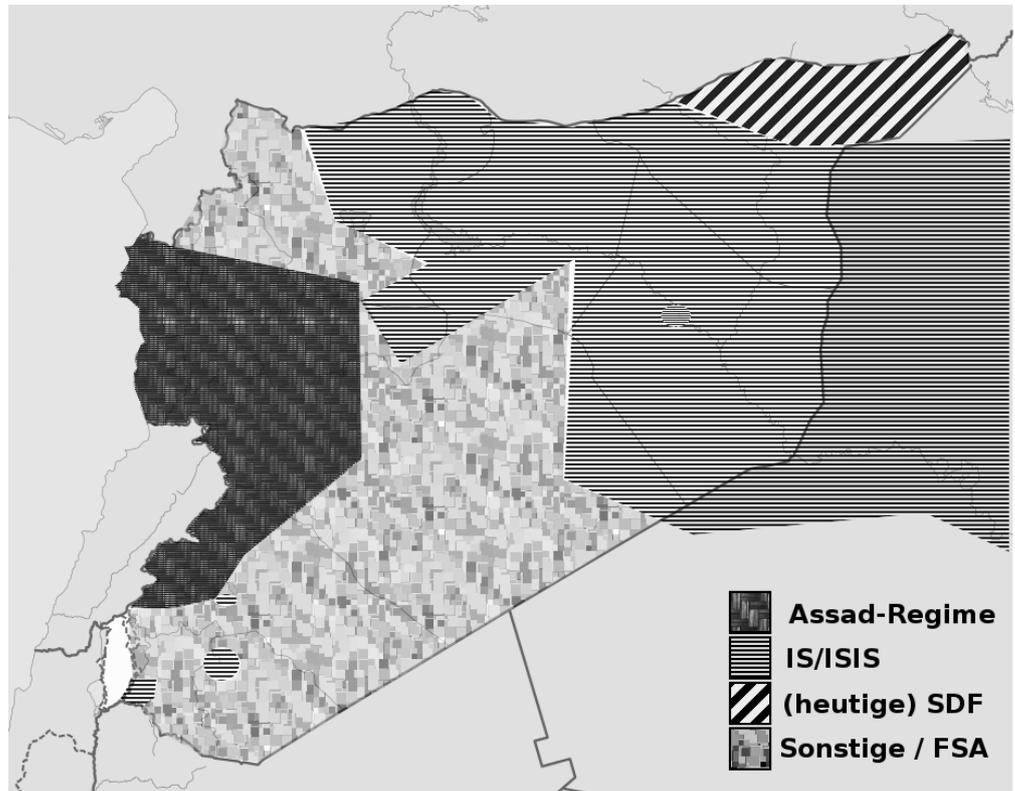
geführten Koalition gegen die syrische Armee und ihre Verbündeten erfolgte hier.

Ein erstes und entscheidendes solches Ereignis fand bereits im September 2016 statt. Damals beherrschte der IS weite Teile im Zentrum und im Osten Syriens, in dem die syrische Armee nur noch Teile der Stadt Deir ez-Zor und den dazugehörigen Flughafen kontrollierte. Immer wieder stießen die IS-Kräfte auf die syrischen Armeestellungen insbesondere in der Umgebung des Flughafens vor, über den die syrische Armee versorgt wurde. Am Nachmittag des 17. Septembers 2016 begannen Luftangriffe auf Stellungen der syrischen Armee, an denen neben den US-Kampfflugzeugen auch britische Reaper-Drohnen und dänische F-16 beteiligt waren. Die Luftschläge hielten eine knappe Stunde an und kosteten je nach Quelle zwischen 62 und 106 syrischen Soldaten das Leben, etwa hundert weitere wurden verletzt. In der Folge wäre es dem IS beinahe gelungen, den Flughafen einzunehmen und damit vermutlich die damals letzte verbleibende Präsenz der syrischen Armee im östlichen Zentrum des Landes zu beenden. Die heutige Machtteilung in Syrien hätte dann sicherlich anders ausgesehen.

Der Vorfall im September 2016 belastete die Beziehungen zwischen den USA, ihren Verbündeten und Russland schwer. Von der Führung der US-geführten Koalition gegen den IS wurde behauptet, man habe den IS treffen wollen und es folgte eine öffentliche Entschuldigung für den Angriff auf syrische Soldaten.<sup>7</sup> Ein Fehler bei der Identifikation der Ziele ist durchaus denkbar, denn die syrische Armee hatte kurz zuvor Positionen des IS erobert. Größere Luftschläge gegen die syrische Armee wiederholten sich jedoch v.a. seit 2018 mehrmals in der Provinz Deir ez-Zor. Die am Euphrat gelegene Provinzhauptstadt blieb bis September 2017 eine Enklave der syrischen Armee, die jedoch im Verlauf des Jahres 2017 von Homs über Palmyra weite Teile des geographischen Zentrums vom IS zurückerobert konnte. Am 25. August 2017, als ein Durchbruch der Belagerung Deir ez-Zors durch die syrische Armee absehbar war, erklärten die SDF, dass sie eine Offensive gegen den IS in und um die Stadt beginnen und dabei nicht mit der syrischen Armee kooperieren würden. Zu jenem Zeitpunkt waren die SDF und die USA noch mit der Bekämpfung des IS in Rakka beschäftigt, während etwas südlich davon im Euphrat-Tal syrische Kräfte gegen den IS kämpften. Anschließend drangen die SDF, unterstützt von der US-geführten Koalition, nördlich des Euphrats nach Deir ez-Zor vor, während die syrische Armee von Westen aus vorrückte und die Belagerung der Stadt durch den IS am 7. September 2017 durchbrechen konnte. Die SDF erreichten Deir ez-Zor wenig später unterstützt von US-Spezialkräften und wurden dabei wiederholt von russischen Luftangriffen aufgehalten und geschwächt. In der Zwischenzeit war es der syrischen Armee gelungen, auch einige Stadtteile nördlich des Euphrats einzunehmen, während es den SDF gelang, ein Gasfeld und die wichtigsten Anlagen der Ölförderung unter seine Kontrolle zu bringen.

Diese Konstellation – dass die SDF die Gas- und Ölanlagen und die syrische Armee lediglich im Stadtgebiet Deir ez-Zors kleine Gebiete nördlich des Euphrats kontrollieren – hält im Grunde genommen bis heute an. Die USA haben mehrfach klargestellt, dass sie weitere Geländegewinne der syrischen Armee nördlich des Euphrats, wo viele Öl- und Gasfelder liegen, nicht dulden werden. Am 7. und 8. Februar 2018 gab es nach US-Darstellung einen Vorstoß regimenaher Kräfte auf ein Hauptquartier der SDF, in dem US-Spezialkräfte anwesend waren. Daraufhin wurden diese von Kampfflugzeugen, Bombern, Hubschraubern und Artillerie der US-Streitkräfte

beschossen, wobei zwischen 50 und 100 prosyrische Kräfte, darunter 10-20 Angehörige einer privaten russischen Militärfirma, getötet worden sein sollen. Andere Quellen sprechen von mehreren hundert Opfern. Die Gefechte fanden im unmittelbaren Umfeld des Al Tabiyeh-Gasfeldes statt, das – anders als der 3km südlich gelegene Ort Al Tabiyeh – damals und bis heute unter Kontrolle der SDF bzw. der USA steht und von der US-Firma Conoco betrieben wird. In den folgenden Tagen kam es zu weiteren Gefechten zwischen der SDF und regimetreuen Kräften in den nördlich des Euphrats gelegenen Stadtteilen, am 10. Februar zerstörte eine Reaper-Drohne der USA einen Panzer der syrischen Armee südlich des Gasfeldes. Zu weiteren Luftangriffen der US-geführten Koalition auf syrische Kräfte zwischen Euphrat und dem Gasfeld kam es um den 3. und 22. März.



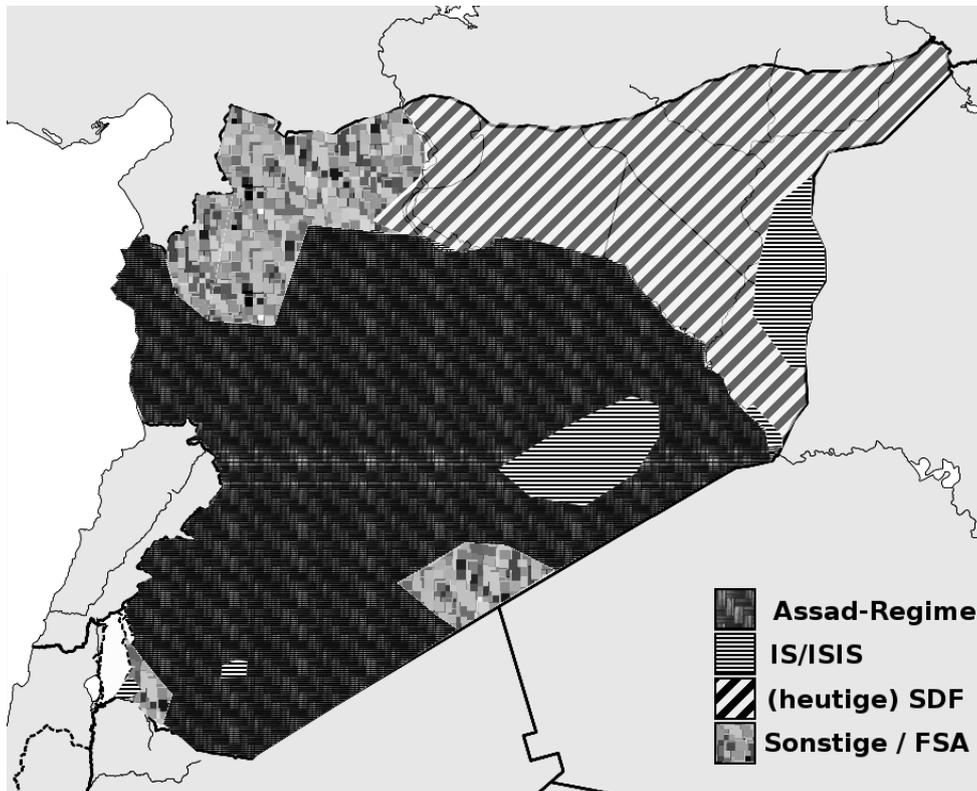
Sehr grobe Darstellung der Territorien unter Kontrolle verschiedener Akteursgruppen im Mai 2015. Quelle: IMI

### Die aktuelle Operation „Roundup“

Die seit Mai 2018 laufende Operation „Roundup“ richtet sich aktuell primär auf eine andere Enklave nördlich des Euphrats, die nach Osten von der Grenze zum Irak und ansonsten von Gebieten unter Kontrolle der SDF umschlossen wird. Das US-Verteidigungsministerium veröffentlicht regelmäßig recht ausführliche Berichte über Umfang und Intensität der Operation. Demnach seien alleine im Mai 225 Luftschläge gegen den IS ausgeführt worden, wobei ein Luftschlag auch aus mehreren Angriffswellen bestehen kann. Alleine am 1. Juni seien bei neun Angriffen ein Tunnel, drei Kommandoposten und sechs vom IS gehaltene Gebäude angegriffen worden. Am 2. Juni wurden demnach bei acht Angriffen eine taktische Einheit angegriffen und zwei Gefechtspositionen, zwei Kommandoposten und fünfzehn vom IS gehaltene Gebäude zerstört. Am 3. Juni erfolgten 28 Luftschläge, bei denen u.a. ein „logistischer Knotenpunkt des IS“ und eine nicht näher genannte „Verbindungslinie“, ein weiterer Kommandoposten und elf Gefechtsstellungen des IS zerstört worden seien. Vergleichbare Zusammenfassungen liefert das US-Verteidigungsministerium für jeden einzelnen Tag der Offensive. Für den Berichtszeitraum vom 1.-10. Juni 2018 ergeben sich daraus insgesamt 141 Luftschläge, bei denen neben IS-Einheiten, Waffen und Fahrzeugen insgesamt 25 Gebäude („IS-held buildings“), 25 Gefechtspositionen („ISIS fighting positions“), zehn Versorgungswege („ISIS supply route“), acht Kommandoposten („ISIS command-and-control centers“), sechs logistische Knotenpunkte („ISIS logistics hub“), zwei Verbindungslinien („ISIS communication line“) und ein Lager („ISIS supply cache“) angegriffen bzw. zerstört wurden.<sup>8</sup> Auch wenn diese Berichte spürbar mit einer gehörigen Portion Propaganda bzw. „strategischer Kommunikation“ garniert sind – regelmäßig wird etwa die sinkende Moral der IS-Kämpfer, die Flucht von

IS-Führungsfiguren und die Kapitulation einzelner Einheiten betont – so ist kaum anzunehmen, dass die massiven Luftschläge nicht auch Zivilist\*innen und zivile Infrastruktur treffen, die, würden die gleichen Luftschläge von Russland oder der syrischen Armee durchgeführt, sicher im Mittelpunkt der hiesigen Berichterstattung stehen würden.

Nachdem die Operation „Roundup“ zunächst v.a. in diesen Luftschlägen bestand, gab das Pentagon am 3. Juni den Beginn der Bodenoffensive bekannt, die wesentlich von den SDF getragen und von irakischen Truppen unterstützt werde. Zumindest auch französische Artillerie ist beteiligt, berichtet wird auch von französischen und italienischen Spezialkräften an der Seite der SDF. Die Luftangriffe konzentrierten sich einerseits auf die Enklave nördlich des Euphrat-Tals, in die die SDF vom Nordwesten aus vorstoßen und wo sie am 5. Juni beträchtliche Geländegewinne mit der Eroberung Dashishas bekanntgaben. Ein anderer Schwerpunkt der Luftangriffe ist bereits jetzt auch der kleine, vom IS besetzte Teil des Euphrat-Tales. Es wird spekuliert, dass das Ziel der Operation „Roundup“ darin besteht, die verbliebenen IS-Kämpfer in dieses Tal zu drängen, von dem aus sie versuchen könnten, in den Irak zu fliehen. Im Verlauf des Juni sind mehrfach SDF-Kräfte, unterstützt von irakischen Einheiten, nördlich des Euphrats an der Grenze zum Irak in dieses Gebiet vorgedrungen. Als sich südlich des Euphrats dem syrischen Regime nahestehende irakische Milizen versammelten, erfolgten am 18. Juni verheerende Luftschläge, über die auch die Tagesschau (online) berichtete: „Vieles deutet darauf hin, dass die USA den Angriff geführt haben... Bei einem Luftangriff im Osten Syriens sind nach Angaben von Aktivisten mindestens 52 regierungstreue Kämpfer ums Leben gekommen... Ein Sprecher der US-geführten Koalition, Sean Ryan, sagte, sie habe keine Luftangriffe in der Gegend ausgeführt... Die Koalition hat schon mehrfach regierungstreue Kräfte angegriffen. Diese bekämpfen in der Region ebenfalls IS-Extremisten.“<sup>9</sup> Mittlerweile wird Israel häufig als möglicher Urheber der Angriffe genannt.



Sehr grobe Darstellung der Territorien unter Kontrolle verschiedener Akteursgruppen im Mai 2018. Quelle: IMI

Vieles deutet darauf hin, dass der IS bald aus seiner Enklave nördlich des Euphrat-Tals vertrieben sein wird. Die sich ergebenden bzw. gefangenen mutmaßlichen IS-Kämpfer werden den SDF übergeben. Dabei handele es sich um „eine große Zahl“ bzw. „mehrere hundert“, die bereits jetzt in Gefangenenlager der SDF interniert seien<sup>10</sup> und um die sich die US-geführte Koalition nicht weiter kümmern muss. Ob die SDF nach den massiven Luftangriffen als Befreier wahrgenommen werden, kann bezweifelt werden. V.a. für die kurdischen Kräfte innerhalb der SDF dürfte sich ihre Position tendenziell schwächen, weil sich das Gebiet unter der Kontrolle der SDF damit noch weiter über das kurdische Siedlungsgebiet hinaus ausdehnt. Im Zuge der Operation lässt sich in den offiziellen Mitteilungen der SDF außerdem bereits ein anderer Zungenschlag vernehmen: Bereits mit Ankündigung der Bodenoffensive der SDF im Rahmen der Operation „Roundup“ am 3. Juni 2018 hatte deren Sprecher, Kino Gabriel, angekündigt: „Das Ende des Kalifats ist nah. Wir wollen Freiheit und Demokratie für alle Menschen/Völker in Syrien“.<sup>11</sup> Bereits in ihrer Mitteilung zum Beginn der Operation „Roundup“ am 2. Mai teilten die SDF mit, dass diese mit einem Blick auf langfristige Ziele ausgeführt werde: „dem Aufbau eines neuen und demokratischen Syriens“.<sup>12</sup> Diese Rhetorik scheint eher angelehnt an die Formulierungen der USA als an die frühere Position der SDF, in der diese v.a. die Selbstverwaltung der kurdischen Gebiete hervorhob und sich mit Forderungen zur künftigen gesamtstaatlichen Ordnung weitgehend zurückhielt. Am 1. Juni 2018 hat der syrische Präsident Assad gegenüber dem staatsnahen russischen Sender Russia Today die USA und die SDF scharf kritisiert. Nachdem die USA zunächst auf die Nusra-Front gesetzt hätten, um Syrien anzugreifen, benutzten sie nun die SDF. Zugleich drohte Assad den SDF, man werde das von ihnen eroberte Gebiet notfalls mit Gewalt wieder unter syrische Kontrolle bringen.<sup>13</sup>

## Ist der IS bald Geschichte?

Vieles spricht dafür, dass nach der Zerschlagung des IS in dessen Enklave nördlich des Euphrats die Lage im Euphrat-Tal selbst eskalieren könnte. Es ist kaum davon auszugehen, dass die USA und insbesondere Israel an diesem entscheidenden Grenzabschnitt weitere Geländegewinne der syrischen Armee und deren Verbündeter tolerieren würden. Die Luftschläge gegen iranische Milizen am 18. Juni und die anschließende scharfe Rhetorik aus dem Irak und Iran dürften einen Vorgeschmack auf die Eskalationsdynamik geben. Zugleich lässt sich jedoch im Süden des Landes beobachten, wie schnell sich im syrischen Krieg Allianzen verschieben können. Hier begann die syrische Armee Mitte Juni eine zunächst sehr erfolgreiche Offensive gegen Rebellengruppen um die Stadt Daraa, die zuvor unter dem Schutz der USA, Jordaniens

und Israels standen. Obwohl Israel im Frühjahr 2018 mehrfach massive Luftschläge in verschiedenen Regionen Syriens durchgeführt hatte, hat es bislang in die Gefechte nahe der israelisch besetzten und massiv hochgerüsteten Golan-Höhen nicht eingegriffen. Der bislang einzige bestätigte israelische Angriff auf Syrien seit Beginn der Offensive im Süden erfolgte am 26. Juni 2018 auf den Flughafen Damaskus und scheint mit dieser in keinerlei Zusammenhang zu stehen. Er scheint vielmehr, wie auch bei den Angriffen im Frühjahr 2018 meist behauptet, iranische Kräfte und deren Verbündete zum Ziel gehabt zu haben.

Es wird deshalb davon ausgegangen, dass Russland und das syrische Regime einen Deal mit Israel und den USA eingegangen sind, wonach diese den syrischen Vormarsch in einem gewissen Maße akzeptieren, Syrien und Russland im Gegenzug aber eine iranische Präsenz im Süden Syriens verhindern und Luftangriffe auf iranische Kräfte in Syrien tolerieren. Der russisch-syrische Vorstoß im Süden eröffnet allerdings die Möglichkeit, dass auch die südlichste Enklave des IS, die bislang von Rebellen und der israelischen Armee umschlossen auf syrischem Territorium existiert, ebenso wie die von syrischen Truppen umschlossene Enklave bei As-Suwayda bald Geschichte sein könnte. Wäre dies der Fall und die Operation „Roundup“ im Norden ebenfalls erfolgreich, bestünde also – zumindest von den militärischen Kräfteverhältnissen her – tatsächlich die Möglichkeit, dass der IS auch in Syrien bald besiegt sein könnte.

## Die Nützlichkeit des IS für die deutsche Truppenpräsenz

Von einer endgültigen Niederlage des IS ist aber erstaunlicher Weise nirgendwo die Rede. Erst am 21. Juni 2018 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bundeswehr in Jordanien besucht, die sich von hier aus mit ca. 280 Soldat\*innen, Tornados und einem Tankflugzeug an der US-geführten Allianz

beteiligt. In ihrer Rede vor dem Bundeswehrkontingent und der begleitenden Berichterstattung war von der gleichzeitig stattfindenden Operation „Roundup“, dem damit einhergehenden Bombenhagel in Syrien und auch von einem nahen Ende des IS keine Rede. Zwar seien im Gespräch mit dem jordanischen König auch „Rückzugsvarianten ins Auge gefasst“ worden, dennoch stellte die Kanzlerin klar, dass „dieser Einsatz ... weiterhin geflogen werden muss“: „Die Operation ist nicht beendet“. Ganz im Gegenteil vermittelten ihre Worte den Eindruck, dass die deutsche Präsenz auf Dauer angelegt ist: „Man freut sich über die deutschen Soldaten hier in Jordanien... Sie versehen hier einen wichtigen Dienst... Deshalb ist es, denke ich, gut, dass Sie hier ein schönes Camp haben... Herzliche Grüße aus der Heimat...“<sup>14</sup>

Angesprochen hat Merkel auch die in den letzten Jahren intensivierte „deutsch-jordanische Zusammenarbeit“ und insbesondere die „Ertüchtigungsinitiative“, mit der sich Deutschland seine erste eigenständige Luftwaffenpräsenz in der Region quasi erkaufte. In deren Rahmen hat Deutschland in den Jahren 2016 und 2017 jeweils Rüstungsgüter im Wert von 88 Mio. Euro an Jordanien verschenkt – darunter 50 Schützenpanzer „Marder“ und Überwachungstechnologie.<sup>15</sup> Auch angesichts dieser Investitionen ist es unwahrscheinlich, dass Deutschland seine Basis in Jordanien bald aufgeben wird. Entsprechende Vorkehrungen scheinen bereits getroffen: Nachdem zuletzt im Oktober 2017 der Einsatz der Bundeswehr zur Ausbildung kurdischer Milizen und der Einsatz in der Türkei und Jordanien zur Beteiligung an der US-geführten Koalition noch in getrennten Mandaten verlängert, aber jeweils mit der Bekämpfung des IS begründet worden waren, wurden im März 2018 beide Einsätze unter einem Mandat „zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks“ zusammengefasst.<sup>16</sup> Auch dieses Mandat jedoch wird völkerrechtlich mit dem „Recht auf kollektive Selbstverteidigung“ gegen den IS und dessen Bewertung als „Bedrohung für den Weltfrieden“ begründet.

Da die Beteiligung an Auslandseinsätzen nur über das Konstrukt eines „Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ mit der Verfassung in (vermeintlichen) Einklang zu bringen ist, ist auch dieses Mandat an die fortgesetzte Existenz der „internationalen Anti-IS-Koalition in ihrem Kampf gegen den IS“ gebunden. Auch über Jordanien hinaus begründet das zusammengefasste Mandat eine umfangreiche Präsenz deutscher Truppen in der Region: Von der Türkei aus beteiligt sich die Bundeswehr an den AWACS-Aufklärungsflügen, Verbindungs-offiziere sind im US-Hauptquartier der Koalition in Katar und zwischen 100 und 200 deutsche Soldat\*innen, darunter Spezialkräfte, im Irak aktiv. In der Rede der Bundeskanzlerin auf dem jordanischen Luftwaffenstützpunkt Al Azraq klang das so: „Die Region rückt geistig viel näher an uns heran, ... auch wenn man sieht, wo überall in der Region wir jetzt vereinzelt Soldaten haben, von Bagdad über Erbil bis Katar und hier an dieser Stelle, auch noch in der Türkei, in Konya, im NATO-Zusammenhang“.<sup>17</sup>

Was die deutschen Einheiten aktuell im Irak machen, darüber ist sehr wenig bekannt; nach eigenen Angaben wurden dort „seit Einsatzbeginn im Januar 2015 fast 18.000 kurdische Sicherheitskräfte unter deutscher Beteiligung trainiert, mehr als 6.000 von ihnen direkt durch deutsche Soldaten“. Am 13. Juni – also auf dem Höhepunkt der Operation „Roundup“ – wurden auch die Kontingente der zuvor getrennten Mandate zusammengelegt und seitdem werden auch die deutschen Einheiten im Irak unter dem „Führer Deutsche Kräfte Irak“

vom Bundeswehrstützpunkt in Jordanien aus geführt. Aus diesem Anlass veröffentlichte die Bundeswehr ein Interview mit dessen Oberkommandierenden, Oberst Kristof Conrath, in dem auch er deutlich macht, dass an ein Ende der Mission offenbar nicht gedacht, sondern gerade der Einsatz im Irak langfristig angelegt ist und gegenwärtig neu ausgerichtet wird: „Die Absicht ist es, das deutsche Engagement im Irak auszubalancieren und eine Brücke zwischen dem Nord- und Zentralirak zu schlagen. Dazu soll sich der Beitrag zur Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte am Prinzip ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ orientieren, d.h. die Ausbildung militärischer Führer, Ausbildung der Ausbilder und Spezialistenausbildung. Die Feinausplanung dieser Beiträge ist noch nicht endgültig abgeschlossen, erste Absprachen mit dem für das sogenannte ‚Capacity Building‘ im Irak zuständigen Hauptquartier ... in Bagdad, sind aber bereits erfolgt“.<sup>18</sup>

### Ein Zwischenfazit zur militärischen Bekämpfung des IS

Am Fortbestand der US-geführten Koalition gegen den IS scheint es also aktuell, trotz des massiven militärischen Vorgehens im Zuge der Operation „Roundup“, wenig Zweifel zu geben. Dass ein Ende der internationalen Intervention angesichts der massiven Geländegewinne gegenüber dem IS nicht einmal diskutiert wird, zeigt, wie sehr mittlerweile allgemein akzeptiert bzw. hingenommen wird, dass die Bekämpfung und Vernichtung des IS nicht das primäre oder zumindest alleinige Ziel der Allianz war, sondern dieses v.a. auch darin bestand, aus der Luft in den syrischen Bürgerkrieg einzugreifen. Nachdem diplomatische Mittel und die Unterstützung von „Rebellengruppen“ nicht reichten, um in Syrien einen Regime-Change durchzusetzen, und sich einige der Rebellengruppen zum IS zusammengeschlossen und unkontrollierbar geworden waren, wurde dessen Existenz wiederum zum Anlass genommen, Luftangriffe in Syrien durchzuführen und in deren Schutz Militärbasen zu errichten. Zwar blieben direkte Konfrontationen zwischen der US-geführten Koalition und syrischen und russischen Einheiten die Ausnahme, erfolgten jedoch immer wieder in kritischen Phasen der konkurrierenden Bekämpfung des IS, die zugleich einen Wettlauf um Geländegewinne darstellte. Über die Luftunterstützung, Luftangriffe und deren reine Möglichkeit wurde auch in die Allianzen am Boden eingegriffen. So werden aktuell im Zuge der Operation „Roundup“ arabische gegen kurdische Teile der SDF ausgespielt. Im Süden hingegen gelingt es aktuell unter drohenden Luftschlägen Israels und der USA, von Jordanien und den USA unterstützte Rebellengruppen in eine Kooperation mit der syrischen Armee zu zwingen, die dafür ihr Bündnis mit aus dem Iran unterstützte Gruppen zunehmend aufgibt.

Während angesichts der robusten und selbstbewusst kommunizierten Operation „Roundup“ anzunehmen ist, dass der IS seine Gebiete nördlich des Euphrats verlieren wird, ist noch nicht abzusehen, ob er im Euphrat-Tal und an den Golan-Höhen möglicherweise weiterhin geduldet bzw. protegirt wird oder hier zukünftig die Auseinandersetzungen um die Kontrolle zwischen der syrischen Armee und der US-geführten Koalition und ihren (temporären) Verbündeten eskalieren werden. Fraglich ist auch, wie lange das Bündnis zwischen den USA und den kurdischen Kräften halten wird, (ob und) wann die von den USA ausgebildeten Elemente innerhalb der SDF die Oberhand gewinnen und die Türkei ihre Drohung eines Einmarsches nach Manbidsch wahr macht. Denkbar ist auch,

dass der IS tatsächlich alle von ihm beherrschten Territorien auch in Syrien verliert und nur noch als Gespenst existieren wird, das die Präsenz der US-geführten Koalition rechtfertigt. Nicht ausgeschlossen werden sollte auch, dass Russland, Syrien, die USA und Israel – wie es sich momentan andeutet – zu einer Vereinbarung kommen, die in Syrien – jenseits der an die Türkei grenzenden Gebiete – zumindest eine Art Ruhe einkehren lassen könnte. Diese Vereinbarung würde sicherlich zu Lasten des Iran gehen und allenfalls zu einer Verlagerung des Konfliktgeschehens führen. Denn der sog. „Kapazitätsaufbau“ zur „nachhaltigen Stabilisierung des Irak“ (wie es im Mandat des Bundestags heißt) untermauert die Fragmentierung des Irak und ist wiederum klar gegen den Iran gerichtet, womit der Stellvertreterkrieg zunehmend an die Grenzen des Iran rücken und weiter eskalieren könnte. Die US-geführte Koalition gegen den IS, die letztlich bereits jetzt eine Koalition gegen den Iran ist, wäre dann bereits vor Ort – mitsamt Bundeswehr und über die AWACS auch mit der NATO. Der fürchterliche Krieg in Syrien würde dann, eines Tages, als nichts weiter als das Vorspiel des großen Krieges gegen den Iran erkannt.

### **Nachtrag zur Lage Ende Juli 2018**

*Ende Juli scheint der IS nördlich des Euphrats tatsächlich besiegt, nur im Euphrat-Tal selbst kontrolliert er noch – hier weitgehend unverändert – das etwa fünf mal 30 Kilometer große Gebiet an der Grenze zum Irak und bereitet sich hier Berichten zufolge auf ein spektakuläres letztes Gefecht vor. Dramatischer sind die Entwicklungen im Süden Syriens, wo die syrische Armee unterstützt von Russland in großer Geschwindigkeit die verbliebenen Rebellengebiete um Duma eingenommen hat. Die große Geschwindigkeit des Vormarsches erklärt sich aus der ausbleibenden Unterstützung der Rebellen durch Israel, Jordanien und die USA, die massive Übermacht der syrischen Armee und ihrer Verbündeten und dadurch, dass vielen Angriffen Verhandlungen mit den Rebellengruppen vorgegangen sind. Einige Rebellengruppen schlossen sich daraufhin der syrischen Armee an, andere vernichteten ihre Waffen und ließen sich in Bussen nach Idlib im Norden des Landes bringen. Dies soll jedoch nicht negieren, dass die Rückeroberung des Südens Syriens mit massiver Gewalt einher ging. Während der Gefechte kam es mehrfach zu Abschüssen von Drohnen über Israel bzw. den von Israel besetzten Golan-Höhen und zu weiteren israelischen Luftschlägen auf Ziele in Syrien, die jedoch den syrischen Vormarsch nicht ernsthaft behinderten und offenbar auch nicht aufhalten sollten. In diesem Kontext erfolgte auch die (in ihrer konkreten Umsetzung schleierhafte) Evakuierung einiger hundert sog. Weißhelme aus Syrien durch die israelische Armee – was die syrische Regierung als kriminellen Akt wertete und als Beweis, dass es sich bei diesen um „Agenten des Westens“ handele. Zugunsten der syrischen Offensive ganz im Süden war zwischenzeitlich der Angriff auf die zweite südliche Enklave bei As-Suwayda zurückgefahren worden.*

*Durch den Sieg über die Rebellen im Süden steht die syrische Armee seit Mitte Juli nun auch dort direkt dem IS gegenüber und greift diesen, wenige Kilometer von den israelisch besetzten Golan-Höhen, an. Am 24. Juli kam es offenbar in diesem Zusammenhang zum Abschuss eines syrischen Kampfflugzeuges, nachdem dieses israelischen Angaben zufolge 2 Kilometer in israelischen Luftraum eingedrungen war. Am 25. Juli hatte der IS von seiner zweiten Enklave im Süden, nördlich von As-Suwayda, einen Vorstoß Richtung Süden unternommen und bei*

*mehreren massiven Anschlägen in der nahe gelegenen Stadt etwa 70 Menschen getötet. Tagesschau.de fasste die Lage aus diesem Anlass folgendermaßen zusammen: „Die von Russland und dem Iran unterstützten Truppen von Präsident Baschar al-Assad und eine von den USA geführte Allianz haben den IS in separaten Offensiven nahezu überall in Syrien zurückgedrängt... In den vergangenen Wochen hatte sich das Kriegsgeschehen immer mehr in Richtung der von Israel annektierten Golanhöhen verlagert. Nach dem Abschuss eines syrischen Kampfflugzeugs durch das israelische Militär haben die Vereinten Nationen (UN) vor einem wachsenden Konflikt zwischen beiden Staaten gewarnt.“<sup>19</sup> Im Verlauf der nächsten Stunden wurde bekannt, dass es sich bei den Anschlägen des IS in As-Suwayda um einen komplexen Angriff mit deutlich höheren Opferzahlen gehandelt hat. Offenbar wollte der IS anhaltende Handlungsfähigkeit demonstrieren.*

### **Anmerkungen**

- 1 „Clearing the Last of ISIS out of Syria“, voa.gov vom 10.6.2018.
- 2 „Summary findings on Coalition air and artillery strikes: August 8th 2014 to June 4th 2018“, airwars.org (Stand 2.7.2018).
- 3 Eine sehr anschauliche Übersicht über die Entwicklung des IS und seine Bekämpfung findet sich bei bbc.com: „Islamic State and the crisis in Iraq and Syria in maps“. Eine gute Übersicht auch zur Vorgeschichte des IS findet sich unter dem Eintrag „The Islamic State“ im Mapping Militants Project der Stanford University. Die Verbreitung des IS sowie die Territorien unter Kontrolle der syrischen Regierung und anderer Großbündnisse orientiert sich an der Karte des Projekts liveuamap.com. Obwohl bei den Recherchen viel Wert auf Objektivität gelegt wurde, lässt sich natürlich nicht ausschließen, dass sich einige Ereignisse in Wahrheit anders zugetragen haben.
- 4 Eine Zusammenfassung entsprechender Berichte siehe: Ahmet S. Yayla & Colin P. Clarke: Turkey’s Double ISIS Standard, foreignpolicy.com vom 12.4.2018. Dieser Artikel wurde auch von der RAND Corporation veröffentlicht, die nicht im Verdacht steht, NATO-feindliche Propaganda zu betreiben.
- 5 „US Bases in Syria“, www.globalsecurity.org.
- 6 Siehe z.B.: „US jets bomb Assad tank convoy advancing on coalition base in Syria“, telegraph.co.uk vom 18.5.2017.
- 7 U.S. Admits Airstrike in Syria, Meant to Hit ISIS, Killed Syrian Troops, nytimes.com vom 17.9.2016.
- 8 „Operation Roundup Targets ISIS Remnants in Iraq, Syria“, US Department of Defense (www.defense.gov) vom 11.6.2018.
- 9 „Berichte über Luftangriff mit vielen Toten“, tagesschau.de vom 18.06.2018.
- 10 „’Operation Roundup‘ Launched To Clear Remaining IS Fighters In Syria“, Forces.net vom 9.5.2018.
- 11 Information Center of Afrin Resistance: Weekly Bulletin about Developments in Afrin and Northern Syria (01.06.2018 – 07.06.2018).
- 12 „Syria, the SDF officialized the last phase of anti-Daesh campaign in Deir Ezzor“, www.difesaesicurezza.com vom 2.5.2018.
- 13 „US ‚losing its cards‘ in Syria: Highlights of RT’s interview with Bashar Assad“, rt.com vom 31.5.2018.
- 14 „Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel beim Besuch der Bundeswehrsoldaten auf der Luftwaffenbasis Al-Azraq“, bundeskanzlerin.de vom 21.6.2018.
- 15 Geliefert wurden die Güter teilweise erst 2018, siehe: „Deutschland liefert nicht nur Schützenpanzer“, Zeit.de vom 11.12.2016 sowie: „Ursula von der Leyen: ‚Jordanien muss stabil bleiben‘“, de.euronews.com vom 14.1.2018.
- 16 Bundestags-Drucksache 19/1093.
- 17 Siehe FN14.
- 18 „Kleiner ‚Footprint‘ – Große Wirkung“, Interview mit Oberst Kristof Conrath, einsatz.bundeswehr.de vom 2.7.2018.
- 19 „Mehr als 70 Tote nach IS-Angriff in Syrien“, tagesschau.de vom 25.7.2018.

# NATO-Gipfel in Brüssel

## Extrem kostspielige Eskalation

von Jürgen Wagner

Man hätte es kaum für möglich gehalten, aber der NATO gelang es tatsächlich auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel, das Absurditätslevel, mit dem die beiden dominierenden Themen – die Debatte um die finanzielle Lastenteilung im Bündnis und die Eskalation im Verhältnis zu Russland – abgearbeitet wurde, noch einmal auf neue Rekordhöhen hochzuschrauben.

### Anti-russische Eskalationsrhetorik

Das Bündnis hat es tatsächlich geschafft, den ohnehin rauhen Ton, der gegenüber Russland angeschlagen wird, noch einmal deutlich zu verschärfen. In der Abschlusserklärung des Gipfels wird zunächst die „illegale und illegitime Annexion der Krim“ und die „anhaltende Destabilisierung des Ostens der Ukraine“ kritisiert. Weiter werden Moskau „provokative militärischen Handlungen“ vorgeworfen. Und weiter: „Das aggressive Vorgehen Russlands einschließlich der Androhung und Anwendung von Gewalt zu politischen Zwecken gefährdet das Bündnis und untergräbt die euro-atlantische Sicherheit und die regelbasierte internationale Ordnung.“

Darüber hinaus werden Russland die „beträchtlichen Investitionen in die Modernisierung seiner strategischen Kräfte“ vorgeworfen, was angesichts eines vierstelligen Milliardenbetrages, den die NATO-Mitglieder in diesem Jahr in ihre Rüstungshaushalte pumpen werden, doch reichlich grotesk anmutet. Zumal laut SIPRI-Angaben der russische Etat im vergangenen Jahr um 20% auf 66,3 Mrd. Dollar sank.

Generell vermeidet es das Bündnis tunlichst, sich auch einmal an die eigene Nase zu fassen. Wenn etwa Russland die „Aggressivität seiner Nuklearrhetorik“ vorgeworfen wird, so mag das nicht völlig falsch sein. Die offen angestellten Überlegungen im Bündnis, „einsetzbare“ Atomwaffen zu entwickeln und eventuell eine neue Generation Marschflugkörper in Europa stationieren zu wollen, tragen aber auch nicht gerade zur Deeskalation bei – im Gegenteil.

Und schließlich wird in der Abschlusserklärung dann auch noch der „Angriff mit einem Nervenkampfstoff“ im britischen Salisbury „verurteilt“, der mehr oder minder direkt Russland zu einem Zeitpunkt in die Schuhe geschoben wird, an dem mehr und mehr Fragen zu den genauen Umständen des Ereignisses auftauchen. Dennoch heißt es unbeirrt in der Gipfelerklärung: „Laut der Einschätzung des Vereinigten Königreichs ist es sehr wahrscheinlich, dass die Russische Föderation für den Angriff verantwortlich ist und es keine plausible alternative Erklärung gibt. Wir stehen solidarisch hinter dieser Einschätzung des Vereinigten Königreichs.“

Es hat fast den Anschein, als wollte das Bündnis wirklich ganz sicher gehen, dass beim anstehenden Gipfeltreffen zwischen Wladimir Putin und Donald Trump ganz sicher keine Deeskalation der aufgeheizten Stimmung zustande kommt. Das ernüchternde Fazit über die NATO-Abschlusserklärung der Süddeutschen Zeitung lautet: „Das Dokument [...] lässt praktisch keine Hintertüren offen für eine Wende in der Russlandpolitik.“

Gleichzeitig wurde diese aggressive Rhetorik aber auch mit handfesten anti-russischen Initiativen untermauert.

### Logistikkommando und 4X30

Mit Blick auf Russland wurden auf dem NATO-Gipfel vor allem zwei weitreichende Entscheidungen getroffen. Einmal ist das die „Initiative zur Reaktionsfähigkeit“, die nun ins Leben gerufen wurde – auch „4X30“ genannt: Bis 2020 will die NATO 30 Bataillone, 30 Flugzeugstaffeln und 30 Schiffe in 30 Tagen zum Einsatz bringen können. Dazu heißt es im Abschlussdokument: „Aus dem Gesamtpool an Streitkräften werden die Verbündeten zusätzlich 30 größere Kampfschiffe, 30 schwere oder mittlere Infanteriebataillone und 30 Kampfflugzeugstaffeln mit Unterstützungskräften in eine Reaktionsfähigkeit von 30 Tagen oder weniger versetzen.“

Und zweitens wurde ein in Ulm beheimatetes Logistikkommando beschlossen, das künftig die „militärische Mobilität“ und die schnelle Verlegefähigkeit in Richtung Osteuropa ‚verbessern‘ soll. In der Abschlusserklärung des Gipfels heißt es dazu konkret: „Wir haben auch weitreichende Beschlüsse gefasst, um die NATO-Kommandostruktur – das militärische Rückgrat des Bündnisses – anzupassen und zu stärken. [...] Wir werden [...] ein Gemeinsames Unterstützungs- und Befähigungskommando (Joint Support and Enabling Command) in Deutschland zur Gewährleistung der Operationsfreiheit und der Durchhaltefähigkeit im rückwärtigen Raum zur Unterstützung schneller Transporte von Truppen und Ausrüstung nach, durch und aus Europa aufbauen.“

### Finanzdebatte: Trump als nützlicher Idiot

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über den massiven Druck aus den USA berichtet wird, mit dem die Verbündeten zu höheren Rüstungsausgaben gedrängt werden sollen. Zuletzt hatte Präsident Donald Trump im Vorfeld des NATO-Gipfels Brandbriefe an mehrere europäische Staaten verschickt, in denen sie mit einer Wortwahl, die den üblichen diplomatischen Stil wohl etwas vermissen ließ, genau hierzu aufgefordert wurden.

Ganz sicher passt den europäischen Verbündeten der Ton, den der US-Präsident ihnen gegenüber anschlägt, ganz und gar nicht. Allerdings wissen sie seine Forderung nach höheren Rüstungsausgaben zu nutzen, um ihrerseits gegenüber ihrer diesbezüglich skeptischen Bevölkerung genau dies umzusetzen. Das Spiel läuft schon länger, dass unter Verweis auf Trump höhere Rüstungsausgaben begründet werden – wahlweise mit dem Argument, nur so könnten die USA im Bündnis gehalten werden oder damit, dies sei erforderlich, um sich für einen möglicherweise bevorstehenden Rückzug Washingtons aus der NATO zu wappnen.

Jedenfalls veröffentlichte die NATO kurz vor Gipfelbeginn ihre jüngsten Rüstungsdaten, die eine klare Sprache sprechen. Demzufolge stiegen die NATO-Rüstungsausgaben von 895 Mrd. Dollar 2015 auf geschätzte 1013 Mrd. Dollar in diesem Jahr an. Der Anteil der europäischen Länder kletterte dabei von 222 Mrd. (2015) auf 286 Mrd. (2018) ebenfalls steil nach oben. Daran hat Deutschland maßgeblichen Anteil, das allein zwischen 2014 (32,45 Mrd. Euro) und 2018 (38,5 Mrd.) den



Die Staats- und Regierungschefs der NATO beim Gipfeltreffen am 11./12. Juli 2018 in Brüssel. Quelle: Whitehouse

Rüstungshaushalt deutlich an hob. Mit der jüngsten Ankündigung, von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die später auch von Kanzlerin Angela Merkel gestützt wurde, bis 2024 1,5% des BIP für den Militärhaushalt einstellen zu wollen, müsste er Berechnungen der Bundeswehr zufolge bis dahin auf über 60 Mrd. Euro steigen!

Seit Jahren drängen interessierte Kreise auf höhere Rüstungsausgaben, sehen sich aber einer Bevölkerung gegenüber, die dies mit deutlicher Mehrheit ablehnt. Das Charmante an der aktuellen Konstellation ist nun für die Bundesregierung, dass sie heldenhaft darauf pochen kann, der US-Forderung von 2% des BIP für den Rüstungshaushalt, also etwa 85 Mrd. Euro, eine Absage erteilt und sich „nur“ auf besagte 1,5% eingelassen zu haben.

Überaus geschickt erweckt die Bundesregierung dabei den Eindruck, sie sei dennoch in der Pflicht, mehr als in früheren Jahren auszugeben, schließlich habe man sich ja eigentlich auf dem NATO-Gipfel in Wales auf das 2%-Ziel verpflichtet – da sei es ja schon ein Erfolg, wenn es nur 1,5% würden. In der aktuellen Abschlusserklärung des NATO-Gipfels wurde erneut Bezug auf besagte 2% genommen: „Wir bekräftigen unser unerschütterliches Bekenntnis zu allen Aspekten der auf dem Gipfeltreffen 2014 in Wales verabschiedeten Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich und sind fest entschlossen, glaubwürdige nationale Pläne zu ihrer Umsetzung vorzulegen, die unter anderem Ausgabenrichtwerte für 2024, geplante Fähigkeiten und Beiträge beinhalten. Eine faire Lastenteilung stützt die Geschlossenheit, die Solidarität, die Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit des Bündnisses, unsere Verpflichtungen nach den Artikeln 3 und 5 zu erfüllen.“

Bei der Wales-Vereinbarung (und auch bei der jetzigen Formulierung) handelt es sich aber ohnehin um eine rechtlich

nicht bindende Absichtserklärung, sich „in Richtung“ dieser Zahl zu bewegen – vager geht es eigentlich nicht mehr. Insofern ist auch das „unerschütterliche Bekenntnis“ zu diesem Ziel, das sich in der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels findet, eigentlich nichts anderes als Schall und Rauch. Es existiert keine rechtliche Aufrüstungspflicht, nur ein Aufrüstungswillen und die 2%-Debatte ist das Mittel, um diesem Willen zur Durchsetzung zu verhelfen.

Und so mehren sich dann auch mittlerweile innerhalb von CDU/CSU die Stimmen, besagte 1,5% noch in dieser Legislaturperiode zu erreichen – also bis 2021! In diese Richtung äußerte sich etwa Unions-Fraktionschef Volker Kauder in der FAZ: „Wir müssen das 1,5-Prozent-Ziel am besten noch in dieser Wahlperiode erreichen.“ Und auch der ehemalige CDU-Verteidigungsminister Volker Rühle meldete sich dergestalt im Deutschlandfunk zu Wort: „Aber realistisch ist es, noch in dieser Legislaturperiode – und das ist ganz konkret bis 2021 – zu 1,5 Prozent zu kommen. Das ist noch nicht die Politik der Regierung, aber schon die Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und das muss die Politik Deutschlands werden.“

### Die „Krönung“ am Ende

Das „Beste“ kam dann natürlich von Donald Trump am Schluss des NATO-Treffens, der es schaffte der ganzen verqueren Debatte die Krone aufzusetzen. Erst soll er am zweiten Gipfeltag gefordert haben, alle Verbündeten hätten das 2%-Ziel sofort und nicht erst 2024 umzusetzen. Und dann ließ er über seine Pressesprecherin Sarah Huckabee verkünden, alle Verbündeten sollten künftig 4% des BIP in den Rüstungshaushalt stecken – im Falle von Deutschland würde das eine Größenordnung von jährlich 130 bis 160 Mrd. Euro bedeuten!

another world is possible إمكانية عالم آخر مختلف cihaneke din mumkin e

# RHEINMETALL ENTWAFFNEN

✕ **KRIEG BEGINNT HIER** ✕



29.8. - 4.9.2018 CAMP  
mit Workshops, Vorträgen & Aktionen  
So. 2.9.2018 DEMONSTRATION  
in Unterlüß

[www.rheinmetallentwaffnen.noblogs.org](http://www.rheinmetallentwaffnen.noblogs.org)

**IMI** Informationsstelle  
Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die  
**Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.**  
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die  
Auffassung der Informationsstelle wider.  
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de),  
Tel. 07071/49154

**AUSDRUCK**